



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Füracker für Chancengleichheit in Bayern:

Schnelles Internet und BayernWLAN

Neue Förderung von Schulen und Krankenhäusern
BayernWLAN im ÖPNV

„Das Heimatministerium stärkt digitale Chancengleichheit für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Glasfaser und BayernWLAN machen Bayern noch attraktiver. Im Zeitalter der Digitalisierung und Globalisierung wollen wir die bayerische Heimat bewahren und stärken sowie gleichzeitig neue Chancen eröffnen“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum aktuellen Breitband- und BayernWLAN-Bericht am Dienstag in München fest.

Der Ausbau von hochleistungsfähigen Breitbandnetzen ist eines der wichtigsten Digitalisierungsprojekte der Bayerischen Staatsregierung und wird durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat seit nunmehr über vier Jahren mit höchster Priorität vorangetrieben. Im Zentrum steht das bundesweit einzigartige 1,5 Milliarden Euro umfassende bayerische Breitband-Förderprogramm.

Ausbau läuft auf Hochtouren

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern läuft auf Hochtouren. 9 von 10 Haushalten in Bayern sind inzwischen an das schnelle Internet angeschlossen, 8 von 10 können bereits 50 Mbit/s und mehr nutzen. In keinem anderen Bundesland wird aktuell mehr Glasfaser gebaut. Bei den aktuellen Projekten werden über 40.000 km Glasfaserleitungen verlegt und weit über 710.000 Haushalte mit schnellem Internet versorgt, vor allem im ländlichen Raum.

Bayernweit sind bereits 98 Prozent (2.007 von 2.056) aller Kommunen in das bayerische Förderverfahren eingestiegen. Alle Kommunen wurden zum Förderverfahren beraten. Jede zweite Kommune nutzt das Verfahren mehrfach. So wurden 3.456 Verfahrenseinstiege registriert. 1.709 Kommunen starten mit einer Gesamtfördersumme von über 764 Millionen Euro in die Bauphase. Nach Abschluss der noch laufenden Fördermaßnahmen werden voraussichtlich mehr als sechs Millionen bayerische Haushalte mit schnellem

Internet versorgt sein – das sind 98 Prozent. Besonders erfreut zeigt sich der Heimatminister darüber, dass die Versorgung im ländlichen Raum mit schnellem Internet seit 2013 um + 48 Prozentpunkte auf 75,4 Prozent anstieg.

Aktuelles Förderprogramm

Füracker: „Unsere Breitband-Strategie ist genau richtig für Bayern. Mit dem aktuellen Förderprogramm bringen wir die Glasfaser in die Gemeinden und



Finanzminister Albert Füracker.

Ortschaften. Wo dies geschieht entscheiden alleine die Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit“, so Füracker.

Bayerische Gigabit-Initiative

Am 1. Juli 2017 startete mit dem Höfebonus die nächste Stufe der bayerischen Gigabit-Initiative. Rund 700 Verfahrenseinstiege erfolgten seit der Einführung des Höfebonus. Rund 400 Kommunen planen, den Höfebonus zu nutzen. 62 Kommunen haben bereits Förderbescheide

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Bayerischen Landtag:

Werbung für europäische Lösungen in der Migrationspolitik

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat im Bayerischen Landtag in München „für europäische Lösungen und gegen nationale Alleingänge“ plädiert. „Ich bin für europäische Lösungen, aber ich bin auch für gut durchdachte, schnelle europäische Lösungen. Man kann nicht ewig auf europäische Lösungen warten“, sagte Juncker. „Wenn die europäischen Mitgliedstaaten, die europäischen Regierungen die durchdachten, endgültig ausformulierten Vorschläge der Europäischen Kommission zur Änderung des Asyl-Regelwerks – das haben wir im Jahre 2016 vorgelegt – nicht nur diskutiert hätten, sondern auch in großen Teilen angenommen hätten, dann würden sich viele Probleme nicht stellen“, so Juncker weiter.

„Es reicht nicht, dass fast jede Regierung nach europäischen Regelungen und Lösungen ruft, und dass die Europäische Kommission die einzige ist, die europäische Regelungen und Lösungen sucht – das reicht nicht. Die Regierungen haben auch

Verantwortung nicht nur in ihrem Land, sondern auf dem gesamten Kontinent zu tragen und zu übernehmen. Im Übrigen ist die Nichtregelung, obwohl das schon seit Jahren einer Regelung bedurfte, nicht auf deutsches Fehlverhalten zurückzu-

führen. Die Kommission ist sich mit der Bundesregierung einig in der Auffassung, dass wir eine solidarische Flüchtlingsverteilung in Gesamteuropa brauchen. Es kann nicht sein, dass die einen alle Last tragen und die anderen auf den Zuschauerrängen sitzen – das geht nicht“, sagte Juncker.

mit Höfebonus erhalten. „Damit können Versorgungslücken insbesondere im Außenbereich geschlossen werden“, betonte Füracker. Als nächstes Ziel nannte Füracker den Gigabit-Ausbau bis 2025. In sechs Kommunen ist eine Gigabit-Pilotförderung geplant, um auch den Ausbau in Bereichen zu ermöglichen, die bereits mit mindestens 30 Mbit/s versorgt sind. „Bayern ist in Verhandlungen mit der EU-KOM, mit dem Ziel einer zeitnahen Genehmigung für eine neue Gigabit-Richtlinie“, merkte Füracker an. Hier steht allerdings aktuell noch die Zustimmung zu einem bayerischen Antrag vom Juni 2017 aus.

Beste Rahmenbedingungen

„Auch die Bereiche Bildung und Medizin müssen für die Zukunft gut gerüstet sein“, hob Füracker hervor. Für eine gigabitfähige Infrastruktur an öffentlichen Schulen und Plankrankenhäusern wurde ein eigenes Förderprogramm erarbeitet, das am 1. Juni 2018 in Kraft getreten ist. Einfach und unbürokratisch wird damit ein Glasfaseranschluss mit bis zu 50.000

(Fortsetzung auf Seite 4)

Einheitliche Regelungen für ganz Europa

„Ich hätte gerne, dass wir überall in Europa dieselben Asylregelungen hätten. Die Anerkennungsquoten für Asylberechtigte schwanken heute zwischen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Fachtagung Ländliche Entwicklung in Günzburg:

Gemeinsam Werte schaffen

Um die Lebensqualität in den ländlichen Regionen weiter zu verbessern, hat Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber die Initiative „HeimatUnternehmen“ gestartet. „Vitale Dörfer brauchen Dorfläden, Bäcker, Metzger und Handwerker direkt vor Ort“, erklärte Kaniber bei einer Fachtagung für Ländliche Entwicklung in Günzburg. Denn zu einem attraktiven und lebendigen Standort gehöre auch ein ausreichendes Angebot an Waren und Dienstleistungen.

Ein wichtiger Baustein der Initiative ist die Förderung von Kleinunternehmen der Grundversorgung mit bis zu 200.000 Euro. Damit sollen Betriebe bei Investitionen unterstützt und Neugründungen erleichtert werden. Zudem soll die Verwaltung für Ländliche Entwicklung innovativen Menschen helfen, ihre Ideen zu verwirklichen – durch Beratung, Vernetzung oder bei der Suche nach Gleichgesinnten und Investoren. „Wir wollen die Menschen von der Idee bis zur Umsetzung eng begleiten und unterstützen“, unterstrich die Ministerin.

einem Unternehmen aus Prien am Chiemsee, ist dies problemlos möglich, wie Xaver Diermayr, Stephan Illi und Petra Wähning berichteten. Genussinvest begleitet Landwirte und Lebensmittelhandwerker dabei, das Umfeld oder die Kunden an Investitionen zu beteiligen. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten, von der Vorfinanzierung bis zum klassischen Genussrecht.

Sinnvolle Investitionen

Merkmal dieser Finanzierungsform ist die enge Beziehung zum Umfeld bzw. Investor. Dies stärkt die Betriebe. Gleichzeitig wissen die Verbraucher dass sie in sinnvolle Projekte investieren. Durch die Beteiligung vieler Menschen mit kleinen Beträgen werden zudem Investitionen ohne Banken möglich.

Die finanzielle Beteiligung bringt Bauern und handwerkliche Betriebe mit ihren Kunden zusammen. Dabei entsteht eine

(Fortsetzung auf Seite 4)

Förderung der Dorferneuerung verbessern

Darüber hinaus will Kaniber die Förderung der Dorferneuerung verbessern, um die Innenentwicklung in den Ortskernen voranzubringen. Künftig erhalten Kommunen bis zu 80 Prozent Förderung, wenn sie leerstehende Gebäude modernisieren, instand setzen oder abbrechen, um die Grundstücke für eine Wiederbebauung bereitzustellen. Für finanzschwache und vom Bevölkerungsrückgang besonders stark betroffene Gemeinden sind sogar bis zu 90 Prozent Förderung möglich.

Bis 2030 sollen weitere 5.000 Gebäude dorfgerecht saniert, neu genutzt oder aufgewertet werden. Die Staatsregierung hat im Nachtragshaushalt hierfür zusätzlich 25 Millionen Euro und fünf Stellen bereitgestellt. Die Revitalisierung von Ortskernen ist schon seit vielen Jahren ein Schwerpunkt der Dorferneuerung. So konnten bereits in hunderten Dörfern Leerstände beseitigt, ortsbildprägende Gebäude saniert und innerörtliche Brachflächen neu genutzt werden.

Landentwicklung innovativ finanzieren – mit Genussinvest,



Ob der krisenhaften Weltlage sollte man sich laut Bürgermeister die gesellige Fußball-Unterhaltung durchaus gönnen. Denn dass allzu oft andere die Regeln bestimmen, wusste schon „Kaiser“ Franz. Schade nur, dass die Begeisterung für die Fußball-WM in Russland sich (noch) in Grenzen hält. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet begrüßten EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (Bildmitte) gemeinsam mit den Spitzen aller Fraktionen im Bayerischen Landtag.

Bild: Bayerischer Landtag / Rolf Pöss

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
CSU stärkt Seehofer den Rücken	2
Bayernnetz gestartet.	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Fußball ist die schönste Nebensache der Welt	3
30 Jahre Bayerische Akademie Ländlicher Raum	3
Lokale Partner für globales Handeln	5
Wasser • Abwasser	7-9
Kommunale Bau Themen	9-11
Breitband • EDV • IT	12-15
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	16/17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

Zweiter Nachtragsetat 2018 im Landtag eingebracht

Staatsregierung plant Mehrausgaben von 985 Millionen Euro

Zur Umsetzung der von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung im April angekündigten Vorhaben hat die Staatsregierung einen zweiten Nachtragshaushalt für 2018 in Erster Lesung in den Landtag eingebracht. Er sieht zusätzliche Ausgaben des Freistaates in Höhe von 985 Millionen Euro vor. Damit steigen die Staatsausgaben in diesem Jahr auf knapp 61 Milliarden Euro. Eine Neuverschuldung ist damit nicht verbunden da die beabsichtigten Maßnahmen aus Steuermehreinnahmen und aus den Rücklagen in der Staatskasse finanziert werden.

Finanzminister Albert Füracker verteidigte den zweiten Nachtragshaushalt, den ersten unter seiner Verantwortung. Er bezeichnete ihn als „verantwortungsvolles Paket, das Antwort auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen gibt“. Damit werde ein „klarer Akzent“ auf die Förderung der einheimischen Bevölkerung gesetzt, die das zu verteilende Geld erwirtschaftet habe. Auch unter ihm werde Bayern seine solide Haushaltspolitik fortsetzen, betonte Füracker. Trotz erheblicher Mehrausgaben lägen die Rücklagen am Jahresende bei rund sechs Milliarden Euro.

Größter Posten: Landespflegegeld

Größter Einzelposten im zweiten Nachtragsetat ist die vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung angekündigte Einführung des Landespflegegelds, wofür 400 Millionen Euro vorgesehen sind. Das neue Landesfamiliengeld beläuft sich auf 150 Millionen Euro. Für die Eigenheimförderung sind 187 Millionen Euro eingeplant, die Familien in Form einer Zulage und eines Baukindergeldes gewährt werden. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und die Revitalisierung von Ortskernen gibt es jeweils 100 Millionen Euro. Der Rest verteilt sich überwiegend auf Innere Sicherheit, Umwelt und Landwirtschaft. Bayern setze Zeichen beim Ausbau der Infrastruktur und wahre gleichzeitig die soziale Balance, erklärte Füracker.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arthur Arnold
97502 Euerbach
am 27.6.

Bürgermeisterin Ingrid Krämmel
89429 Bachhagel
am 29.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Martini
95709 Tröstau
am 29.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Reisenweber
96237 Ebersdorf
am 3.7.

Bürgermeister Peter Schmitt
63916 Amorbach
am 28.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Michael Fahmüller
84347 Pfarrkirchen
am 1.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Hellenschmidt
91620 Ohrenbach
am 30.6.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dennis Neßwald
63801 Kleinostheim
am 3.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Darüber hinaus soll die neue staatliche Wohnbaugesellschaft „BayernHeim“ mit einem Grundkapital von bis zu 500 Millionen Euro ausgestattet werden. Das Geld stammt aus dem Verkauf von E.ON-Aktien. Der Kommunale Finanzausgleich liegt mit 9,5 Milliarden Euro auf Rekordniveau, die Investitionsquote steigt noch einmal auf jetzt 12,4%. Wie sein Vorgänger will der Finanzminister am Ziel eines schuldenfreien Bayern bis 2030 festhalten.

Kritik aus der Opposition

Die Opposition übte heftige Kritik am 2. Nachtragshaushaltplan 2018 der Staatsregierung. SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher sah – ebenso wie der grüne Fraktionschef Ludwig Hartmann – in der Gesetzesvorlage einen „Wahlkampf-Geldregen“, der mit der Gießkanne über das Land verteilt werde. Rinderspacher vermisst die Konzentration auf die wirklich wichtigen Herausforderungen wie den sozialen Wohnungsbau, den Ausbau der Kinderbetreuung

und die Armutsbekämpfung. Auch fehle der dringende benötigte Investitionsschub in die Erhaltung maroder staatlicher Straßen und Brücken sowie kommunaler Schwimmbäder. Zudem fänden sich mehrere Projekte aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder im April im Nachtragshaushalt nicht wieder. So sei „nicht ein Cent“ für dessen Versprechen vorgesehen tausende neue Kita-Plätze zu schaffen. Auch gebe es kein Geld für die Anschaffung neuer Busse und Bahnen für den Öffentlichen Nahverkehr und die Reform der Agentur „Invest in Bavaria“. Ebenso seien keine Finanzmittel für Unternehmensverlagerungen im Haushalt eingeplant. Zukunftsprojekte wie der Hyperloop, Flugtaxi oder das Raumfahrtprogramm „Bavaria One“ seien nicht aufgelistet. Hier würden Wahlkampfsprechen bereits vor dem Wahlgang gebrochen, beklagte Rinderspacher.

Hartmann wiederum forderte eine gerechtere Verteilung der Mittel und einen Schwerpunkt für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dies gelte auch für den Wohnungsbau. Hier solle der Schwerpunkt auf die Errichtung günstiger Mietwohnungen sowie eine unbefristete Sozialbindung gelegt werden.

Auch der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler, Bernhard Pohl, bezeichnete den

Regierungsentwurf als „Dokument tiefster Unzufriedenheit“ und als „Wahlkampfhaushalt“. Er unterstellte dem Ministerpräsidenten Eigenmarketing. Hätte die CSU schon früher die Vorschläge der Freien Wähler – die ebenfalls eine Milliarde Euro umfasst hätten – mitgetragen, wäre nach Pohls Worten ein zweiter Nachtragshaushalt nicht notwendig gewesen

Einzigartige Stärke Bayerns

Die CSU wies sämtliche Angriffe entschieden zurück. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Peter Winter, warf der Opposition vor, die Lage im Freistaat schlecht zu reden und von allem immer nur mehr zu wollen. Er verteidigte den Regierungsentwurf der Staatsregierung als „ausgewogen“. Damit gebe man den Bürgern etwas von ihrem erarbeiteten Geld zurück. Außerdem sei Bayerns Stärke auf dem Arbeitsmarkt in Sicherheit, Bildung und Wirtschaft einzigartig. Winter verwies darauf, dass Söders Regierungserklärung nicht nur bis zur Landtagswahl am 14. Oktober gelte, sondern auf fünf Jahre angelegt sei. So werde auch die Finanzierung der weiteren Versprechen des Ministerpräsidenten erst im Doppelhaushalt 2019/2020 erfolgen, kündigte der CSU-Haushaltsexperte an.

Das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 wurde an den federführenden Haushaltsausschuss zur ausführlichen Beratung überwiesen. Die Verabschiedung des Gesetzes soll in einer der letzten Plenarsitzungen vor der Sommerpause im Juli erfolgen. **rm**

Bayernnetz gestartet

Ein preisgekröntes Netzwerk verbindet Menschen und Themen im Freistaat

Nachdem die erste Komponente des Bayernnetzes – das Landkreisnetz des Bayerischen Landkreistags – seit nunmehr einem Jahr besteht, entwickelt sich das Bayernnetz im gesamten Freistaat weiter. „Das Prinzip dieser multiplen Vernetzung bedeutet einen Quantensprung in der digitalisierten Kommunikation“, erklärte GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel. Die Bayerische Gemeindezeitung wird mit einem eigenen Netzwerk im Bayernnetz vertreten sein.

Das Bayernnetz ermöglicht beispielsweise Regionen, kommunalen Verbänden oder Vereinen, den Austausch wertvoller Informationen und Erfahrungen, wobei die Sicherheit der Daten gewährleistet werden kann. Die Softwaregrundlage des Bayernnetzes gewann als Landessieger den Innovationspreis-IT 2015 und 2016.

Freigabe im Innovationsring

„Nach einer einjährigen Pilotphase hat sich das Plenum des Bayerischen Innovationsrings einstimmig für die Nutzung des eigenen ‚Landkreisnetzes‘ ausgesprochen und für alle Landkreise freigegeben“, erläuterte der beim Bayerischen Landkreistag für das Netz verantwortliche Verwaltungsrat Klaus Geiger. Das Landkreisnetz ermöglicht u.a. den instanzübergreifenden Austausch zu allen Themenfeldern der Bayerischen Kommunen. Dazu gehören auch Mitarbeiter aus Behörden wie dem Bauamt, der Gemeindeverwaltung, dem Jugendamt, ect.

Anfang Juni waren im Bayerischen Landkreisnetz 2.325 Mitglieder registriert. Täglich kommen etwa zehn neue Mitglieder dazu. 3.521 Fachbeiträge standen am 10. Juni zur Verfügung. Gegliedert sind sie nach 78 Themenbereichen wie beispielsweise E-Government, Datenschutz, Verwaltungsfragen oder Jugendamt. Die Kapazität eines Netzes ist derzeit auf gut 50.000 Aktionen gleichzeitig ausgelegt.

Die Bedeutung der digitalen Vernetzung für öffentliche Einrichtungen im Freistaat hatte Ministerpräsident Dr. Markus

Söder schon als Finanzminister immer wieder betont. „Die digitale Verwaltung ist die Zukunft“, sagte er – gerade auch im Hinblick auf den ländlichen Raum.

Laptop und Lederhosn 2.0

„Ich freue mich, mit dem Bayernnetz dazu beitragen zu können, dass ‚Laptop und Lederhosn‘ sozusagen zu ‚Laptop und Lederhosn 2.0‘ werden“ lacht Nick Loth, verantwortlicher Betreiber des Bayernnetzes. „Die Bayerische Politik wird noch besser vernetzt. Das ist eine große Chance für den Freistaat.“

Das Bayernnetz ermöglicht es seinen Nutzern schnell und unkompliziert in Kontakt mit anderen Beamten und Mitarbeitern in bayerischen Behörden zu treten. In dem sicheren Netzwerk können Informationen ausgetauscht werden, Fachwissen geteilt und die richtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für wichtige Fragen rund um die Bayerische Landespolitik gefunden werden.

Über das Bayernnetz

Das Bayernnetz hilft allen im Netz registrierten Mitarbeiter einfach standort- und bereichsübergreifend miteinander zu kommunizieren. Informationen können schnell und unkompliziert ausgetauscht und die Zusammenarbeit noch effizienter gestaltet werden.

So unterstützt das Bayernnetz den Wandel hin zu einem eng und übergreifend vernetzten Freistaat. Verwaltungsmitarbeiter können auf diese Weise schneller und effizienter ar-

beiten. Wertvoller Erfahrungsschatz wird zentralisiert über das Bayernnetz allen berechtigten Anwendern zugänglich gemacht. Mit Hilfe von freiwilligen, selbst angelegten und gepflegten Profilen können am Netzwerk beteiligte ihre Fachkenntnisse und Spezialgebiete bekannt machen. Dies erleichtert es erheblich, die richtigen Ansprechpartner und Experten für konkrete Projekte zu finden und die jeweiligen Teams sachgerecht und schnell zusammenzustellen. Das Bayernnetz kann selbstverständlich auch mobil mit Android oder iOS genutzt werden um sich so auch bequem per Smartphone oder Tablet an den Fachdiskussionen und Projekten zu beteiligen.

Was bringt das digitale Kommunikationsnetz?

Schnelle und sichere Kommunikation, Wissensaufbewahrung, das Finden der richtigen Ansprechpartner, das unkomplizierte Erarbeiten von Lösungswegen und eine drastisch vereinfachte und beschleunigte Gruppenarbeit.

Lokal, sicher, einfach, schnell

„Team und Server des Bayernnetzes befinden sich in Deutschland – und damit auch ausnahmslos alle Daten. Die Daten werden nicht wie üblich an Dritte weitergegeben, nicht weiter verwendet oder verkauft. Die Mitglieder bleiben zu jeder Zeit Eigentümer aller ihrer Daten. Die Ansprechpartner sind durchgehend immer dieselben. Die Begleitung als Kommunikationsberater im Netzwerk ist ebenfalls möglich“, so Loth.

Die Funktionalitäten in den jeweiligen Netzwerken sind auf eine effiziente Kollaboration abgestimmt. Sie bieten ein breites Spektrum an Einsatzmöglichkeiten. Dank mobiler Applikationen ist Kommunikation in Echtzeit und von überall einfach und schnell möglich. Die Plattform bedarf keiner Systemadministration oder aufwändigen

Asyl- und Migrationsthematik:

CSU stärkt Seehofer den Rücken

Die Positionen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer blieben bis Redaktionsschluss kontrovers. Am vergangenen Montag trafen sich die Parteivorstände von CDU und CSU in Berlin und München. Auch die Bundestagsgruppierungen der beiden Schwesterparteien tagten getrennt. Dabei stärkte die CSU ihrem Parteivorsitzenden Seehofer einhellig den Rücken. Dass man einer europäischen Lösung in der Migrationspolitik Vorrang gibt, war einhellige Meinung beider Parteien. Gleichwohl ist für die Bayern klar, dass man in dieser Frage endlich eine klare Linie finden muss.

Kanzlerin Merkel hat das Angebot der CSU angenommen und will bis Ende dieses Monats eine Lösung für die Rückführung bereits andernorts registrierter Asylbewerber sicherstellen. Für den 1. Juli hat sie die Mitglieder der CDU-Führung einbestellt. Dann soll der Vorstand beraten, wie weiter zu verfahren ist.

Der Beschluss im Wortlaut

Im Folgenden veröffentlichen wir den Beschluss des CSU-Parteivorstandes vom 18. Juni 2018 im Wortlaut:

1. Der CSU-Parteivorstand unterstützt den Parteivorsitzenden und Bundesinnenminister Horst Seehofer in seiner Haltung zur Neuordnung der Migrationspolitik und teilt den Masterplan vollumfänglich. Der Parteivorstand bittet den Bundesinnenminister, die Maßnahmen aus dem Masterplan, die in seiner eigenen Ressortverantwortung als Bundesinnenminister stehen, unverzüglich um- und in Kraft zu setzen.

2. Der Parteivorstand begrüßt und unterstützt auch weiterhin alle Bemühungen für eine europäische Lösung. Wir wollen FRONTEX zu einem lückenlosen europäischen Grenzschutz ausbauen. Wir brauchen gemeinsame Asylverfahren und -standards in Europa. Wir treten dafür ein, dass direkt an der Außengrenze entschieden wird, wer eine Bleibeperspektive hat und wer nicht. Wir wollen, dass illegale Migranten direkt zurückgeführt werden. Wir brauchen einen europäischen Marshallplan für Afrika. Wir bekennen uns zum europäischen Resettlement-Programm, weil wir aus christlicher Verantwortung heraus den wirklich Hilfsbedürftigen helfen müssen.

3. Der Parteivorstand ist der Überzeugung, dass geltendes deutsches und europäisches Recht durchgesetzt werden müssen, solange es keine andere umfassende europäische Lösung gibt. Sollten auf dem kommenden oder künftigen EU-Gipfel wirkungsadäquate Ergebnisse erzielt werden, findet eine Evaluierung der in Deutschland ergriffenen Maßnahmen statt.

4. Der Parteivorstand hält die Zurückweisung an der Grenze für einen unerlässlichen Bestandteil der Neuordnung des Asylsystems. Mit sofortiger Wirkung wird die Zurückweisung an der Grenze für alle Fälle von Wiedereinreiseperrre und Aufenthaltverbot angeordnet. Bereits jetzt werden außerdem alle erforderlichen Vorbereitungen für die Zurückweisung von allen getroffen, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben oder dort registriert sind; die Zurückweisung erfolgt spätestens ab der ersten Juli-Woche, sofern auf dem kommenden EU-Gipfel keine wirkungsadäquaten Ergebnisse erreicht werden.

5. Der Parteivorstand unterstützt den Bayerischen Ministerpräsidenten und die Bayerische Staatsregierung bei der Umsetzung des bayerischen Asylplans. Die bayerische Grenzpolizei soll die Befugnis bekommen, in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei an der deutschen Grenze zu kontrollieren und nach den Regeln der Bundespolizei zurückzuweisen. **□**

Betreuung. Das Netzwerk bietet somit eine sichere, bilaterale Kommunikation und schnellen Datenaustausch zwischen allen sich im Netzwerk befindlichen Personen, sowie eine Wissensplattform mit Diskussions- und Abstimmungsmöglichkeit.

Wissensverteilung

Das Bayernnetz bietet durch Wikis auch eine Plattform für einen vollumfänglichen Wissenstransfer innerhalb der teilnehmenden Organisationen.

Externe Netzwerke

Mit dem Bayernnetz besteht für die Mitglieder die Möglichkeit Subnetzwerke für Externe Kontakte einzurichten. Diese Netzwerke bleiben vom Hauptnetzwerk getrennt um unbefugten Zutritt zu verhindern. Subnetzwerke können auch für eine Kommunikationssteuerung und/oder die Gliederung von Geschäftsstellen dienen. Lediglich ein Mausklick ist nötig, um zwischen einzelnen Netzen und Verwaltungsebenen zu wechseln.

Anpassbarkeit

Das Netzwerk kann dank mehrerer Individualisierungsmöglichkeiten dem Erscheinungsbild der jeweiligen Organisation

angepasst werden und trägt so zu einem stimmigen Gesamtbild für die Mitarbeiter bei.

Vielschichtigkeit

Jedes Netzwerk kann zu einem übergeordneten Netzwerk gehören sowie untergeordnete Netzwerke beinhalten. Alle Netzwerke, ob über- oder untergeordnet, sind voneinander unabhängig und dennoch für berechnigte Personen zugänglich. Aus den Synergien der vielen kleinen Einzelnetzwerke entsteht so ein großes Wissensnetzwerk mit immensen Potenzialen.

Als Beispiel: Mitarbeiter des Landkreises Erding können auf das Erdinger-Netz und auf das Landkreisnetz zugreifen; nicht aber auf das Netz des Landkreises Fürth.

Skalierbarkeit

Die Netzwerke für verschiedene Verwaltungsebenen existieren schon und müssen nicht für jedes Organ erneut erstellt werden. Je nach Aufgabenbereich und Beheimatung fallen die Organisationen in eines oder mehrere Netzwerke. Nutzer der Netzwerke können unkompliziert und jederzeit zwischen den verschiedenen Netzwerken wechseln. **□**

30 Jahre Bayerische Akademie Ländlicher Raum:

Kritisch-konstruktiver Partner

Heimatminister Albert Füracker hat der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum zum 30-jährigen Jubiläum gratuliert. Bei einem Festakt in München wies er darauf hin, „dass wir nicht nur drei Jahrzehnte Einsatz der Akademie für Bayern und seine ländlichen Räume feiern“. Im Mittelpunkt stehe insbesondere auch die Bedeutung, die der ländliche Raum und dessen Entwicklung für die Bayerische Staatsregierung hat und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Akademie und Staatsregierung.“

Grußworte sprachen der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl und Landtagspräsident a.D. Alois Glück. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Harald Lesch. Durch die Veranstaltung führte Andrea Bastian.

Immer mehr Menschen ziehen aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume. Dem entgegenzuwirken ist ein gemeinsames Ziel von Akademie und Staatsregierung. „Mit unserer erfolgreichen Heimatstrategie wirken wir diesem Trend seit Jahren erfolgreich entgegen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu schaffen, hat für die Bayerische Staatsregierung oberste Priorität“, fügte Füracker hinzu. Dazu gehören auch, mehr jungen Menschen und Familien eine Perspektive im ländlichen Raum zu bieten und damit die Chancengerechtigkeit in allen Regionen Bayerns zu erhöhen.

Nach den Worten des Präsidenten der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Professor Holger Magel, wurde die Bayerische Akademie Ländlicher Raum e.V. 1988 als gemeinnütziger Verein gegründet und setzt sich seither für die Belange des ländlichen Raums ein. Der Verein fördert insbesondere wissenschaftliche Erkenntnisse und Vorhaben zur Stärkung des ländlichen Raums, mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsgrundlagen in den ländlichen Gebieten zu verbessern.

Gleichwertige Lebensbedingungen

„Wir wollen ein kritisch-konstruktiver, aber dabei stets fairer Partner der Bayerischen Staatsregierung, der Verwaltungen und der Wirtschaft in der Verfolgung einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. Dies zeigt sich in gemeinsamen Tagungen mit verschiedenen Ministerien und Verbänden sowie vor allem in den vielen Stellungnahmen zu unterschiedlichsten Belangen der Entwicklung ländlicher Räume“, hob Magel hervor.

Es braucht Querdenker

„Wie kommt das Neue in die Politik?“, so fragte Alois Glück. Die Antwort darauf gab er am Beispiel der Agrarpolitik von Hans Eisenmann. Als Agrarminister erkämpfte er zu seiner Zeit den „Bayerischen Weg“. Damit erreichte Eisenmann die Anerkennung der Multifunktionalität der Landwirtschaft. Eisenmann war die politische Schlüsselfigur, doch die Bewegung entstand aus der Landjugend heraus. Glück: Es braucht Querdenker und Bürger, die die Initiative ergreifen, dann die Schlüsselpersonen in der Politik, die sie aufgreifen und die Fachpersonen aus der Wissenschaft, die sich damit auseinandersetzen. Die schwierigste Rolle, so Glück, habe die Politik, denn sie müsse abwägen und sich der Kritik stellen. Glück: „Derzeit haben wir das Problem, dass es chic geworden ist, über Politik schlecht zu reden.“

Selbstbedienungsmentalität und Erwartungshaltung

Prof. Lesch griff diesen Gedanken auf und sinnierte über ein all zu oft von „Selbstbedienungsmentalität einerseits und

Erwartungshaltung andererseits“ geprägtes Staatsverständnis. Den Bürgern sei gar nicht klar, was die Verwaltungen alles leisten und was im „Hintergrund läuft - damit alles läuft“. In einer komplexeren Welt sei die Gefahr größer, Fehler zu begehen. Das trifft auf einen selbst zu wie auch auf die Politik. Lesch: „Wir sollten uns öfter ein offenes Gespräch über Fehler leisten und mehr Verständnis füreinander aufbringen. Streitkultur ist ein hohes Gut. Und sie ist in Bayern gut ausgeprägt.“

Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern

Im Rahmen des Festakts erfolgte die Verleihung des alle zwei Jahre vergebenen Preises zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Wissenschaftliche Kuratorium wählte fünf Arbeiten aus, die sich mit aktuellen Fragestellungen zum ländlichen Raum auseinandersetzen.

In der Kategorie „Förderpreis“ wurde Anne Gruber, Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land (TU München) ausgezeichnet. Mit neuen Einfamilienhaus-Wohngebieten versuchen viele Gemeinden, junge Familien anzuwerben. Langfristig betrachtet könnten sie damit aber auch die Probleme von morgen schaffen, nämlich mehr Verkehr und das Aussterben der Ortszentren. Anne Gruber will in ihrer Arbeit aufzeigen, dass es auch möglich ist, im Innerortsbereich Wohnformen zu schaffen, die auf die Bedürfnisse verschiedener Zielgruppen passen und ebenso viel, wenn nicht gar mehr, Wohnqualität aufweisen als das Einfamilienhaus auf dem freien Feld.

Attraktiv für Bewohner und Neuzugler

Laut Jury „eröffnet ihr Vorschlag Gemeinden einen Weg, auch ohne monotone Wohngebiete attraktiv für Bewohner und Neuzugler zu sein.“...

Weitere Preisträgerin ist Denise Erhardt (TU München, Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land) für ihre abgestimmte Entwicklung von vier Kleinstädten – Spezifische Potenziale in Gundelfingen, Lauingen, Dillingen und Höchstädt“.

Das Thema der Arbeit ist aktuell, denn sie beschäftigt sich mit der Entwicklung kleiner Städtchen im ländlichen Raum, mit Gebäudeleerstand und Trading-Down Prozessen. Anhand der vier genannten Kleinstädte im Donautal werden die Chancen und Risiken der Entwicklung von räumlich und funktional eng verknüpften kleinen Zentren im ländlichen Raum analysiert – mit Erkenntnissen, die für manche der Betroffenen nicht immer bequem sind, denn es zeichnet sich auch an diesem Beispiel der Trend ab, dass Kleinstädte zueinander in Konkurrenz stehen, was die Nachfrage als Standort angeht, was negative Wechselwirkungen zur Folge hat.

Konkrete Perspektiven für Kooperationen

Die Arbeit belässt es aber nicht nur bei einer Analyse, sondern entwirft auch konkrete Perspektiven für eine Koope-

ration, die eine gemeinsame, koordinierte Strategie im Sinne von abgestimmten Entwicklungsschwerpunkten verfolgt.

In der Kategorie „Anerkennungspreis“ gingen Theresa Friedrich, Johannes Hemmelmann und Julian Numberger (TU München, Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land) als Sieger hervor. Die Masterthesis entwickelt Szenarien zum Ortsumbau für Wallersdorf, einer niederbayerischen Gemeinde im Entwicklungsbereich der Autobahn A92. Dabei galt es, mit dem demographischem Wandel und großen industriellen Bauvolumen umzugehen und eine grundlegende Neuausrichtung der Ortsentwicklung vorzuschlagen.

Das Trio zeigt in seiner Masterarbeit für das Ortszentrum, für ehemalige und für bestehende expandierende landwirtschaftliche Hofanlagen sowie für neue Wohntypologien städtebauliche Perspektiven des Wandels auf, die aus einer Analyse des Raums und wesentlicher Herausforderungen der Siedlungsentwicklung hergeleitet und in einem übergeordneten Konzept verbunden werden.

Die Arbeit liefert damit einen Beitrag zur Neuausrichtung eines Ortes im ländlichen Raum, der klar argumentiert wird, städtebaulich-architektonischer Mittel überlegt einsetzt und interaktive Komponenten im Vorgehen einschließt.

Ökologische, ökonomische und soziale Potenziale

Flächenpools innerhalb der Eingriffsregelung sind vorwiegend ökologisch orientiert. Ziel der Masterarbeit von Nadine Bihler (TU München, Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung) ist, neben den ökologischen auch die ökonomischen und sozialen Potenziale dieser Flächen aufzuzeigen. Damit widmet sich Bihler einer aktuellen Diskussion um die Fragen, wo Ausgleichsflächen bereitgestellt werden können und wie die Akzeptanz bei Landwirten, Kommunen und in der Gesellschaft dafür gesteigert werden kann.

Die Arbeit zeigt anhand von zwei Fallstudien exemplarisch auf, mit welchen Schwierigkeiten Kommunen bei der Bereitstellung von Kompensationsflächen zu kämpfen haben und welche Potenziale vorliegen und welche Maßnahmen geeignet sind um sie besser nutzen und kommunizieren zu können.

Energieinfrastrukturen mitgestalten

Sven Faßbender und Karolina Hasenstab (TU Berlin, Fachgebiet Landschaftsarchitektur, Freiraumplanung) zeigen schließlich am aktuellen Beispiel „Energie“ auf, wie es positiv besetzt werden kann. Sie sind überzeugt: Energielandschaften und Energieinfrastrukturen werden dann nicht mehr als störend empfunden, wenn man sie mitgestalten kann und weiß, dass man einen direkten Anteil daran haben kann.

Ihre Idee: Projekte! Über kleinteilige Formen der Energieproduktion und der Wertschöpfungsketten wird die Energiewende zu bürgergetragenen Projekten. Sichtbarkeit! Energie kommt nicht mehr einfach nur aus der Steckdose, sondern überall dort, wo sie produziert und verteilt wird und neue Projekte speist, wird ganz bewusst auf den Zusammenhang verwiesen. Hierzu liefern sie phantasievoll Beispiele, die Mensch, Energie und Landschaft zueinander in Beziehung setzen. **DK**

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

viele unserer Mitmenschen haben seit Wochen bzw. manche vielleicht sogar seit Monaten einem besonderen Großereignis des Jahres 2018 entgegengefeuert – und jetzt läuft sie, die Fußballweltmeisterschaft in Russland.

Ich muss gestehen, dass ich mir schon Vorstellungen darüber gemacht habe: „Wenn der gerade fit gewordene Manuel Neuer den Ball aus dem Torwinkel hechtet und Thomas Müller auf Pass von Marco Reus kurz vor Schluss doch noch den Siegtreffer über die Linie drückt“, so dachte ich, „dann wird bei uns im Land kollektiv gebubelt und gefeiert. Gänsehaut-Feeling!“ Das haben wir jetzt auch, aber nicht ganz so, wie wir uns das erwartet haben.

Fußball ist nur die schönste Nebensache der Welt

Nach dem verpatzten Start drücke ich unserer deutschen Nationalmannschaft erst recht mit Leidenschaft die Daumen. Dass es für unsere Jungs nicht einfach werden wird, den Erfolg von 2014 zu wiederholen, war schon vorher klar. Aber alles ist möglich und wie sagte schon Franz Beckenbauer bei solchen Gelegenheiten immer: „Schau mer mal...“ Es ist und bleibt ein Spiel.

Eine Fußball-WM birgt auch abseits der Emotionen viele positive Effekte. Unter anderem profitieren der Handel und die deutschen Sportartikelhersteller. Die WM fördert zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt, schafft ein positives Lebensgefühl und die Public-



Viewing-Events bringen Umsatz sowie Leben in die Innenstädte. In ihrer Eigenschaft als Genehmigungsbehörden unterstützen die Kommunen diese Veranstaltungen oder stellen selbst etwas auf die Beine.

Doch bei aller Euphorie bleibt der Fußball doch nur die „schönste Nebensache der Welt“ – gerade in diesem Jahr. Die „Finalspiele“ außerhalb des Rasens auf nationaler und internationaler politischer Ebene sind für unser Leben weit wichtiger. Wie geht es weiter mit dem bröckelnden Europa, mit dem belasteten transatlantischen Verhältnis, mit der hochbrisanten Asylpolitik? In Bayern findet am 14. Oktober mit den Landtagswahlen ein weiteres „Endspiel“ statt.

Hier geht es für die bayerischen Kommunen um die Zukunft. Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) haben wir unsere Vorstellungen schon vor längerer Zeit formuliert: Der Kommunale Finanzausgleich muss auch in Zukunft die grundsätzliche Leistungsfähigkeit für Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sichern und das gemeinsame Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse weiterhin konsequent verfolgt werden. Infrastruktur, Digitalisierung, Klimaschutz, Gesundheit und Pflege verkörpern weitere Handlungsfelder und Herausforderungen.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich besonders in den vergangenen Jahren als verlässlicher Partner ihrer Kommunen erwiesen – immer ansprechbar und stets lösungsorientiert. Um bei der Fußballsprache zu bleiben: Wenn es nach mir geht, wäre es in Summe kein Schaden, wenn die jetzigen Protagonisten bayerischer Regierungspolitik am 14. Oktober erneut den Siegerpokal in die Luft strecken könnten.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Monika Weinl ist Nachfolgerin von Michael Werner:

Neuer Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule

Bei einem Festakt im Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration übergab Michael Werner die Leitung der Bayerischen Verwaltungsschule offiziell an seine Nachfolgerin Monika Weinl. Monika Weinl war zuvor als Ministerialrätin im Innenministerium tätig.

Zum feierlichen Amtswechsel im Odeon begrüßte Dr. Franz Dirnberger, Vorsitzendes Mitglied des Verwaltungsrats der BVS, zahlreiche Gäste, etwa aus dem Bayerischen Landtag, den kommunalen Spitzenverbänden, aus Städten und Gemeinden, den Staatsministerien und Regierungen, sowie Vertreter der BVS eng verbundener Partner. Auch die Mitglieder des Verwaltungsrats wohnten der Feierstunde bei.

Dank an Werner

Dirnberger würdigte die Persönlichkeit des scheidenden Vorstands Werner und dankte ihm für seine Verdienste um die BVS und die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst in Bayern. So sei beispielsweise ein ganz neuer Ausbildungsberuf, nämlich die Kaufleute für Büromanagement, geschaffen worden. „Ich danke Ihnen persönlich und im Namen des Verwaltungsrats, des ganzen Führungsteams und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS für Ihre Arbeit, für Ihr Engagement, für Ihr Verständnis und vor allem für Ihre Menschlichkeit“, sagte Dirnberger. Zugleich begrüßte er den neuen Vorstand, Monika Weinl. Sie stehe vor einer großen Herausforderung, die sie aber, so Dirnberger überzeugt, mit großer Freude und Kraft angehen werde.

Als Festredner würdigte Ministerialdirektor Karl Michael Scheufele die Leistungen von Michael Werner als Vorstand der BVS. Dabei hob er vor allem die gute wirtschaftliche La-

nebenamtlichen Dozenten angewiesen. „Es war mir eine Ehre, diese Zeit als Vorstand der BVS verbringen zu dürfen“ schloss Werner.

Sie selbst, sagte Monika Weinl, sei mit der Überzeugung in die Verwaltung eingetreten, dass dort ein entscheidender Beitrag dafür geleistet werde, ob Menschen ihr Auskommen haben, ob alle bekommen, was ihnen zusteht, ob sie sich frei entfalten und ihre Meinung sagen können. Dafür stünden die Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen bei Staat und Kommunen. Sie freue sich, nun an entscheidender Stelle die Verwaltung der Zukunft mitgestalten zu dürfen.

„Die Verwaltung wird sich mehr und schneller auf Veränderungen einstellen müssen als je zuvor. Die BVS wird das nötige Wissen, die Kenntnisse und die Fähigkeiten vermitteln, die die Mitarbeiter in der Verwaltung dazu brauchen“, sagte Weinl. Dem Verwaltungsrat dankte sie für das Vertrauen, das er in sie als neue Leiterin der BVS setzt. □



V. l.: Ministerialdirektor Karl Michael Scheufele, BVS-Vorstand Monika Weinl, Vorsitzender des Verwaltungsrats Dr. Franz Dirnberger, Stv. BVS-Vorstand Roswitha Pfeiffer, Vorstand der BVS a.D. Michael Werner. □

Gemeinsam Werte schaffen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
neue Art von Solidarität und gemeinschaftlicher Gestaltung.

Die Verzinsung und Tilgung in Naturalien spielt dabei eine besonders verbindende Rolle. Anleger erleben so direkt, was mit ihrem Geld ermöglicht wird und können die Früchte daraus ernten. Insofern ist die Finanzierungsform der Genussrechte mit Naturalienverzinsung nicht nur ein Finanzierungsinstrument, sondern ein Instrument zur Stärkung der Beziehung zwischen Betrieben und Anlegern.

Bürgergenossenschaften

Bürgergenossenschaften bewegen Heimat, wie Christian Skrodzki vom Kommunikationsbüro „inallermunde“ am Beispiel des Bürgerbahnhofs Leutkirch darstellte. Die Leutkircher Bürgerbahnhof eG ist weit über die Region hinaus zum Vorbild geworden. Mit einer genossenschaftlichen Finanzierung haben 600 Bürgerinnen und Bürger Anteile für über 1 Mio. Euro erworben und mit Unterstützung von Landesfördergeldern ein über Jahre leerstehendes Kulturdenkmal grundlegend instand gesetzt. Im Frühjahr 2012 konnte der Bürgerbahnhof fei-

erlich eröffnet werden. Heute sind 700 Bürger und Unternehmen mit 1.111.000 Euro am Bürgerbahnhof beteiligt.

Durch das Engagement der Einwohner ist das über 125 Jahre alte Wahrzeichen der Stadt jetzt wieder ein Schmuckstück mit einem Restaurant und regionalen Unternehmen. Unter dem Dach informiert ein Besucherzentrum über das Thema „Nachhaltige Stadt“. Der ehemalige Bahnhof wird wieder als lebendiger Mittelpunkt in Leutkirch geworden.

Die Leutkircher Bürgerbahnhof Genossenschaft ist der Besitzer des Bürgerbahnhofs und in diesem Sinne auch der Gesamtbetreiber. Die Vorstände und die Aufsichtsräte bringen sich ehrenamtlich ein. Generiert werden rund 120.000 Euro Mieteinnahmen pro Jahr. Davon werden alle Kosten getragen – und im Idealfall bleibt am Ende des Jahres ein kleiner Gewinn übrig, der dann an die Genossen ausgeschüttet wird. Das Projekt ist solide über 20 Jahre hinaus finanziert.

Gesundheits- und Pflegezentrum in der Ortsmitte

Der demographische Wandel mit einer Zunahme alter Menschen, Bevölkerungsrückgang, veränderten Familienstrukturen und fehlenden Einrichtungen hat oftmals zur Folge, dass ältere und pflegebedürftige Menschen nicht zu Hause bleiben können. Mit diesen Herausfor-

derungen kämpfen viele Gemeinden im ländlichen Raum, so auch der Markt Waldthurn. Dies wollten die Verantwortlichen in der Gemeinde nicht einfach hinnehmen – sie packten die Probleme an und sind neue Wege gegangen. Mit dem Gesundheits- und Pflegezentrum hat laut Besitzer Stefan Hamerl der Markt Waldthurn auch einen wichtigen Schritt für eine belebte, attraktive Ortsmitte unternommen.

Alternative zum Pflegeheim

Das Wohnangebot im Gesundheits- und Pflegezentrum Waldthurn ist mittlerweile eine echte Alternative zur Unterbringung in einem betreuten Wohn- oder Pflegeheim. Die kleinen Einheiten und das vertraute, familiäre Umfeld ermöglichen es den älteren Mitbürgern, eine gewisse Selbstständigkeit sowie den Kontakt zu Freunden und zur Familie zu erhalten. Haus 1 umfasst den Therapie- und ärztlichen Bereich, Haus 2 dient dem Gemeinschaftsleben und Wohnen. In Waldthurn ist das Alt werden in der Heimat bereits heute wieder normal.

Die Kurzvorstellung von fünf weiteren Projekten in einem „Marktplatz der Ideen“ bildete den Abschluss der Günzburger Fachtagung. Im Rahmen des „Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK)“ wurde 2014 das Entwicklungsforum Holzwinkel und Altenmünster e.V. im Augsburgener Land gegrün-

det. Sechs kooperierende Kommunen haben dabei den Wert der Kultur als Standortfaktor erkannt. Daher unterstützen sie die Initiative „Kultour-Sommer“ durch gezieltes und überregionales Marketing. Das Publikum kann sich an Kabarett, Konzerten, Kleinkunst und Kunstwerken erfreuen.

In Boos (Landkreis Unterallgäu) gingen aktive Bürger motiviert und engagiert die Energiewende an. Ausgangspunkt war die Initiative „100 weitgehend energie neutrale Gemeinden“. Die Gemeinde errichtete ein mit Hackschnitzel betriebenes Nahwärmenetz mit einer Netzlänge von 387 Metern, das acht öffentliche Einrichtungen versorgt. Jährlich wird der CO₂-Ausstoß um 180 Tonnen gemindert.

In Tagmersheim (Landkreis Donau-Ries) wiederum war die Schließung der letzten Einkaufsmöglichkeit im Ort absehbar. Deshalb entwickelten die Gemeinde und engagierte Bürger ein Konzept für einen Dorfladen und gründeten eine Genossenschaft. Der Dorfladen stärkt die Gemeinschaft und fördert die Lebensqualität.

Wohnen wie Zuhause

Der Verein „Freunde neuer Wege zum Wohnen wie Zuhause“ will in Salgen (Unterallgäu) mit seinem Projekt „Ambulant betreute Wohngemeinschaft“ Demenzerkrankten ein neues Zuhause in der Heimat bieten. Dabei wird ein ehemaliges Gasthaus zum Pflegezentrum. Pflegebedürftige erhalten notwendige Unterstützung und ein Leerstand im Ort wird wiederbelebt.

Zur Wiederbelebung der Gaststätte gründeten engagierte Bürger in Unterliezheim (Landkreis Dillingen) schließlich den Klosterbräu e.V. In der Dorfenerneuerung wurde das denkmalgeschützte Gebäude erworben, saniert und an den Verein übergeben. **DK**

Integrationsgipfel der Bundesregierung:

Mehr Qualität im Miteinander

Welche Werte sind uns wichtig? Was bedeutet Heimat? Wie können wir Demokratie und Zusammenhalt stärken, wie Teilhabe sichern? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des 10. Integrationsgipfels im Bundeskanzleramt. Antworten soll ein Aktionsplan Integration geben, den die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Anette Widmann-Mauz, entwickeln wird.

Ziel ist, Integrationsmaßnahmen zu bündeln und bei Bedarf nachzusteuern. Länder und Kommunen, die Zivilgesellschaft und die Migrantenorganisationen sollen sich aktiv beteiligen. Der Prozess wird über die gesamte Legislaturperiode angelegt sein.

„Bei der Integration ist viel geschafft, aber es liegt noch viel Arbeit vor uns“, so Widmann-Mauz. Alle Phasen der Integration müssten in den Blick genommen, Angebote besser aufeinander abgestimmt werden. „Unmittelbar nach dem Ankommen brauchen wir Kurse, die Werte und Erwartungen vermitteln, unabhängig von Aufenthaltsdauer und Status“, erklärte die Integrationsbeauftragte.

Gleiche Chancen auf Teilhabe

„Wenn es um das Zusammenleben geht, geht es zuallererst um die gleichen Chancen auf Teilhabe – und das im umfassenden Sinne“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Dies beginne bei der Bewerbung, wo unterschiedliche Namen keinen Unterschied machen sollten und setze sich fort mit Ausbildung, Arbeitsmarkt und dem Zugang zum Öffentlichen Dienst.

Freilich, so die Kanzlerin, gebe es „Regeln, die nicht verhandelbar sind“. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gelte für alle – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsdauer. Die Missachtung von Gesetzen

Landkreistag veröffentlicht Umfrage:

Stand der Digitalisierung in den Landkreisen

Der Deutsche Landkreistag hat die Ergebnisse einer Umfrage zum Stand der Digitalisierung in den 294 Landkreisen veröffentlicht. Die Erhebung erfolgte in Zusammenarbeit mit Fraunhofer IESE.

DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager: „Die Umfrage zeichnet ein bislang nicht vorhandenes repräsentatives Bild über den Stand der Digitalisierung in den Landkreisen. Sie macht deutlich, dass sich die Landkreise den Herausforderungen der digitalen Welt stellen und bereits jetzt über eine große Zahl funktionierender digitaler Anwendungen verfügen.“ Darüber hinaus hat der kommunale Spitzenverband in einer weiteren Veröffentlichung eine Reihe von guten Beispielen und strategischen Ansätzen aus den Landkreisen zusammengetragen. „Daraus können und sollen andere Landkreise lernen, die auf dem Weg der Digitalisierung noch nicht so weit vorangekommen sind.“

Die Umfrage – an der sich mit 146 rund die Hälfte aller Landkreise beteiligt haben – betraf zum einen die typischen Kreisaufgaben der Daseinsvorsorge, d.h. die medizinische Versorgung, Bildung und Mobilität, die wirtschaftliche Entwicklung einschließlich Mittelstand 4.0, die Stärkung der Versorgung vor Ort und die Innovationsförderung. Zum anderen wurden aber auch Fragen zum E-Government in der Kreisverwaltung gestellt. „Beide Broschüren dienen dazu, die Landkreise bei der Ausarbeitung ihrer kreisspezifischen Digitalisierungsstrategie zu unterstützen. Sie liefern einen Überblick kreislicher Handlungsfelder in der digitalen Daseinsvorsorge und der digitalen Wirtschaftsförderung und beschreiben die in diesen Bereichen bereits jetzt zum Einsatz kommenden digitalen Instrumente“, so Sager.

Die Gestaltung dieses Lebens- und Arbeitsumfeldes durch neue, digitale Lösungen für Schulen, eine schnellere und noch bessere medizinische Versorgung durch digitale Assistenzsysteme oder die Unterstützung des heimischen Handwerks, sich an die Anforderungen einer digitalen Wirtschaft anzupassen, seien wichtige Aufgaben der Landkreise. „Die Handlungsfelder sind so unterschiedlich wie die Landkreise selbst. Kein Landkreis kann und muss sich in allen Bereichen engagieren, jeder Landkreis wird eine für sich passende Digitalisierungsstrategie entwickeln müssen.“

So könne die Digitalisierung dazu beitragen, dem demographischen Wandel zu begegnen und die ländlichen Räume noch lebenswerter auszugestalten. Zu den Zielen einer digitalen Wirtschaftsförderung gehöre es beispielsweise, hochwertige Arbeitsplätze zu erhalten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu befördern. „Dies betrifft digitale Berufsschulen, sog. Lernwerkstätten 4.0, ebenso wie die Innovationsförderung und die Stärkung der Nahversorgung durch Plattformenlösungen“, so der DLT-Präsident zum Schluss. **□**

Schnelles Internet ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Euro, in Härtefällen bis 60.000 Euro, und WLAN-Infrastruktur mit bis zu 5.000 Euro gefördert. Der Fördersatz beträgt 80 Prozent, für kommunale Träger die überwiegend dem Raum mit besonderem Handlungsbedarf angehören sogar 90 Prozent. „Wir bieten damit beste Rahmenbedingungen, um alle 4.720 öffentlichen Schulen und 366 Plankrankenhäuser zu erschließen“, betonte Füracker.

Der Freistaat Bayern wird bis 2020 mit einem engmaschigen Netz von kostenfreien BayernWLAN-Hotspots überzogen werden, kündigte Füracker an. Im Fokus stehen dabei Kommunen, touristische Highlights, Universitäten, Schulen, Krankenhäuser und Behördenstandorte sowie Busse im ÖPNV. Dadurch sollen 40.000 Hotspots entstehen. An vielen anderen besonders attraktiven Plätzen im Freistaat wird mit dem BayernWLAN allen Bürgern und Touristen ein einfacher digitaler Zugang ermöglicht. „Mit unserer Initiative für ein freies BayernWLAN wollen wir für digitale Chancengleichheit und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern sorgen. Der Ausbaustart des BayernWLANs im Sommer 2016 brachte für freie WLAN-Angebote einen massiven Schub. Aktuell sind rund 12.000 BayernWLAN-Hotspots in Betrieb“, teilte Füracker mit. Im Monat Mai haben sich mehr als 3,34 Millionen Nutzer mit dem BayernWLAN verbunden und setzten rund 400.000 Gigabyte Daten um.

Bayernweit wurde auch bereits der Einsatz von BayernWLAN in Bussen des ÖPNV getestet. Die Pilotphase in acht Landkreisen in 135 Bussen sei positiv verlaufen. Deshalb unterstützt der Freistaat seit April 2018 die Installation von BayernWLAN in Bussen des ÖPNV mit 2.000 Euro je Bus für 20 Busse je Landkreis und kreisfreier Stadt, in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf für zusätzliche 10 Busse. Füracker: „Unsere Initiative ist bereits auf große Resonanz gestoßen. Erste Verträge für insgesamt 50 Busse wurden bereits abgeschlossen.“ **□**

Werbung für europäische ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schen 0 und 98 Prozent – bei gleicher Nationalität des Antragstellers hat dieser also je nach Mitgliedstaat, wo er den Antrag stellt, eine oder eben keine Chance als asylberechtigter anerkannt zu werden. Wenn das so ist, dass wir eigentlich grundsätzlich einvernehmlich der Auffassung sind, dass Europa ein offener Kontinent für Flüchtlinge bleiben muss, dann müssen wir auch so handeln.“

„Aber es muss auch klar sein, dass wir nicht ein permanenter, manchmal fast erschlicherer Aufenthaltsort für Wirtschaftsflychtlinge sein können. Das schaffen wir nicht. Europa ist ein großer Kontinent mit 500 Millionen Menschen. Wir können nicht alle Wirtschaftsflychtlinge der Welt aufnehmen. Und wir müssen sehr darauf achten, dass wir uns nicht nur mit den Folgen der Flüchtlingsproblematik auseinandersetzen, sondern mit den Ursachen. Deshalb ist eine neue europäische Afrikapolitik absolut von Nöten“, so Juncker.

Wichtiges Zeichen für ein Europa der Regionen

Landtagspräsidentin Barbara Stamm hatte im Rahmen eines Gesprächs mit Juncker vor drei Jahren in Brüssel zusammen mit Vertretern des Landtagspräsidiums die Einladung in den Bayerischen Landtag ausgesprochen. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten sehe man den Besuch als wichtiges Zeichen für ein Europa der Regionen und die Bedeutung der Landesparlamente auf europäischer Ebene.

„Sie hat mich vor drei Jahren eingeladen – und ich wusste nicht, dass heute die Weltmeisterschaft beginnt, und Sie hätten sich das Spiel ganz gerne angesehen, aber nächsten Sonntag ist auch noch ein Spiel. Ich wusste auch nicht, dass die Weitsicht der Präsidentin soweit reicht, dass sie schon damals wusste, dass heute ein besonderer Tag in Berlin wäre“, scherzte Juncker zum Beginn seiner Rede.

Juncker nahm auch zum Han-

delsstreit mit den Vereinigten Staaten Stellung. „Seit ich Kommissionspräsident bin, habe ich ja das immer wiederkehrende Vergnügen, an den Sitzungen der G7 teilzunehmen. Ist spannend: Ein Luxemburger im Kreis der Großen. Trump hat mir letzte Woche gesagt: Jean-Claude, you are a brutal killer! Es ist zum ersten Mal, dass Luxemburg zu einer Gefährdung für die Vereinigten Staaten von Amerika herangewachsen ist. Er hat das, denke ich, als Kompliment gemeint – auch wenn ich mir da nicht ganz sicher sein kann. In diesen Handelsauseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten ist es Pflicht Europas, auf unsere eigene Würde zu achten. Die von der amerikanischen Administration verfügten Zölle auf Stahl und Aluminium können wir nicht ohne Antwort lassen. Ich bin überhaupt nicht in Kriegslust, aber ich akzeptiere nicht, dass man uns diktiert, was wir in Europa zu tun haben. Dies ist ein eigenständiger Kontinent, viele haben dafür gekämpft und jetzt müssen wir uns auch Gehör verschaffen auf internationaler Bühne“, sagte Juncker.

Handelsstreit: EU kann mit den Amerikanern auf Augenhöhe verhandeln

„Es ist außergewöhnlich schwer unseren amerikanischen Freunden die Dinge so zu erklären, wie sie verstanden werden müssen. 72 Prozent aller Direktinvestitionen in den USA sind europäischer Provenienz. Es gibt mehr Arbeitsplätze, die geschaffen werden von europäischen Unternehmen in den USA, als Arbeitsplätze von amerikanischen Unternehmen in Europa. 6,9 Millionen Arbeitsplätze werden in den USA geschaffen, 4,7 Millionen amerikanischen Ursprungs in der Europäischen Union. Insofern gibt es keinen direkt erkennbaren und auch keinen indirekt nachvollziehbaren Grund, wieso wir mit den Amerikanern nicht auf gleicher Augenhöhe in Handelsfragen verhandeln sollten.“ **□**

14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik:

Lokale Partner für globales Handeln

Von Dr. Siegfried Balleis

„Lokale Partner für Globales Handeln“: Unter diesem Leitspruch hatte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global mit freundlicher Unterstützung der Hansestadt Lübeck zur 14. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik eingeladen. Die Konferenz war nicht nur für die Veranstalter ein großartiger Erfolg, sondern vor allem für die über 400 Teilnehmer aus deutschen Städten und Gemeinden.

Mit der Verfolgung des Prinzips der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene habe man in seiner Stadt schon sehr früh begonnen, stellte der Bürgermeister der Stadt Lübeck, Jan Lindemann, heraus. Er zeigte sich überzeugt, dass man auch mit kleinen Projekten einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten könne. So betreibe Lübeck schon seit langem eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Auch sei das Prinzip der Nachhaltigkeit ein wichtiges Kriterium bei der Flächennutzungsplanung in Lübeck.

Kommunen immer wichtiger

Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer von Engagement Global verwies darauf, dass seine Organisation ca. zwei Dutzend Programme verantwortet und die SKEW als eigenständiger Bereich von Engagement Global ständig an Bedeutung gewonnen habe. Das heiße gleichzei-

Große Bedeutung der Bildung

„Lasst uns diesen Planeten nicht als selbstverständlich ansehen“, zitierte der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, den Schauspieler Leonardo DiCaprio im Hinblick auf das Konferenzthema. Gleichzeitig beglwnschte er die Stadt Lübeck zu deren 875. Geburtstag.

Der Ministerpräsident stellte heraus, dass Schleswig-Holstein das Land der Energiewende sei und das Land den gesamten Strom

aus erneuerbarer Energie nutzen könnte. Er unterstrich aber auch, dass es in Schleswig-Holstein viele entwicklungspolitische Partnerschaften gebe. Zugleich hob er die Bedeutung der Bildung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit hervor.

Weltweit Verantwortung übernehmen

Dr. Bernhard Felmberg, Abteilungsleiter Zentralbereich des



Unermüdlich unterwegs ist Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, um für seine Botschaften zu werben: Einen Marshallplan für Afrika, Bleibeperspektiven für die Menschen in ihren Heimatregionen und fairen Welthandel. □

BMZ stellte klar, dass wir global Verantwortung übernehmen müssen und verwies auch darauf, dass die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt einen großen Bedeutungszuwachs erfahren habe. Insbesondere hob

er hervor, dass Bundesminister Dr. Gerd Müller die kommunale Entwicklungszusammenarbeit massiv unterstütze.

So sei man stolz darauf, dass sich zur Zeit bereits 750 deutsche Kommunen entwicklungs politisch engagierten. Wichtig sei auch die Beratung zur fairen Beschaffung. Nach seinen Worten stellt das BMZ 2018 über die SKEW 20 Mio. Euro für die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.

spielsweise bei Ausschreibungen. Schließlich berichtete er, dass das vom BMZ finanzierte SKEW-Vorhaben „Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten“ vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung als Leuchtturmprojekt 2018 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ausgezeichnet worden sei.

Stärkung der kommunalen Strukturen durch Know-how-Transfer

In der anschließenden Podiumsdiskussion vertrat Dr. Carola Stein, die für das Partnerland Ruanda zuständige Referatsleiterin im Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz die Auffassung, dass früher eine Hauptaktivität der Partnerschaftsarbeit darin bestand, zum Beispiel von Schulen und Vereinen Spendengelder zu sammeln, was weiterhin wichtig sei, dass es jetzt aber daneben auch immer wichtiger werde, durch Know-how-Transfer zur Stärkung der kommunalen Strukturen in Ruanda beizutragen. Auch könne Rheinland-Pfalz von Ruanda bei der Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) lernen.

Dilemma rtlichkeitsprinzip

Auf ein Dilemma verwies der Vizepräsident des VKU, Karsten Specht: Zwar praktizierten die Mitgliedsunternehmen des VKU Nachhaltigkeit; durch die Verpflichtung auf das rtlichkeitsprinzip, das durch die Rechtsaufsichtsbehrden konsequent überwacht werde, hätten sie jedoch große Probleme, sich in der praktischen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu engagieren.

Paradigmenwechsel zur Nachhaltigkeit

Felmberg unterstrich, dass die Welt einen Paradigmenwechsel zur Nachhaltigkeit brauche und die Agenda 2030 in Deutschland bekannter gemacht werden müsse.

In diesem Zusammenhang führte er aus, dass wir dazu starke Stimmen brauchen und lobte die Stadt Lübeck, die hier bereits vorbildlich handle, wie bei-

Unser Autor

Dr. Siegfried Balleis, Altbürgermeister der Stadt Erlangen, hat sich auf Biten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Prof. Dr. Gerd Müller, bereit erklärt, ihn bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Kommunen zu unterstützen. Balleis leitete von 1979-1985 den Arbeitskreis Entwicklungspolitik der Jungen Union Bayern und war in der Zeit von 1976-1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter des damaligen Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Nürnberg-Süd, Peter W. Hffkes, der dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestags angehörte. □

Gesamte Lieferketten betrachten

Hierzu empfahl Dr. Felmberg, dass im Rahmen der Beschaffung die gesamten Lieferketten betrachtet werden müssen und man das Prinzip der Nachhaltigkeit bei Ausschreibungen konsequent umsetzen müsse. Die Agenda 2030 dürfte kein „Kopftema“ sein, sondern müsse in die Breite gehen.

Er verwies auch darauf, dass Bundesminister Dr. Gerd Müller immer wieder betone, dass man mit den Ausgaben für die Flüchtlinge in Deutschland ein Vielfaches bewirken könnte, wenn man diese Gelder in den Entwicklungsländern investieren würde. □

Eine Schule für Kunkhongo

Landrat Stefan Rle weiht „seine Schule“ in Malawi ein

Viel Gutes geht von den Menschen im Landkreis Donau-Ries aus. Gerade zehn Monate ist her, als Landrat Stefan Rle verkünden durfte, dass sich die Landkreisbrger entschlossen haben, bis zum Jahr 2020 zehn Schulen für Afrika auf den Weg zu bringen. Zehn Schulen in drei Jahren: eine stolze Zahl! Dass der Landrat aber nach 10 Monaten bereits Schule Nr. 16 mit auf den Weg gebracht hat, ist nahezu unglaublich. Eine dieser Schulen hat Landrat Rle gemeinsam mit seiner Familie selbst gestiftet. Jetzt konnten die Rles in Kunkhongo im ostafrikanischen Malawi Einweihung feiern.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Bei all' diesen Schulen werden keine ffentlichen Gelder investiert. Die Finanzmittel kommen ausschließlich aus privaten Spenden. Der Kontakt zu Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller hat die Schwaben motiviert. In unzhlichen Vorträgen berichtet der Minister von seinen Reisen und den vielen, vielen großen Problemen, die Menschen haben, denen er in den Problemzonen dieser Welt begegnet. Letztlich ist es doch egal, ob Menschen mit dem Tode bedroht sind, weil sie in Kriegsregionen um ihr Leben fürchten, oder ob „nur“ die Gefahr besteht, dass sie verhungern. Sterben ist sterben. 20 Millionen Menschen wollen in allernächster Zeit Afrika verlassen und eine Zukunft in einer besseren Welt finden, sagte der Minister.

„Wir müssen deshalb den Menschen helfen, Bleibeperspektiven in ihrer Heimat zu entwickeln“, so Rle. Dazu gehöre unbedingt eine qualifizierte Bildung – und zwar für Jungen und Mädchen gleichermaßen.

Deshalb entschloss man sich im Landkreis Donau-Ries, sich vor allem für Schulen in Afrika zu engagieren. Ein wichtiger Partner dabei ist die Hilfsorganisation „Fly & Help“, eine Stiftung des ehemaligen Touristikunternehmers Reiner Meutsch. Mehr als 200 Schulen hat Meutsch in wenigen Jahren auf- und ausgebaut. Gemeinsam mit Minister Müller und Landrat Rle wird als neue Zielmarke die 1.000 anvisiert. Wichtig ist, dass die Spendengelder komplett dem guten Zweck zugeführt werden.

Malawische Gastfreundschaft erleben

Jetzt also, ein Jahr nach Bekanntgabe, reiste Stefan Rle gemeinsam mit Tochter Elea und einer achtköpfigen Delegation nach Ostafrika zur Eröffnung ihrer Schule. 40.000 Euro haben sie investiert. Während kein Pappenstiel, sondern Geld, mit dem man sich selbst schon etwas hätte gönnen können. „Wenn ich jetzt in die Augen der glücklichen Kinder blicken darf,

dann ist mir das viel mehr wert“, sagt Stefan Rle. 450 Kinder kommen in die neue Schule.

Zur bayerischen Reisegruppe gehörte auch Gunther Freissle als bayerischer Sprecher des Reiseunternehmens Derpart, das sich ebenfalls für die Schulbauten engagiert.

Beim gemeinsamen Einweihungsfest zeigten sich die Bewohner von Kunkhongo ebenso überwältigt wie die angereisten Gäste. „Das ganze Dorf ist auf den Beinen. Alle sind gekommen: die Distriktoberen, natürlich der Bürgermeister und Vertreter der malawischen Regierung. Die Delegation darf bei großer Hitze unter einem schtzenden Zelt Platz nehmen und ein Programm erleben, wie es für jeden einzelnen unvergesslich bleiben wird. Mystische Figuren treten auf, die Kinder haben einen großen Kreis gebildet, es wird gesungen und getanzt – und natürlich gibt es Ansprachen. Auch Rle sagt einige Worte in wohlgewhltem Englisch. Schließlich darf jeder der deutschen Gäste einen Baum pflanzen“, berichtet die Augsburgener Allgemeine.

Das stabile Gebäude beherbergt zwei Klassenzimmer. So dass die Schule auch während der Regenzeit genutzt werden kann. Eine Schulpflicht gibt es nicht, sagt Renate Krzywn-Schramm. Sie lebt in der malawischen Hauptstadt Lilongwe und ist für die Welthungerhilfe der Kontakt von Fly & Help.

Von den rund 16 Millionen Einwohnern des Landes leben viele als Kleinbauern. Sie haben immer wieder mit extremer Trockenheit aber auch extremen Regenfällen zu kämpfen. Beides führt zu Missernten. Die Hälfte der Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, nur acht Prozent zu Elektrizität.

Rle ist froh, dass die Regierung von Malawi die zahlreichen Hilfsorganisationen zulässt. Er ist überzeugt, dass eine qualifizierte Ausbildung entscheidend für die Entwicklung guter Zukunftsperspektiven ist. Sein Engagement ist keine Eintagsfliege. Er will wiederkommen. □



Groß war die Freude in Kunkhongo, als Landrat Stefan Rle zur Einweihung „seiner“ Schule anreiste. □



Jetzt kostenlos informieren: 0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Kommunale MVZ – Chance für die ärztliche Versorgung auf dem Land

Von Dr. Christian Wittmann und Dr. Nadine Holzapfel
Sozietät BRP Renaud und Partner mbB Stuttgart / Frankfurt a. M.

Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) vom 16.7.2015 hat die Gründung von medizinischen Versorgungszentren (MVZ) für Kommunen deutlich erleichtert. Sie haben seither mehr Möglichkeiten, einer lokalen ärztlichen Unterversorgung entgegenzuwirken. Der Beitrag gibt einen Überblick über die neuen Möglichkeiten.

Die Aufgaben einer Gemeinde hängen von verschiedenen Faktoren ab, wie etwa der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Aufgabenwahrnehmung durch die Privatwirtschaft, der Gesetzgebung durch Bund und Länder sowie den Bedürfnissen der örtlichen Bevölkerung. Aus kommunaler Sicht ist die ambulante ärztliche Gesundheitsversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge von herausragender Bedeutung.

Freiwillige Aufgabe der Kommunen

Der Auftrag, die ambulante ärztliche Versorgung sicherzustellen, obliegt den Kassenärztlichen Vereinigungen. Diese werden den lokalen Versorgungsbedürfnissen jedoch nicht immer gerecht, nicht zuletzt auch wegen der nachlassenden Bereitschaft junger Mediziner, sich auf dem Land selbstständig zu ma-

chen. Die Vertragsärzte konzentrieren sich regelmäßig im wirtschaftlichen Zentrum, zumeist also in der Stadt. Dies kann zur Folge haben, dass ein vertragsärztlicher Planungsbereich als überversorgt gilt, obwohl in den Randbereichen selbst Allgemeinmediziner fehlen.

Da die Sicherstellung der (haus)ärztlichen Versorgung somit häufig nicht auf der rechtlichen Ebene der vertragsärztlichen Bedarfsplanung, sondern vielmehr auf lokaler Ebene tatsächlich gefährdet ist, lag es nahe, den Kommunen die ambulante Gesundheitsversorgung vor Ort als freiwillige Aufgabe zu eröffnen. Mit dem GKV-VSG ist es ihnen erleichtert worden, Gründer und Betreiber eines MVZ zu werden. MVZ sind ärztlich geleitete Einrichtungen, in denen Ärzte als Angestellte oder Vertragsärzte tätig sind. Bereits vor der Gesetzesänderung konnten Kommunen MVZ gründen, hauptsächlich in der

nalrechtlichen Vorgaben nicht ganz einfach war. Zwar ist es einer Kommune seit Inkrafttreten des GKV-VSG möglich, die erforderliche Sicherheit nun beispielsweise auch durch Bestellung einer Hypothek oder Grundschuld an einem kommunalen Grundstück zu leisten, allerdings gelten auch für diese alternativen Sicherungsmittel vergleichbare kommunalrechtliche Hürden.

MVZ in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform

Für Kommunen wesentlich dürfte deshalb die Neuregelung sein, wonach sie MVZ jetzt auch in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform gründen dürfen, also als Regiebetrieb, Eigenbetrieb oder als Kommunalunternehmen (Anstalt des öffentlichen Rechts). Für die Gründung eines MVZ in öffentlich-rechtlicher Rechtsform schreibt das Gesetz keine Sicherheitsleistung vor. Seit der Gesetzesänderung ist außerdem neu, dass ein MVZ nicht mehr fachübergreifend sein muss, sodass mittlerweile auch fachgebietsgleiche, z. B. rein hausärztliche MVZ zulässig sind.

Versorgungsdefizit vermeiden

Durch die Gründung eines MVZ können Gemeinden einem Versorgungsdefizit auf lokaler Ebene entgegenwirken und dem Versorgungsbedürfnis ihrer Bürger flexibel entgegenkommen. In einem MVZ werden in der Regel angestellte Ärzte tätigen Anstellungsverhältnisse vom Zulassungsausschuss für Ärzte genehmigt werden müssen. Genehmigungsfähig sind schon sogenannte ¼-Stellen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von höchstens zehn Stunden. Ein MVZ kann damit einerseits Ärzte und Ärztinnen leichter gewinnen, da dem Bedürfnis nach Teilzeitarbeit entsprochen werden kann. Andererseits benötigen die Einwohner vielleicht auch nicht in jedem Fachgebiet

eine volle Arztstelle, sodass Teilzeitanstellungen insoweit die Effizienz steigern können.

Aufgaben im Krankenhaus

Als vertragsärztlicher Leistungserbringer kann das MVZ auch an Krankenhäusern z. B. belegärztlich tätig sein. Angestellte Ärzte des MVZ können so also auch Aufgaben im Krankenhaus übernehmen oder an Krankenhäusern angestellte Ärzte können in Teilzeit im MVZ arbeiten. Das MVZ kann auch mit anderen in der Gemeinde niedergelassenen Ärzten eine Berufsausübungsgemeinschaft eingehen, was erneut Rationalisierungs- und Effizienzpotenziale birgt.

Zweigpraxen

Zudem kann das MVZ sogenannte Zweigpraxen betreiben. Dies ermöglicht es in großflächigen Gemeinden, auch am äußeren Rand präsent zu sein, selbst wenn die Hauptbetriebsstätte des MVZ im regionalen Zentrum angesiedelt sein sollte.

Den Anstoß zur Gründung eines kommunalen MVZ gibt nicht selten die Absicht des letzten Arztes einer bestimmten Fachrichtung, seine Praxis altershalber zu schließen. Oft sind diese Ärzte bereit, noch einige Jahre angestellt im MVZ zu arbeiten, um von der umfangreichen Praxisadministration entlastet zu sein.

Möglichkeit der Praxisübernahme

Für Kommunen ergibt sich damit die Chance, die Praxis dieser Ärzte zu übernehmen und die Patienten zunächst durch den angestammten Arzt weiter versorgen zu können. Gerade bei älteren, jetzt kurz vor dem Rentenalter stehenden Ärzten ist allerdings häufig der Verkaufspreis der Praxis als Bestandteil der Altersvorsorge eingeplant. Zudem ist in Planungsbereichen, die für Neuzulassungen gesperrt

sind, die Gründung eines MVZ nur möglich, wenn mindestens zwei Zulassungsinhaber bereit sind, ihre Zulassung in das MVZ einzubringen. Die Bereitschaft hierzu besteht zumeist nur bei Abschluss eines Praxiskaufvertrages. Neben den Investitionen in die Ausstattung des MVZ sind daher auch Investitionen für den Erwerb von Arztpraxen in der Regel einzukalkulieren.

Festzuhalten ist, dass eine Kommune seit dem GKV-VSG nicht mehr tatenlos zusehen muss, wenn sich durch eine altersbedingte Praxisaufgabe ein Versorgungsdefizit auf lokaler Ebene abzeichnet, sondern es in der Hand hat, diesem aktiv entgegenzuwirken. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür hat der Gesetzgeber bereitgestellt. □

Bauhauptgewerbe mit gutem Ergebnis im April

Umsatz, Auftragseingang und Personal über Vorjahresniveau

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, erzielte das Bauhauptgewerbe in Bayern im April 2018 einen baugewerblichen Umsatz von insgesamt 1,32 Milliarden Euro und damit ein deutliches Plus von 173,1 Millionen Euro bzw. 15,1 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresumsatz. Zu diesem spürbar positiven Ergebnis haben ausgenommen den Hochbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (-9,8 Prozent gegenüber April 2017 auf aktuell 74,4 Millionen Euro baugewerblichen Umsatz) alle Bausparten beigetragen.

Die jeweilige Steigerungsrate bezifferte sich zwischen 9,7 Prozent (Wohnungsbau) und 28,6 Prozent (Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen). Zum Personalstand des bayerischen Bauhauptgewerbes zählten Ende April 2018 insgesamt 91.339 tätige Personen und dessen Auftragseingänge beliefen sich auf einen Wert von insgesamt 1,42 Milliarden Euro (+4,2 Prozent bzw. +6,3 Prozent).

15 Prozent plus

Im April 2018 erwirtschaftete das bayerische Bauhauptgewerbe einen baugewerblichen Umsatz von insgesamt 1,32 Milliarden Euro. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik entspricht dies einem deutlichen Umsatzanstieg von 173,1 Millionen Euro bzw. 15,1 Prozent im Vergleich zum April 2017. Zu dieser spürbar positiven Entwicklung haben sechs von sieben Bausparten beigetragen. Ein Umsatzminus hatte allein der Hochbau für Gebietskörperschaften

und Sozialversicherungen hinzunehmen (9,8 Prozent). Die mit Abstand größten Umsatzanteile entfielen im April auf den gewerblichen und industriellen Hochbau (29,2 Prozent bzw. 385,7 Millionen Euro) sowie den Wohnungsbau (28,3 Prozent bzw. 373,3 Millionen Euro).

Die Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe bezifferten sich im April 2018 auf einen Gesamtwert von 1,42 Milliarden Euro (+6,3 Prozent).

Den Hochbau und den Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ausgenommen, hatten die fünf anderen Bausparten vergleichbar höhere Auftragseingänge als im Vorjahresmonat nachzuweisen, darunter das absolut stärkste Plus mit 65,7 Millionen Euro bzw. 21,6 Prozent auf aktuell 369,8 Millionen Euro der gewerbliche und industrielle Hochbau. Mit insgesamt 91.339 tätigen Personen waren Ende April 2018 auch mehr Menschen im bayerischen Bauhauptgewerbe beschäftigt als Ende April 2017 (+4,2 Prozent). □



Dr. Christian Wittmann. □



Dr. Nadine Holzapfel. □

Unsere Autoren: Dr. Christian Wittmann und Dr. Nadine Holzapfel, Fachanwältin für Verwaltungsrecht, sind Rechtsanwältinnen und Partner der Sozietät BRP Renaud und Partner mbB Rechtsanwälte Patentanwälte Steuerberater, Stuttgart, Frankfurt a. M.

Rechtsform der GmbH. Für die Zulassung eines MVZ als GmbH war bisher allerdings Voraussetzung, dass die Kommune eine selbstschuldnerische Bürgschaftserklärung für Forderungen von Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen abgab, was wegen der kommu-

Huml und Füracker:

373 Millionen Euro für 108 Krankenhausbauvorhaben

Start für fünf zusätzliche Baumaßnahmen schon in diesem Jahr

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und Bayerns Heimat- und Finanzminister Albert Füracker haben das Jahreskrankenhausbauprogramm 2018 freigegeben. Huml betonte: „Bayern steht für eine flächendeckende leistungsfähige Krankenhausversorgung.“ Füracker ergänzte: „Die bayerischen Kliniken können auf den Freistaat als starken und verlässlichen Finanzierungspartner zählen. In diesem Jahr stellen wir 373 Millionen Euro für die laufenden Bauvorhaben zur Verfügung.“

Grundlage für dieses hohe Fördervolumen ist die Erhöhung des Krankenhausfördererats um 140 Millionen Euro auf 643 Millionen Euro. Die Krankenhausfördermittel bringen der Freistaat und seine Kommunen gemeinsam auf. Finanzminister Füracker ergänzte: „Die deutliche Mittelaufstockung eröffnet zusätzlich den Spielraum, fünf Bauvorhaben vorgezogen zu berücksichtigen. Für diese Projekte beginnt die Finanzierung damit bis zu drei Jahre früher als ursprünglich geplant.“

Vorgezogene Mittelbereitstellung

Gesundheitsministerin Huml fügte hinzu: „Das bedeutet, dass die Krankenhäuser für ihre Baumaßnahmen an den Kliniken in Wasserburg, Straubing, Roththalmünster, Naila und Krumbach noch in diesem Jahr erste Mittel abrufen können. Konkret stehen für diese fünf Vorhaben 2018 insgesamt Fördermittel in Hö-

he von sieben Millionen Euro zur Verfügung.“

Die vorgezogene Mittelbereitstellung entlastet die Krankenhäuser von Vorfinanzierungskosten. Huml erläuterte: „Die Umsetzung der Bauvorhaben kann erheblich beschleunigt werden. Davon profitieren die Patienten, da die Versorgungsqualität gesteigert wird. Dies ist ein positives Signal für den Erhalt unserer qualitativ hochwertigen stationären medizinischen Versorgung in allen bayerischen Regionen.“

Die Gesundheitsministerin betonte ferner: „In Bayern verfügen wir in Stadt und Land über leistungsfähige Krankenhäuser, die gut erreichbar sind und eine qualitativ hochwertige Behandlung bieten. Um langfristig stationäre Versorgungsstrukturen zu erhalten und die Herausforderungen des medizinischen Fortschritts in einer sich wandelnden Gesellschaft zu bewältigen, müssen wir kontinuierlich in unsere Kliniken investieren. Das tun wir zum Wohle der Menschen in unserem Land!“

„Bayern leistet in der Krankenhausförderung deutlich mehr als andere Bundesländer. Allein in den letzten zehn Jahren haben wir etwa 4,7 Milliarden Euro für Investitionen an unseren Kliniken ausbezahlt. Damit nimmt der Freistaat eine Spitzenposition unter den Ländern ein“, betonte Füracker. Das Jahreskrankenhausbauprogramm 2018 umfasst insgesamt 108 Bauprojekte mit einem Gesamtkostenvolumen von rund zwei Milliarden Euro. □

Staatsminister Füracker und Prof. Kiechle:

Neubau des Staatsarchivs

EU-weiter Planungswettbewerb für Kitzinger Deuster-Areal vorgesehen

„Das Staatsarchiv wird in einem Neubau auf dem Gelände des „Deuster-Areals“ in Kitzingen untergebracht. Der Planungsauftrag für das Bauvorhaben wurde erteilt. Die staatliche Bauverwaltung wird nunmehr die Haushaltsunterlage-Bau erstellen“, teilten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Wissenschaftsministerin Prof. Marion Kiechle mit.

Für die Planung wird ein EU-weiter Planungswettbewerb durch die Staatsbauverwaltung voraussichtlich Ende dieses Jahres durchgeführt. Im Anschluss daran kann die Haushaltsunterlage-Bau erstellt werden, die dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags zur Zustimmung vorzulegen ist. Daran anschließend kann mit dem Bauvorhaben begonnen werden. „Wir stärken mit dem Staatsarchiv den Behördenstandort Kitzingen nachhaltig“, betonte Füracker.

Größte Regionalisierung von staatlichen Behörden

Im Rahmen der größten Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte wird das Staatsarchiv Würzburg nach Kitzingen verlagert. Nachdem keine geeignete staatliche Immobilie zur Verfügung steht, wird das Staatsarchiv in einem Neubau auf dem Gelände des „Deuster-Areals“ untergebracht werden.

Der Freistaat hat hierzu letztes Jahr eine Fläche von rund 8.500 m² aus dem städtischen Gelände erworben, nachdem vorher mehrere Standortmöglichkeiten in Kitzingen geprüft

wurden. Der Neubau des Archivgebäudes stellt komplexe Anforderungen an ein Grundstück und dessen Bebaubarkeit. Nach eingehender Prüfung insbesondere von Lage und Erreichbarkeit fiel die Entscheidung für einen Neubau auf dieses ehemalige städtische Grundstück.

Das Archiv wird in Kitzingen in einem Neubau untergebracht werden, der modernsten Standards, etwa hinsichtlich der Klimatisierung, entsprechen soll. Der Standort zeichnet sich insbesondere durch seine zentrale Lage aus. Die Besucherinnen und Besucher werden ihn gut erreichen können, um hier auf die Suche nach Antworten auf Fragen zu unserer Vergangenheit zu gehen. Mit der Verlagerung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen finden sie die bisher aufgeteilten Archivbestände künftig an einem Ort.

Hünnerkopf: Starkes Signal für die Region

Landtagsabgeordneter Dr. Otto Hünnerkopf, der sich für Kitzingen als Standort von Bayerns modernstem Staatsarchiv stark gemacht hat, freut sich, dass nun der Planungsauftrag erteilt wurde und wertet das als starkes Signal für die Stadt

Kitzingen und den Landkreis.

Peter Winter, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag: „Ich begrüße es sehr, dass die bisher aufgeteilten Bestände des Staatsarchivs in einem zukunftsweisenden und gut ausgestatteten Archivgebäude untergebracht werden. Mit ausreichendem Platzangebot sowie einem Besucherzentrum mit Ausstellungs- und Seminarräumen, kann das neue Staatsarchiv in Kitzingen Besuchern und Beschäftigten eine vollkommen neue Qualität bieten.“

Sichere und qualifizierte Arbeitsplätze

Behördenverlagerungen schaffen sichere und qualifizierte Arbeitsplätze, dienen der Wirtschaft als Vorbild und stärken die Infrastruktur des ländlichen Raums, betonte Füracker. Sie sind Bestandteil der Heimatstrategie zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Die in 2015 beschlossene Verlagerung von Behörden ist die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Für den Landkreis Kitzingen sind dabei 17 Beschäftigte für das Staatsarchiv vorgesehen, das von Würzburg nach Kitzingen verlagert wird. □

Informationskampagne:

„... und HOCHWASSERSCHÜTZER“ will Risikobewusstsein schärfen

Katastrophale Hochwasserereignisse wie in den Jahren 2005, 2013 und 2016 machen deutlich, dass der Schutz vor Überschwemmungen eine Zukunfts- und Gemeinschaftsaufgabe ist. Nur wenn viele Akteure zusammen an einem Strang ziehen, kann diese Herausforderung gemeistert werden. Mit einer neuen Informationskampagne wirbt die Bayerische Wasserwirtschaftsverwaltung gemeinsam mit verschiedenen Partnern in ganz Bayern für dieses Bewusstsein. Das unterstrich Umweltminister Dr. Marcel Huber zum Start der Kampagne.

„Wir wollen in Bayern gemeinsam den Hochwasserschutz voranbringen. Der Freistaat investiert mit dem Aktionsprogramm 2020plus insgesamt rund 3,4 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz, beispielsweise in widerstandsfähigere Deiche, Rückhalteräume und Renaturierungen. Dennoch kann es keine absolute Sicherheit vor Naturgefahren geben. Die Kampagne „... und Hochwasserschützer“ soll dafür sensibilisieren, dass auch jeder Einzelne eigene Vor-

sorgemaßnahmen treffen sollte.“

Die Botschafter der Kampagne sind engagierte Menschen, die sich privat oder beruflich für den Hochwasserschutz in Bayern einsetzen. Zum Beispiel durch vorausschauende Planung, hochwasserangepasstes Bauen, erosionsmindernde Bewirtschaftung von Feldern, den Abschluss von Versicherungen oder Engagement in der Feuerwehrgewerkschaft. Zu den Botschaftern gehören unter anderem Akteure aus Kommunen, der Landwirtschaft, dem Umwelt- und Katastrophen-

schutz, der Stadt- und Landschaftsplanung, dem Baugewerbe, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Unternehmer und Politiker. Sie alle sind „Hochwasserschützer“ und leisten einen Beitrag, Schäden für die Gesellschaft durch Hochwasser zu reduzieren. Sie verdeutlichen damit: „Hochwasserschützer können wir alle sein“.

Deggendorf als schwer geprüfte Region

Ein Gesicht der Kampagne ist Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistages und seit 2002 Landrat im Kreis Deggendorf. Das Thema Hochwasserschutz ist sein ständiger Begleiter in einer schwer geprüften Region. Immer wieder Überschwemmungen, schon mehrmals musste Bernreiter den Katastrophenalarm auslösen – zuletzt 2013.

Trotz der schweren Hochwasser in der Vergangenheit sagt Bernreiter: „Wir haben Glück gehabt.“ Keine Toten, keine Schwerverletzten. „Dafür sind wir heute noch dankbar. Aber das menschliche Leid, das im Nachgang ausgelöst wurde, die psychischen Probleme, das sitzt tief.“ Der materielle Schaden von 2013 wurde gut aufgearbeitet. Es gab viele Spenden. „Aber ich möchte das nicht noch einmal erleben“, sagt Bernreiter. „Wir müssen gemeinsam vorsorgen. Das ist meine vollste Überzeugung.“

In seinem Landkreis wird deshalb viel in den Hochwasserschutz investiert. „Der Freistaat hat mit Unterstützung des Bundes immense Finanzmittel in seinem Haushalt zur Verfügung gestellt. Darum geht es zügig voran.“



Offiziell gestartet wurde die Kampagne von Umweltminister Dr. Marcel Huber (Mitte) im Beisein von Hochwasserschützern.

D-Raintank 3000 und Funke Filterschacht®:

Regenwassermanagement in einer neuen Dimension

Klimawandel, zunehmende Starkregenereignisse und zunehmende Flächenversiegelung tragen dazu bei, dass die Anforderungen an die Ver- und Entsorgungsleitungen stetig steigen. Oberflächenwasser soll möglichst kontrolliert abgeleitet und sinnvoll und nachhaltig wiederverwendet werden; doch immer häufiger kann die vorhandene Kanalisation die Regenwassermengen nicht mehr aufnehmen und abführen.

Vor diesem Hintergrund entwickelt die Funke Kunststoffe GmbH seit Jahren zukunftsweisende Produkte, die die vom Gesetzgeber geforderte möglichst ortsnah Versickerung, Reinigung, Speicherung oder Nutzung der Niederschläge ermöglichen. Aktuelle Beispiele sind der D-Raintank 3000 – ein System für den ökologisch sinnvollen Umgang mit Regenwasser, das nach dem fachgerechten Einbau Niederschlagswasser speichern und sukzessive dreidimensional an das umliegende Erdreich abgeben kann – sowie der Funke Filterschacht®, der für eine effektive Niederschlagswasserbehandlung auf kleinstem Raum konstruiert wurde: Beim Durchfließen werden mehr als 90 % der enthaltenen Sedimente und sowohl gelöste als auch ungelöste Schadstoffe in den verschiedenen Baugruppen des Schachtkörpers zurückgehalten.

Hohe Tragfähigkeit

Die grauen Elemente des Systems D-Raintank 3000 verfügen über die Abmessungen L x B x H 600 x 600 x 600 mm. Die hohe Tragfähigkeit wird durch die statisch optimierte Konstruktion und den Einsatz des widerstandsfähigen Kunststoffes PVC-U mit einem E-Modul größer 3000 N/mm² sichergestellt. Die Konstruktion mit jeweils vier lastabtragenden Säulen je Element sorgt für eine optimale Kraftübertragung ins umliegende Erdreich. Die Lage und Positionssicherung der einzelnen Rigolen-Elemente, die dreidimensional durchflutbar sind und drei-

lagig übereinander eingebaut werden können, werden durch blaue 4-fach-Verbindersicherstellen.

Das wartungsarme System eignet sich zur Dach-, Hof-, Abstellflächen- und Straßenentwässerung, zur Entwässerung von Gewerbeflächen sowie für die Kombination mit einer Mulde oder einem Filterschacht. Außerdem kann es zur Überlaufversickerung einer Regenwassernutzungsanlage eingesetzt werden. Die Speicherfähigkeit liegt bei 97 %, während eine übliche Kies- oder Schotterrigole nur ungefähr 30 bis 35 % erreicht.

Durchgehende Inspektion

Hervorzuheben ist der einfache Umgang mit den fertig angelieferten Elementen auf der Baustelle. Sie sind leicht einzubauen und können raumsparend angeordnet werden. Die Außenseiten einer Rigole werden mit speziellen gerasterten Seitenplatten versehen. Im Rigolinneninneren dagegen sind keine Seitenplatten erforderlich. Damit ist eine Kamera-Befahrbarkeit und Inspektion in alle Richtungen durchgehend möglich. An die Seitenplatten können Rohre von DN/OD 160 bis 400 angeschlossen werden. Die D-Raintank-Elemente des Systems können je nach Bedarf mit Spülrohren im Nennweitenbereich von DN/OD 200-400 ausgestattet werden. Durch Anordnung des Inspektionsblocks an beliebiger Stelle kann eine Inspektion der Rigole erfolgen.

Der Funke Filterschacht®, der über eine Zulassung des DIBt verfügt, wird aus einem Funke Profilrohr DN/ID 1000 monolit-

hisch gefertigt. Zu den wesentlichen Bauteilen zählen der tangentielle Zulauf, eine senkrecht im Schachtkörper integrierte Spirallamelle, ein Strömungstrenner, ein Filterkörper sowie ein umlaufendes Vollsickerrohr. Der Funke Filterschacht® ist für eine Anschlussfläche von bis zu 600 qm geeignet. Der Schacht hat inklusive der Abdeckplatte eine Gesamthöhe von ca. 3,20 m. Der Höhenversatz zwischen Zu- und Ablauf beträgt ca. 1,00 m, die Ablauftiefe liegt bei ca. 2,00 m. Der Filterkörper besteht aus dem bewährten D-Rainclean®-Substrat. Die Ableitung des Regenwassers erfolgt über ein umlaufendes Vollsickerrohr, das in einer speziellen Kies-Packung gelagert ist.

Ableitung des Regenwassers

Das Regenwasser fließt über den seitlichen Zulauf in den Filterschacht. Insbesondere durch die bei größeren Wasserfrachten auftretende Fließgeschwindigkeit gelangt das einströmende Wasser in eine Drehbewegung, bei der ein Teil der Sedimente langsam zu Boden sinkt und durch den kegelförmigen Strömungstrenner zum Schachtboden geführt wird. Der hydrostatische Druck ist dafür verantwortlich, dass das Regenwasser durch die Spirallamelle im Inneren des Filterschachtes nach oben geführt wird. Die Spirallamelle sorgt dafür, dass der Weg der im Regenwasser enthaltenen Teilchen um das Mehrfache verlängert wird. Das trägt dazu bei, dass wiederum ein Großteil der im Regenwasser enthaltenen Sedimente zurückbleibt und durch die Spirallamelle nach unten sinkt, bevor die Wasserfracht auf den Substratkörper gelangt. Hier werden zusätzlich gelöste organische und anorganische Schadstoffe zurückgehalten, bevor das Wasser über ein umlaufendes Vollsickerrohr sukzessive aus dem Schachtkörper nach außen geführt wird. □

Die Akzeptanz vor Ort ist hoch. Es wurde bisher keine einzige Maßnahme beklagt. Wir wollen das Schutzniveau für ein hundertjähriges Hochwasser erreichen.“

Als Präsident des Landkreistages blickt Bernreiter auch viel über seine Region hinaus. „Jeder muss seinen Beitrag zum Hochwasserschutz leisten. Es geht nur miteinander. Als Landräte müssen wir dafür sorgen, dass die vielen Partner gut zusammenfinden.“ Auch Vorsorge sei wichtig. „Bei vielen Gebieten, die bei Hochwasser überschwemmt waren, hat die Wasserwirtschaft vorher gewarnt: Hier solltet ihr nicht bauen. Dann hieß es oft: „Das ist bürokratisch, das passiert doch nie“, sagt Bernreiter. „Es kam dann leider anders.“

Die Kampagne ist ein zentraler Bestandteil der Initiative „Hochwasser.info.Bayern“ der bayerischen Wasserwirtschaft. Träger sind das Bayerische Umweltministerium, das Bayerische Landesamt für Umwelt, die Bezirksregierungen und die regionalen Wasserwirtschaftsämter.

Neues Infoportal

Zeitgleich mit dem Start der Kampagne wurde das Infoportal Hochwasser www.hochwasserinfo.bayern.de freigeschaltet. Es bietet fundierte Hintergrundinformationen für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Raum- und Landschaftsplaner, Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft sowie für Architekten und Hausbesitzer. Das Portal zeigt, was jeder Einzelne vor, während und nach einem Hochwasser tun kann. So bietet die Internetseite beispielsweise Informationen zur Bauleitplanung, zu Alarm- und Einsatzplänen oder zu verschiedenen Fördermöglichkeiten. □

20 Jahre Therme Obersees:

Modernisierung im Visier

Die Therme Obersees ist 20 Jahre alt geworden. Seit 1998 wurden insgesamt 5,3 Millionen Gäste begrüßt, davon 1,6 Millionen Saunabesucher und 1,4 Millionen Kinder. Diese Erfolgsgeschichte soll fortgeschrieben werden. Zu diesem Zweck entschied der Bayerischer Kreisrat jetzt, die Restaurierung der Thermen- und Saunawelt mit rund 10 Millionen Euro zu unterstützen.

Trotz ständiger Investitionen in den vergangenen Jahren besteht laut Geschäftsführer Geyert ein erheblicher Druck zu modernisieren und zu sanieren: „Obwohl die Einrichtungen ständig gewartet werden, sind in vielen Bereichen Abnutzungs- und Verschleißerscheinungen unverkennbar.“ Nicht unbeträchtliche Verbesserungen in Ausstattung und Organisation seien nötig, schließlich seien die Ansprüche der Gäste in 20 Jahren gestiegen.

Aufenthaltsqualität verbessern

„260.000 Besucher im Jahr haben ihre Spuren hinterlassen“, betont Geyert. Es gehe darum, die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Dafür gibt es seit 2015 Überlegungen im Zweckverband, der mit Blick auf die anderen Bäder in der Region nicht zurückfallen will.

In Bad Staffelstein, Bad Rodach, Sibyllenbad, Bad Steben, Hersbruck und Weißenstadt seien Millionenbeträge investiert worden, um die Bäder dort zu erweitern, zu sanieren oder neu zu bauen. Der Zweckverband Therme Obersees könne deshalb nicht untätig bleiben, sondern müsse versuchen,

dem Markt gerecht zu werden. Veränderungen soll es in der Badewelt und im Saunabereich geben. In der Badewelt ist vorgesehen, den Bereich für kleine Kinder zu erneuern und mit einer kindgerechten Sanitäranlage auszustatten. Geplant ist auch, die beiden Becken im Außenbereich zu sanieren und umzubauen.

Umbau im Saunabereich

Der Saunabereich wird nach dem Entwicklungskonzept umgebaut, um die Zugänge zu verbessern. Das Dampfbad wird ausgetauscht und in der neuen Saunalounge werden drahtlose Zugänge zum Internet sowie eine Ladestation für Mobiltelefone ermöglicht. Völlig neu gestaltet wird die Gastronomie im Saunabereich. Neu- und umgebaut werden auch die Personal- und Lagerräume.

Eine neue Bohrung soll sicherstellen, dass es auch nach 2020 Thermalwasser für den Badebetrieb gibt. Das Wasser aus der Tiefe hat bisher eine Temperatur von 42 Grad. Die Kosten für die neue Bohrung schätzt Geyert auf ca. 2,5 Millionen Euro. Seiner Ansicht nach scheint eine staatliche Förderung in Höhe von 60 bis 70 Prozent möglich. □

kamstrup

Für eine sichere Zukunft der bayerischen Wasserversorger!

Elektronische Wasserzähler auf höchstem Niveau

DATENSCHUTZKONFORM

entspricht zu 100 % den Vorgaben der BayGO sowie allen datenschutzrechtlichen Bestimmungen der EU (DSGVO)

BEWÄHRT UND ZUVERLÄSSIG

> 100 Wasserversorger haben deutschlandweit elektronische Ultraschall-Wasserzähler im Einsatz

BESTEHT JEDE STICHPROBE

wirtschaftlich, ökologisch nachhaltig und spart Geld, Zeit sowie Ressourcen

EINFACHE FERNAUSLESUNG

mit READY Drive-by kinderleicht Verbrauch im Vorbeifahren auslesen

HYGIENISCH SICHER

Bliester-Verpackung, DVGW W 421 zertifiziert, externe Labortests



Kamstrup A/S
Werderstraße 23-25 · 68165 Mannheim
T: +49 621 321 689 60 · info@kamstrup.de

Kamstrup.com/datenschutz

DWA-Positionen:

Hochwasser und Sturzfluten

Bund und Länder sowie zahlreiche Kommunen haben in den vergangenen Jahren die Hochwasser- aber auch die Starkregenvorsorge in stärkerem Maße auf die Agenda gesetzt. Die DWA begrüßt dies und betont den Charakter dieser Vorsorge als Daueraufgabe. Zur Umweltministerkonferenz im Juni legte die DWA nun ihr aktualisiertes Positionspapier zu Hochwasser und Sturzfluten vor.

„Hochwasser macht nicht an Länder- oder Landesgrenzen halt. Daher gilt es in Deutschland, länderübergreifend in Flussgebieten unter Einbeziehung der Kommunen zu handeln, Organisations- sowie Kommunikationsstrukturen zu überprüfen und gemeinsame Hochwasserschutzkonzepte zu erarbeiten“, heißt es in der Handreichung. Eine entsprechende Empfehlung gilt auch für den grenzüberschreitenden Dialog bzw. die grenzüberschreitende Koordination mit den Nachbarländern.

Den Flüssen Raum geben

Das nationale Hochwasserschutzprogramm sollte laut DWA in guter Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung fortgeführt, die Maßnahmen umgesetzt und das Programm ausgebaut werden. Dabei sind gezielte Deichrückverlegungen und die Reaktivierung von Auen wichtige Maßnahmen, um den Flüssen den nötigen Raum zu geben. Zudem helfen steuerbare Flutpolder, die anlassbezogen geöffnet werden können, um Hochwasserspitzen zu kappen, das Gesamtsystem zu entlasten. Sie sind für die Hochwasservorsorge – neben der Reaktivierung von Auen – die effektivste Maßnahme.

Darüber hinaus gelte es, dezentrale Maßnahmen des Hochwasserschutzes wie die Reduzierung der Flächenversiegelung zu ergreifen und eine auf die Hochwasservorsorge ausgerichtete

land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung zu fördern. Maßnahmen des Technischen Hochwasserschutzes sind notwendig; sie sind aber nur eine Säule im Rahmen eines übergeordneten Hochwasserrisikomanagements. Deiche sind aufwändige technische Bauwerke und müssten daher fachgerecht geplant, errichtet und unterhalten sowie nötigenfalls ertüchtigt, saniert bzw. an neue Hochwasserbedrohungsszenarien angepasst werden. Nur dann könnten sie große Hochwasserereignisse schadlos überstehen und ihre Schutzfunktion erfüllen. Je nach regionalen und örtlichen Rahmenbedingungen könnten mobile Hochwasserschutzmaßnahmen sinnvoll sein.

Risikobewusstsein stärken

Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass es in den so genannten geschützten Gebieten (hinter Anlagen des technischen Hochwasserschutzes) sowie in Gebieten jenseits des 100-jährlichen Hochwassers, die bei Extremereignissen betroffen sind, zu einer Erhöhung des Schadenspotenzials kommt. Daher ist es aus Sicht der DWA notwendig, mit entsprechenden Gebietsausweisungen, Sicherungsmaßnahmen und Informationskampagnen der Problematik entgegen zu wirken und das Risikobewusstsein zu stärken: „Hier gilt es viel gezielter als bisher, hochwasserangepasstes Bauen zu fördern und zu fördern.“

„Zu viele Bautätigkeiten werden in festgesetzten Überschwemmungsgebieten gestattet, indem von den zahlreichen Ausnahmen des § 78 WHG Gebrauch gemacht wird“, heißt es weiter. Dies müsse deutlich eingeschränkt werden. Durch das Hochwasserschutzgesetz II wurde das Verbot der Ausweisung neuer Baugebiete auf den Außenbereich beschränkt, was das Bauen in Überschwemmungsgebieten noch erleichtert. Den Kommunen kommt daher zukünftig noch mehr Verantwortung bei der hochwasserangepassten Planung zu.

Konversionsflächen

Im Falle zulässiger Umnutzungen, sog. Konversionsflächen, sei in besonderem Maße auf die hochwasserangepasste Planung und Ausführung zu achten. Oft ließen sich Objekte nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ausreichend gegen Hochwasser schützen. Die Bebauung in Überschwemmungsgebieten sei auch im Innenbereich zu überprüfen. Objekte, für die ein hohes bzw. kontinuierliches deutliches Risiko besteht, sollten nicht am selben Ort eins zu eins wieder aufgebaut werden. Scheiden verhältnismäßige Objektschutzmaßnahmen aus, könnten in Einzelfällen Bauverbote und ggf. ein Rückbau erforderlich sein.

Lokale Sturzfluten sind neben Flusshochwasser eine der größten Herausforderungen der Wasserwirtschaft, insbesondere weil die Abgrenzung des potenziell signifikanten Risikos nicht in gleicher Weise erfolgen kann, wie beim Flusshochwasser. Öffentliche Verkehrs-, Sport- und Grünflächen könnten bei seltenen Starkregeneignissen die Funktion urbaner Retentions-

räume übernehmen. Konkurrenzen in der Flächennutzung, z. B. zwischen Klimaschutz bzw. -anpassung und Barrierefreiheit, müssten durch eine gezielte Flächenplanung aufgelöst werden.

„Die Flächenversiegelung sollte verringert und die Entsiegelung von Flächen verbessert werden“, lautet ein weiterer Vorschlag der DWA. Durch die verbesserte Speicherung von Regenwasser im urbanen Bereich könnten wichtige Synergieeffekte zum Schutz vor Überflutungen einerseits und zunehmender Hitzeentwicklung in den Städten andererseits genutzt werden. Darüber hinaus müssten der Städte im Sinne einer Klimafolgenanpassung zu fördern, und zwar nicht nur im Rahmen von Pilotvorhaben. Hier gebe es inzwischen gute Ansätze, die weiterverfolgt und ergänzt werden müssten.

Aufgrund des lokalen Auftretens hat die Eigenvorsorge von Immobilienbesitzern bei Starkregen im Vergleich zu Flusshochwasser eine noch größere Bedeutung. Hier müssten auch geeignete Instrumente geschaffen werden, um die Eigenvorsorge bei Privaten zunächst durch die flächendeckende Information über eine potenzielle Gefährdung zu ermöglichen und dann gezielt zu fördern.

Für stärkere Sensibilisierung

Neben der Bereitstellung und Fortbildung von qualifiziertem Personal für das Management von Hochwasserrisiken und für die Hochwasservorsorge plädiert die DWA für eine intensivere Kommunikation und stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung für Eigenvorsorge. Es sei Aufgabe der politischen Akteure, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein Versicherungsschutz für die Bevölkerung zu vertretbaren Konditionen möglich ist. „Dazu gehören u. a. eine sachgerechte Hochwasservorsorge sowie die Durchsetzung von Baubeschränkungen bzw. Bauverboten. Es gilt zudem Gebäude so zu gestalten, dass sie versicherbar sind (Hochwasserspass).“

Schließlich sollte die Bevölkerung motiviert werden, sich zu versichern. Dabei, so die DWA, sei es kontraproduktiv, wenn nach einer Hochwasserkatastrophe diejenigen Personen, die keine Elementarschadenversicherung abgeschlossen haben, großzügig entschädigt werden, während die Nachbarn, die über eine Versicherung verfügen, kein Geld erhalten.

Problem Flächenbeschaffung

Ein wesentliches Problem bei der Überflutungsvorsorge ist die Flächennutzung und Flächenbeschaffung. Mit dem Hochwasserschutzgesetz II wurden deutliche Verbesserungen erzielt, u. a. durch die Beschleunigung der Verfahren zur Schaffung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie von Klageverfahren. Auch wurden Enteignungsregelungen angepasst und ein Vorkaufsrecht für die Länder eingeführt. Oft komme es bei dem erforderlichen Grunderwerb jedoch zu deutlichen Verzögerungen, z. B. wenn ein Eigentümer nicht verkaufsbereit ist und deshalb umfangreiche Hochwasserschutzprojekte bis zum Abschluss des Enteignungsverfahrens nicht voran gebracht werden können. Verbesserungen für eine strategische, projektunabhängige Flächenbeschaffung zugunsten der Überflutungsvorsorge sollten daher geprüft werden. Dies setze voraus, dass Gelder für den Flächenerwerb frühzeitig bereit stehen. **DK**

Abwasserkanäle und Trinkwasserleitungen im Fokus

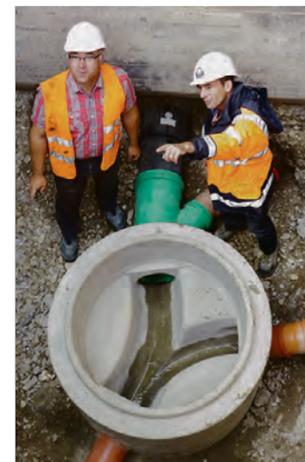
Bayern setzt auf Qualität bei Arbeiten an der unterirdischen Infrastruktur

„Die Leitungsnetze der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind oftmals der größte Vermögenswert einer Gemeinde. Ihre Instandhaltung ist enorm wichtig, damit diese wertvolle kommunale Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zur Verfügung steht und bezahlbar bleibt,“ erklärte Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, in einer Presseverlautbarung zum Start der Kampagne „Schau auf die Rohre“.

Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den wasserwirtschaftlichen Fachverbänden möchte das Bayerische Landesamt für Umwelt die bayerische Kommunen für dieses wichtige Thema sensibilisieren und die Wasserver- und Abwasserentsorger bei der Planung und schrittweisen Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen der Leitungsnetze unterstützen. Gleichzeitig werden die Bürger mit Informationsmaterial versorgt.

Kanalnetz weitsichtig bewirtschaften

Das bayerische Wasserleitungsnetz ist über 115.000 Kilometer lang, rund 100.000 Kilometer die öffentlichen Ab-



Der Prüflingenieur besucht die Baustelle. Bild: Güteschutz Kanalbau

wasserkanäle. 97 Prozent der Haushalte in Bayern sind an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen. 2.134 kommunale Abwasserentsorger für die Entsorgung der Abwässer zuständig.

Was muss getan werden, um diese Netze zu erhalten und wie lassen sich die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient einsetzen? „Insbesondere aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen sind wir gehalten, das Kanalnetz weitsichtig zu bewirtschaften“, erklärt Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau. „Entscheidende Bedeutung sowohl für das kurzfristige Ergebnis als auch für die künftige Entwicklung des Substanzwertes des Netzes kommt dabei der Qualität der Ausführung zu. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Sache, dass es Instrumente wie die Gütesicherung Kanalbau gibt, die bei der anspruchsvollen Aufgabe helfen, qualifizierte und fachlich geeignete Partner für die jeweilige Maßnahme zu finden.“

Fachliche Eignung ist nachzuweisen

Diese Ansprüche sind auch in einer Muster-Entwässerungssatzung enthalten, die das Bayerische Staatsministerium des Innern anlässlich von Informationsveranstaltungen bei den bayerischen Regierungen vorgestellt hat. So etwa unter § 3 Nr. 14 - Fachlich geeigneter Unternehmer (3): fachliche Eignung kann insbesondere durch die Anerkennung einer Überwachungsorganisation nachgewiesen werden, z.B. Güteschutz Kanalbau (Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961), Güteschutz Grundstücksentwässerung (Gü-

tesicherung Grundstücksentwässerung RAL-GZ 968).

Prüfung der fachlichen Eignung

Bei der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 handelt es sich um ein von Auftraggebern und Auftragnehmern eingeführtes System zur Prüfung der fachlichen Eignung von ausführenden Unternehmen bzw. aususchreibenden und bauüberwachenden Stellen. Bieter weisen mit Erfüllung der Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 ihre besondere fachtechnische Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf technische Vertragserfüllung) nach, welche von Auftraggebern insbesondere bei der Vergabe von Bauleistungen im Sinne § 6a Abs.3 der VOB/A gefordert wird.

Vor Gefährdungen schützen

Das Ziel der bundesweit etwa 4.000 Auftraggeber, Ingenieurbüros und ausführenden Unternehmen, die Mitglied in der Gütegemeinschaft Kanalbau sind, ist es, die Qualität der entsprechenden Arbeiten zu sichern und die Öffentlichkeit vor Gefährdungen durch unsachgemäße Arbeiten zu schützen. Zu den Aufgaben der Gütesicherung gehören die Abstimmung des „Anforderungsprofils an die Bieterleistung“ ebenso, wie die Prüfung der Einhaltung dieser Anforderungen durch die Unternehmen, die ein Gütezeichen Kanalbau beantragen oder führen. Dazu führen die beauftragten Prüflingenieure bei den Gütezeicheninhabern in Bayern und den anderen Bundesländern derzeit jährlich mehr als 3.700 unangekündigte Baustellenbesuche und etwa 2.500 Firmenbesuche durch.

Unterstützung bei der Stärkung der Qualifikation

Gleichzeitig profitieren die Mitglieder von einem stetig wachsenden Dienstleistungspaket, auf das sie im Rahmen ihrer Mitgliedschaft zurückgreifen können. Die Angebote der Gütegemeinschaft Kanalbau bieten eine professionelle Unterstützung bei der Stärkung der Qualifikation im eigenen Hause. Durch einen einfachen Zugang zu Schulungen und Arbeitshilfen sollen die Qualifikation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und letztlich die Ausführungsqualität gefördert werden. Dazu bietet die Gütegemeinschaft seit vielen Jahren Fachveranstaltungen an.

In den vergangenen Jahren wurden hierzu ergänzend eine Reihe weiterer Angebote ins Leben gerufen. Alle diese Angebote zur Qualifizierung des Fachpersonals wurden nun auf der Homepage www.kanalbau.com unter dem Begriff AKADEMIE gesammelt und geordnet. Mit „Veranstaltungen“, „Arbeitshilfen“, „E-Learning“ und „Technische Regeln“ existieren unter AKADEMIE vier verschiedene Bereiche mit vielen kostenfreien Fachinformationen für Mitglieder der Gütegemeinschaft. **Weitere Informationen:** www.schaudrauf.bayern.de www.kanalbau.com **□**

Klärschlamm-trocknung:

Hohe Rentabilität und Effizienz dank Jumbo Group

Die Notwendigkeit einer erweiterten Behandlung von Klärschlämmen rückt zunehmend ins Blickfeld der Verantwortlichen. Zum einen ist es für die Kommunen und damit für den Bürger ein ernstzunehmender Kostenfaktor, andererseits stecken im Klärschlamm wertvolle Ressourcen, aber eben auch eine Ansammlung von Gefahren, wenn sie unbehandelt wieder in den menschlichen Kreislauf gelangen.

Die von der Politik beschlossenen Maßnahmen zeigen den richtigen und einzig gangbaren Weg in die Zukunft. Nährstoffe müssen zurück gewonnen werden. Eine unbehandelte Ausbringung als Düngemittel wird es nicht mehr geben. Wertgebende Bestandteile wie Phosphor sollen in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Dabei soll gleichzeitig die herkömmliche, bodenbezogene Klärschlammverwertung deutlich eingeschränkt werden, um die Schadstoffeinträge zu verringern.

Besondere Geometrie

Zu diesem Zweck hat die Jumbo Group smart dry GmbH im schwäbischen Buttenwiesen ihre Biomassetrockner auf das Geschäftsfeld Klärschlamm-trocknung und Verarbeitung ausgeweitet. Die Abgastrocknung der Serie STR für Klärschlamm erfüllt nicht nur alle Forderungen seitens der Behörden, sondern geht darüber weit hinaus. Aufgrund der besonderen Geometrie erfolgt die Trocknung von Klärschlamm in einer am Markt bislang nicht erreichten Effizienz.

Die Trocknung nutzt den reinen Abgasstrom eines BHKW und damit eine Energiequelle,

die ansonsten ungenutzt in die Atmosphäre emittiert. Im reinen Abgasstrom stecken 50 % der thermischen Energie eines BHKW. Mit den 550 °C heißen Abgasen erreicht die Trocknung eine Verdunstungsleistung von 600 W pro Liter Wasser.

Vollständige Hygienisierung des Klärschlammes

Durch die Heißgasbeaufschlagung erfolgt eine vollständige Hygienisierung des getrockneten Klärschlammes. Gleiches gilt für das dabei verdunstende Wasser. Über die reine Abgasnutzung lassen sich Klärschlämme zudem emissionsfrei aufbereiten und trocknen. Aus einer Tonne belastetem Klärschlamm macht die Abgastrocknung 250 kg hygienisierte Biomasse, aus der die Nährstoffe zurückgewonnen und in eine Kreislaufwirtschaft zurückgeführt werden können.

Durch die speziell für Klärschlämme entwickelte Zwangsräder Pelletierung erfolgt die Aufbereitung des getrockneten Klärschlammes nicht nur staub- und emissionsfrei. Nach dem Pelletierprozess kann das Klärschlamm Pellet offen gelagert und verarbeitet werden. Im Anschluss stehen alle Verwendun-

gen offen, sei es für eine Verbrennung, Vergasung, eine Phosphor-Rückgewinnung oder für den Einsatz als Düngemittel.

Alle Prozesse sind über das HMI nutzerfreundlich visualisiert und über ein ARC überwacht. Die Bedienung erfolgt selbsterklärend über ein großes Touchpanel.

Durch die Nutzung des reinen Abgasstromes des BHKW, der üblicherweise ungenutzt in die Atmosphäre geleitet wird, ergibt sich eine überdurchschnittlich hohe Rentabilität und Effizienz der Trocknung.

Pilotprojekt in Bissingen

Sehr erfolgreich umgesetzt wurde inzwischen ein erstes Pilotprojekt mit der Gemeinde Bissingen (Landkreis Dillingen). Für den Trocknungsprozess werden die heißen Abgase von zwei Blockheizkraftwerken verwendet. Ein Kraftwerk wird zusätzlich zum Klärgas auch mit Erdgas betrieben. Mit dem dabei erzeugten Strom kann die Gemeinde ihre Kläranlage nahezu energieautark betreiben.

Die Gemeinde investierte 615.000 Euro in das Projekt, die Kosten sollen sich in wenigen Jahren amortisieren. Laut Bürgermeister Michael Holzinger soll auch die Schlamm-Masse von rund 2.700 Tonnen pro Jahr reduziert werden. In Zukunft werden aus der Bissingen Kläranlage durch den Trocknungsprozess nur noch 600 Tonnen Reste pro Jahr anfallen. **DK**

Entwicklung der Trinkwasserpreise:

Entlang der allgemeinen Teuerungsrate

Ohne verstärkten Schutz der Trinkwasserressourcen drohen jedoch zukünftig Preissteigerungen

Im Hinblick auf die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Trinkwasserpreise stellt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fest: „Die Preise für unser Trinkwasser haben sich in den vergangenen Jahren entlang der Inflationsrate entwickelt. Dass dies eine sehr moderate Entwicklung ist, zeigt sich auch daran, dass zeitgleich die Investitionen der Wasserversorger in ihre Infrastruktur in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Allein im Jahr 2018 werden die Wasserversorger voraussichtlich etwa 2,7 Milliarden Euro investieren“, sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser in Berlin.

Richtig ist jedoch, dass ohne einen konsequenten Schutz unserer Trinkwasserressourcen in Zukunft Preissteigerungen drohen: „Wenn sich die gängige Düngepraxis nicht ändert, könnten erhebliche Mehrkosten auf die Verbraucher zukommen: Trinkwasser könnte in einigen Regionen um bis zu 62 Prozent teurer werden. Denn die zunehmende Verschmutzung des Grundwassers erfordert eine immer kostenintensivere Trinkwasseraufbereitung. Das zeigt ein BDEW-Gutachten zu den Kosten der Nitratbelastung“, so Weyand.

Dass die Situation mit Blick auf die Nitratbelastung besorgniserregend sei, zeige der aktuelle Bericht der Europäischen Union zur Nitratbelastung der Wasserressourcen: Im Schnitt wird demnach an 28 Prozent der Messstationen der Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter überschritten.

Weyand: „Die Berechnungen des BDEW-Gutachtens zeigen: Eine Nitratentfernung könnte die Jahreswasserrechnung in betroffenen Regionen um bis zu 62 Prozent erhöhen. Bei den betrachteten Wasserversorgern würde die durchschnittliche Jahresrech-

nung eines 3-Personen-Haushalts (6-Familienhaus) von aktuell 217 Euro auf 352 Euro steigen.“

Anstieg des Medikamentenkonsums

Ein weiteres Problem, das angegangen werden muss: Die Überalterung der Gesellschaft und der steigende Pro-Kopf-Verbrauch an Medikamenten führen zu einem Anstieg des Medikamentenkonsums um bis zu 70 Prozent bis 2045. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Beratungsinstitutes Civity im Auftrag des BDEW.

„Zwar gibt es heute keinerlei Anlass zur Sorge um die hohe Trinkwasserqualität. Dennoch sollte alleine aus Sicht eines vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutzes der Eintrag von Arzneimitteln in die Umwelt so gering wie möglich sein. Die Hersteller sind gefordert, umweltschädliche Wirkstoffe nach Möglichkeit zu ersetzen. Apotheken sollten auf bedarfsgerechte Verpackungsgrößen achten und Verbraucher ihre alten Medikamente sachgerecht über den Haus- oder Sondermüll entsorgen“, so Weyand. □

KommWFP-geförderter Mietwohnungsbau in Kirchanschöring:

Haus der Begegnung eingeweiht

Das Kommunalunternehmen „Wohnbaugesellschaft Kirchanschöring“ im Landkreis Traunstein hat ein beispielgebendes Projekt realisiert: Ältere Mitbürger sind vor kurzem in 19 günstige, seniorengerechte Neubauwohnungen und Appartments in der Ortsmitte gezogen und können damit ihre sozialen Kontakte im Dorf weiterhin pflegen. Gleichzeitig stellen sie ihre Häuser für Familien zur Verfügung.

Das kommunale Wohnhaus wurde in Form eines zweigeschossigen Gebäudes nach den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens in Hybridbauweise verwirklicht. Auf insgesamt 1.570 qm sind ein Gemeindeforum, eine Arztpraxis und zwei Ambulante Wohngemeinschaften zu finden. Pflegebedürftige können hier in Einzelzimmer einziehen und sich von einem ambulanten Pflegedienst bis zu 24 Stunden am Tag betreuen lassen. Ein Umzug in ein fernes Pflegeheim weit weg von Familie und Freunden ist damit entbehrlich.

Mit dem „Haus der Begegnung“ wurde laut Bürgermeister Hans-Jörg Birner das bislang umfangreichste Bauprojekt in der Geschichte Kirchanschörings offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Was lange währt...

Über einen Zeitraum von 16 Jahren begleitete das Projekt die Gemeinde. Im Jahr 2002 fand die erste Sitzung zur Projektplanung statt. Wie Birner erläuterte, hätten bis zum Tag der Einweihung hunderte Sitzungen, oftmals geprägt von harten Rückschlägen, stattgefunden. Unzählige Bürgerinnen und Bürger hätten sich in Arbeitskreisen und Projektgruppen für das Projekt eingesetzt, das schließlich in die Gründung des Vereins „Haus der Begegnung e. V.“ mündete.

Der Rathauschef bedankte sich bei den Gemeinderäten so-

wie Altbürgermeister Albert Reiter. Alle Beteiligten hätten das große Ziel mit einem immensen Stehvermögen verfolgt. Die zur Verfügung gestellte Baufläche in bester Lage und Qualität verdanke man der örtlichen Kirche. Mit deren Hilfe konnte die Gemeinde einen Erbpachtvertrag mit günstigen Konditionen auf Basis einer sozialen Nutzung der Fläche aushandeln.

Einbindung in kommunale Struktur

Neben all den technischen und konzeptionellen Überlegungen war auch die Einbindung des Projektes in die kommunale Struktur von großer Wichtigkeit. Gemeinsam mit Dr. Stefan Detig, der die Gemeinde laufend rechtlich, steuerlich sowie betriebswirtschaftlich berät, wurden die Vorbereitungen für das Kommunalunternehmen „Wohnbaugesellschaft Kirchanschöring“ getroffen und mit allen zuständigen Stellen abgestimmt.

Große Errungenschaft

„Für die örtliche Gemeinschaft über alle Generationen hinweg ist das ‚Haus der Begegnung‘ eine große Errungenschaft“, gratulierte Rechtsanwalt Detig. Davon konnten sich alle interessierten Bürger bei einem Tag der offenen Tür überzeugen. DK

Naturtouristische Attraktionen im Fränkischen Seenland

Bayerns trockener Norden wird auch in Zukunft mit Wasser versorgt. Die Überleitung von Altmühl- und Donauwasser in das Regnitz-Main-Gebiet ist dafür ein wichtiger Pfeiler. Das betonte Umweltminister Dr. Marcel Huber beim zehnjährigen Jubiläum des Infozentrums „Fränkisches Seenland“.

Huber zufolge ist Wasser der Grundstoff des Lebens. „Das Jahrhundertprojekt Überleitung ist die Wasser-Lebensader von Süd- nach Nordbayern. Sie versorgt den trockenen Norden Bayerns zuverlässig mit ausreichend Wasser. So federn wir auch die Folgen des Klimawandels ab. Zugleich haben wir mit der Überleitung das Fränkische Seenland geschaffen – ein einmaliges Erholungsgebiet für die gesamte Region. Der Freistaat Bayern investiert 6 Millionen Euro pro Jahr, um das Überleitungssystem zu erhalten und es fit für die Zukunft zu machen. Außerdem fördern wir innovative Konzepte für den Naturtourismus im Fränkischen Seenland.“

Zusammen mit den Zweckverbänden im Seenland wurden individuelle naturtouristische Nutzungskonzepte für die Seen erarbeitet. Dabei spielt das Miteinander von Natur, Ruhe und Aktivität eine wichtige Rolle. Um die Funktionstüchtigkeit des Überleitungssystems zu erhalten und eine Verlandung zu verhindern, werden zudem Sedimente aus dem Altmühlsee entnommen und gemeinsam mit der Landwirtschaft zurück auf die umliegenden Felder gebracht.

Das Infozentrum „Fränkisches Seenland“ wurde 2008 eröffnet. Rund 10.000 Besucher pro Jahr informieren sich hier im Rahmen einer Ausstellung über Planung, Entstehung und Betrieb der Überleitung. Seit 1993 wurde dazu praktisch die Wassermenge des Starnberger Sees – rund 3 Milliarden Kubikmeter – in den Norden des Freistaates übergeleitet. Vor allem die Wasserstände von Rednitz, Regnitz und Main werden dank der Überleitung in Trockenzeiten erhöht. □

Tag der Deutschen Bauindustrie 2018

Wohnungs- und Städtebau sind von hoher Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Bauwirtschaft ist hier ein wichtiger Partner. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Marco Wanderwitz, erläuterte am Tag der Deutschen Bauindustrie vor hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie Spitzenverbänden die Wohnungs- und Baupolitik der Bundesregierung. Umfangreiche Investitionen und Maßnahmen des Bundes beim Wohnungs- und Städtebau leisten einen wichtigen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„Die Wohnungs- und Baupolitik ist eine zentrale Aufgabe des Bundes. Bezahlbarer und ausreichender Wohnraum insbesondere für Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen ist oberstes Ziel. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Wir wollen, dass in dieser Legislaturperiode 1,5 Mio. Wohnungen gebaut werden und der Bestand an preiswerten Wohnungen gesichert wird“, betonte Wanderwitz.

Für verlässliche Rahmenbedingungen

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes im Bereich des sozialen Wohnungsbaus sei ein erster wichtiger Schritt gemacht. „Und mit dem Baukindergeld werden wir gezielt Familien mit Kindern bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Der altersgerechte Umbau soll vorangetrieben und die Infrastruktur modernisiert werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen brauchen wir die Baubranche. Die Bauwirtschaft wiederum braucht verlässliche Rahmenbedingungen, beispielsweise beim Vergaberecht und der anstehenden Reform des europäischen Bauproduktenrechts“, fuhr der Staatssekretär fort.

Bauen muss bezahlbar bleiben

Wanderwitz wies darauf hin, dass das Bauen bezahlbar bleiben müsse. Die Baukostensenkungskommission werde deshalb im Rahmen des Bündnisses für Bezahlabares Wohnen und Bauen ihre Arbeit fortsetzen. So sollen Normen und Standards auf das notwendige Maß reduziert und Folgekostenabschät-

zungen vorgenommen werden. Dies gelte auch für das geplante neue Gebäudeenergiegesetz. Maßstab für alle Neuregelungen seien Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Freiwilligkeit. Die Bauwirtschaft sollte nicht zu stark mit Regulierungen konfrontiert werden.

Bauordnungen stärker harmonisieren

„Wir werden außerdem Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung prüfen und an die Länder appellieren, ihre Bauordnungen stärker zu harmonisieren. Nur so kann das Bauen vereinfacht werden“. Die Bündnispartner sehen im seriellen und modularen Bau-

Wohnungsbaugenehmigungen auf Vorjahresniveau

Baufreigaben für Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern im ersten Quartal 2018 dabei allerdings mit 9,3 Prozent im Plus

Die bayerischen Bauaufsichtsbehörden meldeten in den ersten drei Monaten 2018 insgesamt 16.590 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) und damit eine Wohnungsbaunachfrage auf Vorjahresniveau (mit nur 64 bzw. 0,4 Prozent mehr Wohnungsbaufreigaben als im ersten Quartal 2017).

Nach weiteren Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik sind 6.191 bzw. 37,3 Prozent dieser Wohnungen in neuen Eigenheimen (Ein- und Zweifamilienhäuser) und 7.890 bzw. 47,6 Prozent in neuen Mehrfamilienhäusern projektiert (+0,2 Prozent bzw. +9,3 Prozent). Durch Baumaßnahmen am Gebäudebestand sind zudem insgesamt 1.804 Wohnungen geplant (-6,2 Prozent), wogegen die anderen Wohnungen in neuen Wohnheimen (468) oder neuen Nichtwohngebäuden (gewerbliche Hochbauten, 237 Wohnungen) entstehen sollen (-47,5 Prozent bzw. -23,5 Prozent). Bei regionaler Betrachtung spiegelt das aktuell festgestellte Genehmigungsvolumen ebenfalls ein heterogenes Bild wider. So wurden für die kreisfreien Städte in Bayern von Januar bis März 2018 mit insgesamt 5.278 Wohnungen wesentlich weniger

Baufreigaben erteilt als vor Jahresfrist (-12,7 Prozent), dagegen für die Landkreise mit zusammen 11.312 Wohnungen deutlich mehr (+7,9 Prozent).

Von Januar bis März 2018 wurden von den Bauaufsichtsbehörden insgesamt 16.590 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, sind dies unwesentlich mehr Wohnungen als im ersten Quartal 2017 (+64 Wohnungen bzw. +0,4 Prozent). In neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) sind 14.549 der aktuell zum Bau freigegebenen Wohnungen geplant (+1,8 Prozent), durch Umbau oder Ausbau bestehender Wohngebäude sollen 1.655 Wohnungen entstehen (-15,4 Prozent) und in neuen Nichtwohngebäuden (gewerbliche Hochbauten) sind weitere 237 Wohnungen projektiert (-23,5 Prozent).

Heterogenes Bild

Von den in neuen Wohngebäuden geplanten Wohnungen sollen 7.890 Wohnungen in Wohngebäuden mit mindestens drei Wohnungen (Mehrfamilienhäuser) realisiert werden und 6.191 Wohnungen in Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen (Eigenheimen). Damit wurde die Anzahl der Wohnungsbaufreigaben im Eigenheimbereich im Vergleich zum Vorjahresergebnis knapp behauptet (+0,2 Prozent; Einfamilienhäuser: +0,8 Prozent, Zweifamilienhäuser: -2,6 Prozent) und im Mehrfamilienhausbau bzw. Geschosswohnungsbau deutlich übertroffen (+9,3 Prozent).

Auch bei regionaler Betrachtung des aktuellen Wohnungsbaugenehmigungsvolumens ergibt sich ein heterogenes Bild. Für vier der sieben Regierungsbezirke Bayerns wurde ein rückläufiges Freigabevolumen festgestellt, darunter für Mittelfranken sogar um 30,7 Prozent, wogegen Oberbayern mit wiederum den meisten Wohnungsbaufreigaben im Berichtszeitraum (aktuell insgesamt 7.465) um 14,1 Prozent mehr Wohnungsbaugenehmigungen verzeichnete. Im Vergleich dazu zeigt ein Blick auf die Kreise Bayerns, dass in den 25 kreisfreien Städten insgesamt 5.278 Wohnungen (-12,7 Prozent) gebaut werden sollen und in den 71 Landkreisen insgesamt 11.312 Wohnungen (+7,9 Prozent). □



Profis für die Baustelle

www.kanalbau.com

Verbandstag des VdW Bayern in Augsburg:

Für ein Miteinander von Stadt und Land

Wohnungsbau auf dem Prüfstand: Wie GdW-Präsident Axel Gedaschko beim Verbandstag des VdW Bayern in Augsburg betonte, lasse sich das Thema Wohnungsmangel nicht in den Städten lösen. „Wir brauchen eine neue Zusammenarbeit von Stadt und Land“, hob Gedaschko hervor.

Auf die wohnungspolitischen Schwerpunkte auf Bundesebene zu sprechen kommend, verwies der Präsident darauf, dass er von den geplanten Maßnahmen im Mietrecht, der Verschärfung der Mietpreisbremse und der Senkung der Modernisierungsumlage wenig hält. Bei der Bodenpolitik bestehe ein Interessenkonflikt zwischen dem Flächenverbrauchsminderungsziel und den bezahlbaren Grundstücken für den nötigen Neubau: „Wir brauchen neues Bauland in nicht unerheblicher Größenordnung, sonst wird es mit dem Bauen gar nichts“, unterstrich Gedaschko.

An Städte und Länder appellierte er, die Dachaufstockung mehr zu fördern und diesem wichtigen Instrument der Nachverdichtung die Hürden aus dem Weg zu räumen. Ein zentrales Vorhaben der Politik für die laufende Legislaturperiode sei die geplante Grundgesetzänderung, um dem Bund die Fortsetzung der Wohnraumförderung auch weiter zu ermöglichen.

Seriell Bauen:

Europaweiter Wettbewerb liefert zukunftsweisende Konzepte

Die Ergebnisse des ersten europaweiten Ausschreibungsverfahrens für seriell und modulares Bauen stehen fest. Neun Bieter erhielten in Berlin den Zuschlag für ihre innovativen Wohnungsbaukonzepte, aus denen Mitgliedsunternehmen des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW ab sofort auswählen können. Dazu hat der GdW als Initiator der Ausschreibung im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundesbauministerium, dem Hauptverband der Bauindustrie und der Bundesarchitektenkammer eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet.

Wohnungsunternehmen in ganz Deutschland erhalten mit der Vereinbarung die Möglichkeit, ihre Wohnungsneubauprojekte schneller, einfacher, kostengünstiger und in hoher Qualität zu realisieren. Die Zeitersparnis ergibt sich insbesondere dadurch, dass Teile der Projektausschreibung und -vergabe sowie der Planung eines vorgesehenen Wohnungsbaus durch die Rahmenvereinbarung vorgegeben werden – und durch kürzere Baustellenzeiten dank der Vorfertigung von Bauteilen. Aus den neun Angeboten des neuen Rahmenvertrags können Wohnungsunternehmen das für sie passende Modellgebäude auswählen, das anschließend in erster Linie nur noch an das vorhandene Grundstück angepasst werden muss.

Die Angebotspreise für die neun innovativen Modellgebäude liegen zwischen 2.000 und 3.200 Euro pro qm Wohnfläche und damit unter den durchschnittlichen Herstellungskosten für Mehrfamilienhäuser in Deutschland. Die in der neuen Vereinbarung festgeschriebenen Preise gelten für fünf Jahre. Skaleneffekte sind bei Mehrfachbeauftragung eines Modellgebäudes im Angebot enthalten. Weitere Kostenvorteile werden bei den seriellen und modularen Wohnungsbauprojekten zukünftig durch die weiter zunehmende Vorfertigung von Bauteilen erwartet.

Aus insgesamt rund 50 Bewerbern wurden 15 Teilnehmer ausgewählt, die ihre Angebote anschließend eingereicht haben. Geprüft und bewertet wurden die Konzepte in einem aufwändigen Verfahren durch ein eigens einberufenes Bewertungsgremium, das sich aus Experten der Bau- und Wohnungswirtschaft und dem Forschungsbereich aus dem gesamten Bundesgebiet sowie Vertretern des Bun-

desbauministeriums zusammensetzte. Die endgültige Auswahl der neun Bieter erfolgte auf Grundlage der Ergebnisse des Bewertungsgremiums durch den Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW als Vergabestelle.

Zu den zentralen Anforderungen an die eingereichten Angebote gehörten u. a. eine gestalterisch ansprechende Architektur, städtebaulich variable Gebäude, eine Minimierung von Verkehrsflächen, ausreichende Belichtung für Wohnkomfort und Energieeffizienz, kompakte und flächeneffiziente Wohnungsgrundrisse, ein Drittel barrierefrei nutzbare Wohnungen, energieeffiziente und nachhaltige Gebäudekonzepte sowie ein hohes Maß an Standardisierung zugunsten von zeit- und kostensparendem Bauen.

Gunther Adler, Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat: „Ich bin überzeugt davon, dass mit diesem Ausschreibungsverfahren ein neues Kapitel der seriellen und modularen Bauweisen aufgeschlagen wurde.“ Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen: „Die Wohnungswirtschaft geht beim Wohnungsbau gemeinsam mit ihren Partnern neue Wege, um in ganz Deutschland endlich schneller und kostengünstig neuen Wohnraum in hoher Qualität bereitstellen zu können. Denn wir müssen es schaffen, dass neu gebaute Mietwohnungen auch ohne Förderung für die Mitte der Bevölkerung wieder bezahlbar werden. Mit der Rahmenvereinbarung für seriellen und modularen Wohnungsbau liefern wir dafür einen entscheidenden Baustein... Das europaweite Ausschreibungsverfahren und seine Ergebnisse sind eine Pionierleistung. Jetzt muss die Politik dafür sorgen, dass

Bau- und Immobilienbranche sowie mit Verbänden sprechen. Ihr Appell war deutlich: „Wir müssen bei der Umsetzung alle an einem Strang ziehen. Es geht darum, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln, anzupacken und zu bauen, bauen, bauen.“

Bayerisches Milliardenpaket

Im soeben von der Staatsregierung beschlossenen Milliardenpaket für den Wohnungsbau ist laut Aigner für alle etwas dabei: „Wir wollen auf der einen Seite den Mietwohnungsbau mit unserem umfangreichen Förderprogramm ankurbeln, damit Genossenschaften oder auch Wohnungsbaunehmen Anreize haben, mehr zu bauen. Auf der anderen Seite unterstützen wir aber auch die privaten Häuslebauer mit unserem bayerischen Baukindergeld Plus und der Eigenheimzulage. Fast 900 Millionen Euro stehen hierzu bereit.“

Das Brummen der Wirtschaft könne nicht nur an den vollen Auftragsbüchern von Planern, Handwerkern und Wohnungsbauunternehmen abgelesen werden. Al-

reichend bezahlbare Grundstücke für die neuen Wohngebäude bereitgestellt und eine bundesweit gültige Typengenehmigung geschaffen werden.“

Barbara Ettinger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer: „Das Ergebnis dieses Verfahrens zeigt, dass anspruchsvolle Architektur und seriell Bauen sich nicht zwingend ausschließen. In der Anwendung und Umsetzung werden sich die hier entwickelten Vorschläge nun bewähren müssen. Die Herausforderung besteht in jedem einzelnen Fall ja vor allem in der Einfügung in die städtebauliche Umgebung. Ich freue mich, dass dafür aufgrund der hohen gestalterischen Qualität gute Voraussetzungen bestehen. Ohne die Mitwirkung von Architekten wäre dies sicher nicht der Fall. Das serielle Bauen und die hier nun vorgestellten Bau-Typen können aber nur Teil der Lösung bei der Schaffung möglichst vieler bezahlbarer Wohnungen sein. Um bestehende Lücken in den begehrten Städten zu schließen und den Flächenverbrauch nicht zu steigern, werden wir noch andere intelligente Instrumente zur weiteren Stärkung des Wohnungsbaus benötigen, die auch das kleinteilige Einfügen von neuen Wohnungen in den urbanen Raum beschleunigen helfen.“

Marcus Becker, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB): „Für die deutsche Bauindustrie hat die Rahmenvereinbarung in einem doppelten Sinne Pilotcharakter: Zum einen wollen wir die Potenziale ausloten, die im seriellen und modularen Wohnungsbau bezüglich Schnelligkeit und Kostengünstigkeit noch schlummern. Zum anderen sehen wir in der Design-and-Build-Ausschreibung einen wichtigen Schritt in Richtung einer vertieften partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Architekten und Baufirmen. Wir sind davon überzeugt, dass gerade beim seriellen Wohnungsbau – insbesondere beim Einsatz von Wohnmodulen – frühzeitig auch die Baukompetenz in die Planung eingebracht werden muss.“ Hintergrund des Ausschreibungs-

verfahrens ist, dass sich die Wohnungsmärkte vieler Groß- und Universitätsstädte in Deutschland aufgrund eines starken Einwohnerzuwachses dynamisch entwickeln. Die Folge sind Engpässe beim Wohnungsangebot und steigende Bau- und Wohnkosten. Vor allem ein-kommenschwächere Haushalte, aber zunehmend auch Haushalte mit mittleren Einkommen haben Schwierigkeiten, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden. Ein Hauptgrund für den Wohnungsmangel: Der Bau neuer Wohnungen dauert immer noch zu lange.

Die Rahmenvereinbarung bietet insbesondere öffentlichen Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, mit deutlich reduziertem Aufwand Angebote lokal angepasst direkt zu realisieren. Dies sollte die Vorlaufzeiten für Bauvorhaben wesentlich verkürzen. Damit setzen die Partner ein wesentliches Ergebnis der Baukostensenkungskommission um. Es ist beabsichtigt, Konzepte aus der Rahmenvereinbarung sehr zügig als Prototypen zu realisieren. Dies ist ein wesentliches Element, um serielle und modulare Bauweisen zu forcieren. Auf diese Weise können auch alle theoretischen Angaben – beispielsweise zu Baukosten, technischer Machbarkeit, Prozessoptimierung der Produktion, Vorfertigungsgrad und bestmöglicher Digitalisierung – praxisgerecht evaluiert werden.

Der positive Trend setzt sich Aigner zufolge auch in diesem Jahr fort: „Im ersten Quartal dieses Jahres wurde das Niveau des Vorjahres nochmals leicht übertroffen. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Bauen ist Gemeinschaftsaufgabe und mein neues Ministerium soll genau hierfür beste Voraussetzungen schaffen.“

Die 464 Mitgliedsunternehmen des VdW Bayern investierten im Jahr 2017 1,8 Mrd. Euro in den Wohnungsbestand und -neubau. Bei den Baufertigstellungen von 3.900 Wohnungen konnte ein Zuwachs von 35 Prozent verzeichnet werden. Verbandsdirektor Hans Maier stellte aber auch klar, dass der über Jahre aufgebaute Wohnungsmangel in Bayern nicht in den kommenden zwei bis drei Jahren behoben werden könne. „Wir brauchen eine große Kraftanstrengung und einen langen Atem“, forderte der Direktor. Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung von 500.000 Wohnungen bis 2025 bezeichnete er als ambitioniert, aber machbar. Die Wohnungswirtschaft werde ihren Beitrag dazu leisten.

Dafür fordert der Verbandschef aber auch langfristig sichere Rahmenbedingungen. Dazu zählten eine gesicherte Mittelausstattung bei der Wohnraumförderung sowie verstärkte Maßnahmen zur Aktivierung von Bauland wie die Bereitstellung von kommunalen Grundstücken und den Zugang zu Grundstücken von Bund und Freistaat. Auch müssten die Voraussetzungen zur Baulandaktivierung im Bauplanungsrecht geschaffen werden. „Die Wohnungswirtschaft Bayern unterstützt dabei die Konzeptvergabe von Grundstücken und bekennet sich zum nachhaltigen Wohnungsbau“, betonte Maier. **DK**

verfahrens ist, dass sich die Wohnungsmärkte vieler Groß- und Universitätsstädte in Deutschland aufgrund eines starken Einwohnerzuwachses dynamisch entwickeln. Die Folge sind Engpässe beim Wohnungsangebot und steigende Bau- und Wohnkosten. Vor allem ein-kommenschwächere Haushalte, aber zunehmend auch Haushalte mit mittleren Einkommen haben Schwierigkeiten, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden. Ein Hauptgrund für den Wohnungsmangel: Der Bau neuer Wohnungen dauert immer noch zu lange.

Die Rahmenvereinbarung bietet insbesondere öffentlichen Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, mit deutlich reduziertem Aufwand Angebote lokal angepasst direkt zu realisieren. Dies sollte die Vorlaufzeiten für Bauvorhaben wesentlich verkürzen. Damit setzen die Partner ein wesentliches Ergebnis der Baukostensenkungskommission um. Es ist beabsichtigt, Konzepte aus der Rahmenvereinbarung sehr zügig als Prototypen zu realisieren. Dies ist ein wesentliches Element, um serielle und modulare Bauweisen zu forcieren. Auf diese Weise können auch alle theoretischen Angaben – beispielsweise zu Baukosten, technischer Machbarkeit, Prozessoptimierung der Produktion, Vorfertigungsgrad und bestmöglicher Digitalisierung – praxisgerecht evaluiert werden.

Rahmenwerk für klimaneutrale Gebäude und Standorte

Die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen – DGNB e.V. hat ein Rahmenwerk für klimaneutrale Gebäude und Standorte entwickelt, mit dem die Dekarbonisierung des Gebäudebestands bis 2050 praktisch umsetzbar gemacht werden soll. Es unterstützt zudem dabei, Klimaneutralität bei Neubauten zum Standard zu machen.

In dem Rahmenwerk werden Regeln für die Bilanzierung von CO₂-Emissionen genauso festgelegt wie Vorgaben für eine vergleichbare Berichterstattung entsprechender Leistungskennzahlen. Zusätzlich stellt das Dokument praktisch anwendbare Methoden zum CO₂-Management vor. Herzstück ist dabei ein Klimaschutzfahrplan, der projektindividuell Emissionsgrenzwerte auf dem Weg hin zur Klimaneutralität für ein Gebäude oder einen Standort vorgibt. Damit übersetzt die DGNB die im Paris-Abkommen formulierten Ziele in konkrete Bauaufgaben.

„Mit dem Rahmenwerk wollen wir einen entscheidenden Beitrag leisten, um die globalen Klimaschutzziele für die verschiedensten Entscheidungsträger der Bau- und Immobilienwirtschaft handhabbar zu machen“, sagt Dr. Christine Lemaître, Geschäftsführende Vorstand der DGNB. „Wenn wir bis 2050 Grundlegendes verändern wollen, müssen wir jetzt anfangen. Ein verlässlicher Rahmen, der Orientierung bietet, wie sich die CO₂-Emissionen kontinuierlich, im notwendigen Maß reduzieren lassen, ist hierfür unabdingbar.“

Das Rahmenwerk für klimaneutrale Gebäude und Standorte gliedert sich in drei Hauptelemente, die je nach Bedarf und Zielsetzung separat oder zusammen angewendet werden können.

In Teil 1 werden die grundlegenden Regeln für die CO₂-Bilanzierung von Gebäuden beschrieben. Die Bilanzierungsregeln basieren auf den Grundprinzipien Relevanz, Vollständigkeit, Konsistenz, Transparenz und Genauigkeit. Die genauen Regeln variieren je nachdem, ob nur der Betrieb oder zusätzlich auch die eingesetzten Materialien betrachtet werden sollen. Der Bilanzrahmen für den Betrieb umfasst drei Elemente:

- Direkte CO₂-Emissionen der Energieerzeugung innerhalb des Grundstücks durch biogen und fossil basierte Wärme-, Kälte- und Stromerzeugung
- Indirekte CO₂-Emissionen der Energieerzeugung außerhalb des Grundstücks (z.B. Netzstrom, Fernwärme, Fernkälte)
- Vermiedene CO₂-Emissionen (Gutschriften) durch exportierte Energie (z.B. Heizenergie, Kühlenergie, Elektrizität).

Dabei ist der gesamte gebäude- und nutzerbedingte Energieverbrauch zu erfassen.

In der erweiterten Form umfasst der Bilanzrahmen zusätzlich die eingebundenen CO₂-Emissionen der eingesetzten Materialien. Hierfür kommt die Methode der Ökobilanzierung zum Einsatz, um die Treibhausgaspotenziale für die im Gebäude verwendeten Bauteile zu ermitteln.

Um die klimaschutzrelevanten Informationen eines Gebäudes oder Standorts transparent und vergleichbar kommunizieren zu können, sind in Teil 2 des Rahmenwerks Indikatoren definiert, die sich auf verschiedene Leistungskennzahlen beziehen. Diese sollen gebündelt in Form eines Emissionsausweises bereitgestellt werden. Unterschieden wird dabei, ob die Kennzahlen auf tatsächlich gemessenen Ist-Werten beruhen, wie es bei Gebäuden möglich ist, die mindestens drei Jahre in Betrieb sind, oder ob es sich um Planberechnungen bei Neubauten handelt.

Je nachdem, welcher Bilanzierungsrahmen gewählt wurde, kann ein Gebäude oder Standort auf Grundlage des Rahmenwerks den Status „Klimaneutral im laufenden Betrieb“ oder „Klimaneutral über den Lebenszyklus“ erlangen. Als klimaneutral gilt ein Gebäude, des-

sen Jahresbilanz der CO₂-Emissionen für den Gebäudebetrieb weniger als Null Kilogramm CO₂ beträgt. Dabei bezieht sich der ermittelnde CO₂-Wert auf die Summe aller klimaschädlichen Emissionen gemäß anerkannter internationaler Standards.

Ein Gebäude oder Standort, das aktuell noch keine Jahresbilanz von Null Kilogramm CO₂ aufweist, kann den Status „Klimaneutral bis 2050“ erreichen. Hierfür muss ein projektspezifischer Klimaschutzplan erstellt werden. Ausgangspunkt ist die Berechnung des Ist-Werts der CO₂-Emissionen. Ausgehend von diesem projektindividuell geltenden Startwert werden jahresbezogene Grenzwerte festgelegt, die das Gebäude oder der Standort einhalten muss, um das für 2050 angesetzte Ziel „Null CO₂-Emissionen im laufenden Betrieb“ tatsächlich zu erreichen. Hierfür sind Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen aufzustellen, in eine zeitlich und wirtschaftlich sinnvolle Abfolge zu bringen und deren Wirkungen zu berechnen.

Beim Klimaschutzfahrplan geht es also um die Prognose zukünftiger CO₂-Emissionen und die Erstellung eines validen Fahrplans, der für das Projekt Sanierungen, Modernisierungsmaßnahmen oder Betriebsoptimierungen definiert. Liegen die prognostizierten Werte immer unterhalb der jahresbezogenen Grenzwerte ist die Bezeichnung „Klimaneutral bis 2050“ zulässig.

Die Anwendungsmöglichkeiten für das Rahmenwerk sind vielfältig. So hilft es beispielsweise, den effektiv erreichten Klimaschutz eines Gebäudes oder Standorts verbindlich zu prüfen und mit anderen Projekten vergleichbar zu machen. Dabei setzt die DGNB in dem Rahmenwerk einen umfassenden Betrachtungsrahmen, indem es neben den Energieströmen zur Konditionierung des Gebäudes auch den Nutzerstrom in die Bilanzgrenze mit aufnimmt. Ebenfalls im Fokus steht die Kommunikation der CO₂-Bilanz über konsistente Berechnungsvorgaben. Durch den erforderlichen, regelmäßigen Abgleich von Soll- und Ist-Werten lassen sich sowohl der geplante als auch der bereits erreichte Klimaschutzbeitrag eines Gebäudes oder Standorts transparent darstellen.

Projekte, die auf Grundlage des Rahmenwerks den Nachweis als „Klimaneutrales Gebäude“ erlangen, erhalten zudem in der DGNB-Zertifizierung Bonuspunkte für ihre Zukunftsfähigkeit. Nicht zuletzt kann das Rahmenwerk als Grundlage für klimaschutzfördernde Finanzierungsmöglichkeiten, steuerliche Vorteile oder ordnungsrechtliche Instrumente dienen. Wie dies aussehen kann, hat die DGNB mit ihrem im Februar 2018 veröffentlichten Entwurf eines Gebäude-Emissions-Gesetzes 2050 vorgestellt, das auf denselben inhaltlichen Kernpunkten fußt wie das jetzt veröffentlichte Rahmenwerk.

Das Rahmenwerk richtet sich auch an alle politischen Entscheidungsträger, die an der Umsetzung der deutschen Klimaschutzziele arbeiten und auf eine Dekarbonisierung Deutschlands hinarbeiten. Weitere Zielgruppen sind auf fachlicher Ebene alle Planer und Bauherren, die das Thema Klimaschutz ernst nehmen und konkret an ihren eigenen Sanierungs- oder Neubauprojekten umsetzen möchten. Zudem richtet sich das Rahmenwerk an alle Eigner oder Betreiber von Gebäuden, die sich dem Thema für ihr Gebäude annehmen möchten und die Weichen in Richtung Klimaschutz stellen wollen.

Das Rahmenwerk richtet sich auch an alle politischen Entscheidungsträger, die an der Umsetzung der deutschen Klimaschutzziele arbeiten und auf eine Dekarbonisierung Deutschlands hinarbeiten. Weitere Zielgruppen sind auf fachlicher Ebene alle Planer und Bauherren, die das Thema Klimaschutz ernst nehmen und konkret an ihren eigenen Sanierungs- oder Neubauprojekten umsetzen möchten. Zudem richtet sich das Rahmenwerk an alle Eigner oder Betreiber von Gebäuden, die sich dem Thema für ihr Gebäude annehmen möchten und die Weichen in Richtung Klimaschutz stellen wollen.

Lengfeld:

Kindertagesstätte „Kinderland“ eingeweiht

Ganz einfach ein Erfolg: In nur einem halben Jahr wurde in Lengfeld eine neue Kindertagesstätte entwickelt, gebaut und von 74 Kindern in zwei Kleinkind- und zwei Kindergartengruppen bezogen. Nun wurde das „Kinderland“ eingeweiht.

Das Besondere an der neuen Kindertagesstätte ist ohne Zweifel die Zügigkeit ihres Entstehens: Nur zwei Monate nach Baubeginn öffneten sich die Türen für Eltern und Kinder. Dies ist nicht nur das Resultat der flexiblen Holzmodulbauweise, sondern auch effektiver, zielgerichteter Zusammenarbeit.

Der städtische Fachbereich Jugend und Familie des Sozialreferats, der Fachbereich Hochbau, die Johanniter als Trägerverein reagierten flexibel auf die veränderte Bedarfssituation im Stadtteil Lengfeld und stemmten binnen

eines halben Jahres die neue Einrichtung.

Atmosphärisches Gebäude

„Die neue Kindertagesstätte ist ein vollwertiges Gebäude mit allen Funktionalitäten, die den Kindern eine tolle Atmosphäre bietet und sich gut in die Natur einfügt“, freute sich Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei der Einweihung. Träger sind die Johanniter, die Stadt Würzburg hat insgesamt etwa 1 Million Euro in das „Kinderland“ investiert. □



Wohngebäude der Genossenschaft Wogeno im Münchener Stadtteil Messestadt. Bild: Günther Hartmann

Mehrgeschossiger Holzbau:

Eine Lösung für zwei Probleme

Die Folgen der Klimaerwärmung sind hinlänglich bekannt, ebenso die Tatsache, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen, um die deutschen Klimaschutzziele zu erreichen. Das Volksgehren „Betonflut eindämmen“ lenkt den Blick auf ein wenig wahrgenommenes Thema: den hohen Verbrauch der endlichen Ressource Bodenfläche.

Eine deutliche Senkung des Verbrauchs ist zwar erklärtes politisches Ziel, doch die aktuelle Wohnungsknappheit scheint dem zuwider zu laufen und viele Kommunen in eine Zwickmühle zu bringen. Führt die Intensivierung des Wohnungsbaus statt zu einer Senkung zu einer weiteren Steigerung des Flächenverbrauchs? Nicht unbedingt.

Eine der wirkungsvollsten Maßnahmen zur Senkung des Flächenverbrauchs ist die Erhöhung der Flächeneffizienz durch Mehrgeschossigkeit der darauf errichteten Gebäude. Bei gleicher Nutzfläche spart eine zweigeschossige Bebauung 50 % Bodenfläche im Vergleich zu einer eingeschossigen, eine viergeschossige 75 % usw. Je höher die Anzahl der Geschosse, desto höher die Einsparung. Zudem sparen die Kommunen dabei auch noch Geld, denn sie müssen für die Bauflächen Straßen, Straßenbeleuchtung, öffentlichem Nahverkehr, Kanalisation, Versorgungsleitungen usw. errichten. Je niedriger die Bebauungsdichte, desto ungünstiger das Aufwand-Nutzen-Verhältnis bei den kommunalen Erschließungsleistungen.

Auch beim Klimaschutz gibt es günstige und ungünstige Aufwand-Nutzen-Verhältnisse. Ein gutes Aufwand-Nutzen-Verhältnis weist Bauen mit Holz auf. Seine CO₂-Vermeidungskosten ergeben sich aus den Mehrkosten gegenüber mineralischer Bauweise und der vermiedenen CO₂-Menge. Diese ist hoch – im Geschosswohnungsbau 15 bis 30 Tonnen pro Person, wenn als Wohnfläche der deutsche Durchschnittswert von 46,5 qm pro Person angesetzt wird. Das entspricht der CO₂-Menge, die pro Person bei 30 bis 60 Hin- und Rückflügen von München nach Mallorca freisetzt wird. Wer sich für eine Wohnung in Holzbauweise entscheidet, kann also anschließend 30- bis 60-mal nach Mallorca fliegen und ist dann immer noch klimaneutral – seine anderen CO₂-Emissionen mal außer Acht gelassen.

Die Mehrkosten der Holzbauweise gegenüber der mineralischen Bauweise sind in letzter Zeit immer geringer geworden – und damit auch CO₂-Vermeidungskosten.

Unter den Klimaschutzmaßnahmen gehört Bauen mit Holz somit zu den wirtschaftlichsten und wirkungsvollsten. Vor allem wirkt es sofort – ein oft übersehener, aber immens wichtiger Aspekt. Denn es gilt, die Klimaerwärmung so schnell wie möglich so stark wie möglich zu bremsen, damit die Ökosysteme nicht kollabieren, sondern genügend Zeit haben, sich anzupassen.

Die Anzahl der Geschosse wird im Bebauungsplan definiert. Die Bauweise bzw. das Baumaterial muss anders festgelegt werden. Wie – darüber dachte das

Münchener Stadtplanungsamt gründlich nach, als vor einigen Jahren der Stadtrat beschloss, dass auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne eine ökologische Mustersiedlung mit rund 600 Wohnungen entstehen soll. Und es klärte dabei auch den Begriff „Holzbau“: die Frage, ab welchem Holzanteil ein Gebäude überhaupt als Holzgebäude anzusehen ist. Denn kein Holzgebäude besteht ausschließlich aus Holz und die Grenzen sind bisher nirgends definiert.

Nach gründlicher Analyse bereits realisierter Holzgebäude wurden „Nawaro-Stufen“ definiert: die Masse nachwachsender Rohstoffe bezogen auf die Wohnfläche – kurz: kg Nawaros/qm WF. Die Bewerber für Grundstücke mussten verbindlich erklären, welche Nawaro-Stufen sie bei ihrem Bauprojekt realisieren würden. Die meisten Bewerber kreuzten die höchste Stufe an. Unter denen wurden die Grundstücke dann verlost. Zusätzlich legte die Stadt ein Förderprogramm auf, das jedes verbaute kg Nawaros in Gebäudeklasse 3 (bis drei Geschosse) mit 70 Cent und in den Gebäudeklassen 4 und 5 (ab vier Geschosse) mit 2 Euro bezuschusst.

Mehrgeschossige Bauvorhaben stoßen in der Nachbarschaft oft auf große Ablehnung und Widerstand. Als unschöne, den Ort verschandelnde Ungetüme werden sie kritisiert. Wie es anders gehen kann, zeigten in den letzten Jahren viele junge Wohnungsbaugenossenschaften und auch viele Baugemeinschaften. Die künftigen Bewohner sind eng in den Entwurfsprozess eingebunden und legen großen Wert auf eine gestalterisch, sozial und ökologisch hochwertige Architektur. München vergibt deshalb seit einigen Jahren bei Neubaugebieten immer bis zu 40 Prozent ihrer Grundstücke an Genossenschaften und Baugemeinschaften – und sie unterstützt über ihre Mitbauzentrale aktiv deren Gründung.

Gute Architektur erhöht die Akzeptanz mehrgeschossiger Wohnbauten deutlich, eine mit Holz verkleidete Fassade noch mehr. Auch für die Akzeptanz von Baustellen bietet die „trockene“ Holzbauweise große Vorteile gegenüber den „nassen“ Bauweisen: Dadurch, dass in Werkhallen präzise vorgefertigte Großelemente auf den Baustellen einfach und schnell montiert werden, verkürzt sich die Bauzeit enorm und es entsteht kaum Lärm und kaum Staub. Das Gleiche gilt auch für Aufstockungen von Bestandsgebäuden – die sicherlich effizienteste Maßnahme zum Senken des Flächenverbrauchs. □

Neues Schulhaus in Langenpreising:

Attraktiver Lern- und Lebensraum

Durch sein pädagogisches und architektonisches Konzept überzeugt das neue Schulhaus der Grundschule Langenpreising (Landkreis Erding). Das gelungene Bauprojekt wurde kürzlich feierlich eingeweiht.

Der Neubau basiert auf einem modernen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten architektonischen sowie pädagogischen Konzept. Das komplett als Holzkonstruktion erstellte Schulgebäude bietet auf rund 1.100 Quadratmetern unter anderem offene Lernlandschaften für Frei- und Gruppenarbeit und schafft mit weiteren 200 Quadratmetern Raum für die offene Ganztagschule.

Das gesamte Gebäude verfügt über stromsparende LEDs, zudem gibt es eine mit CO₂-Sensoren ausgestattete Lüftung, die nachts ohne die Schüler im Haus anders gesteuert wird als tagsüber. Mittels einer Grundwasser-Wärmepumpe wird geheizt. Die EDV ist auf dem neuesten Stand, der Anschluss ans Glasfasernetz vorbereitet. Entworfen wurde der rund 6,2 Millionen Euro teure Bau vom Münchner Architekturbüro Hirner und Riehl.

Landkreisweit verfügt Langenpreising somit über die erste kommunale Schule, an der das Prinzip, das den Flur als „Marktplatz“ begreift und aus der Rolle der reinen Verkehrsfläche heraushebt, konsequent umgesetzt wird. Die Schüler treffen sich dort in Arbeitsgruppen oder nur zu zweit, um deutlich selbstbestimmter zu lernen als dies im klassischen Frontalunterricht, der freilich weiter besteht, möglich ist. Das Konzept hat noch einen weiteren Vor-

teil: Da die Flure jetzt auch Lernräume und damit Hauptnutzfläche sind, ist eine höhere Bezuschussung möglich.

Wie Kultusstaatssekretärin Carolina Trautner betonte, zeige der Neubau der Grundschule beispielhaft, dass zeitgemäße Schulgebäude beides bieten: „Schulhäuser und Klassenzimmer werden zu Lern- und Lebensräumen, in denen sich die Schüler wohlfühlen, und fördern so ein erfolgreiches Lernen und ein soziales Miteinander mit Raum zur persönlichen Entwicklung.“ Die Grundschule sei pädagogisch und architektonisch am Puls der Zeit.

Landrat Martin Bayerstorfer zufolge bringt das Konzept der Lernlandschaften die Grundschule an die Spitze des Landkreises. Was Montessori-Schulen seit Jahren verwirklichen, werde jetzt in staatlichen Schulen umgesetzt, wie auch in der benachbarten Marie-Pettenbeck-Schule in Wartenberg.

Laut Langenpreisings Bürgermeister Peter Deimel betrachtet die Gemeinde die Investition in die Schule als Auftrag, mit dem Lehrpersonal zeitgemäße pädagogische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Oberstes Ziel sei es, die Kinder zu mündigen Bürgern zu erziehen. Schulleiter Martin Brandlmeier zufolge sind die Kinder glücklich, selbst wählen zu dürfen, wo sie lernen wollen. **DK**



Die Gütesicherung im Holzbau betrifft neben Ein- und Zweifamilienhäusern auch den mehrgeschossigen Holzbau. Foto: BMF/Sonnleitner Holzbauwerke

Wohnen mit Qualitätszeichen:

Mehrgeschossiger Holzbau ist gütegeprüft

Bad Honnef. Das Thema Gütesicherung im Holzbau betrifft nicht mehr nur den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, sondern auch den Wohnungsbau. Mittlerweile ist eine Vielzahl von Fertighausherstellern im Bereich des mehrgeschossigen Holzbaus aktiv und nutzt dabei die langjährigen Erfahrungen aus dem klassischen Hausbau.

„Gerade wenn solche Gebäude im städtischen Umfeld errichtet werden, müssen die Hersteller oftmals auf einer kleinen Grundstücksfläche viel Wohnraum schaffen. Daher überwacht die Bundes-Gütegemeinschaft Montagebau und Fertighäuser natürlich auch Fertighausunternehmen, die Holzgebäude mit mehreren Wohneinheiten errichten“, so BMF-Prüfstellenleiterin Antje Wagner.

Ein interessantes Beispiel hierfür ist ein Projekt der niederbayerischen Firma Sonnleitner Holzbauwerke aus Ortenburg bei Passau. Das Unternehmen stellte in München ein Mehrfamilienhaus unter gestalterischen, ökologischen sowie Gütesichernden Gesichtspunkten fertig. Die einzigartige Architektur mit leicht geneigtem Pultdach passt durch ihre Holz und Putz kombinierende

Fassade perfekt in den vorstädtischen Kontext.

Der Wandaufbau aus dem Hause Sonnleitner ist als Blockbohlenkonstruktion ausgeführt und unterstreicht durch die mehrschichtige Holzbauweise mit Holzfaserdämmung den ökologischen Gedanken, der den Holzbau grundsätzlich von anderen Bauweisen unterscheidet. „Die Überwacher der BMF prüfen jegliche Holzbauart, egal ob es sich um die Holz-Tafelbauweise beziehungsweise die Massivholzbauweise oder um ein- sowie mehrgeschossige Gebäude in Holzbauweise handelt. Schließlich müssen die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Kriterien lückenlos erfüllt sein, damit der Bauherr in Sachen Qualität und Sicherheit immer auf der sicheren Seite ist“, so Wagner. **BMF/RS**

Gesucht - Dein Stadtprojekt!

Das Bundesbauministerium hat seinen bundesweiten Wettbewerb „Die Europäische Stadt – Wandel & Werte“ gestartet.

Bundesminister Horst Seehofer betonte bei der Auftaktveranstaltung des Tags der Städtebauförderung in Leipzig: „Europas Städte sind einzigartig – durch ihre kulturelle Vielfalt, ihre Mischung aus Leben, Wohnen und Arbeiten und ihre besondere Integrationskraft. Sie sind sichtbares Gedächtnis und stiften Identität und Heimat. Daher müssen wir Acht geben, dass sich unsere Städte behutsam und aus ihrem jeweiligen Bestand heraus weiterentwickeln. Bestehendes muss bei Neuentwicklungen mitgedacht werden. Deshalb suchen wir im Rahmen des Wettbewerbs Beispiele für einen besonders guten und zukunftsweisenden Umgang mit dem

baukulturellen Erbe in der Stadt und auf dem Land.“

Der Wettbewerb ist eine Aktion des BMI anlässlich des Europäischen Kulturerbejahres 2018. In Deutschland ist das Kulturerbejahr unter dem Titel „Sharing Heritage“ an fünf großen Themen ausgerichtet, darunter die Europäische Stadt und ihr Erbe. Bis zum 20. Juli 2018 können Städte und Gemeinden ihre Beiträge einreichen. Partner des Wettbewerbs sind die Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Am 8. November 2018 werden im Rahmen der denkmal-Messe in Leipzig die besten Projekte ausgezeichnet. <http://www.bundeswettbewerb-europaeische-stadt.de/> □



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Kommunalabgaben
 - Erschließungsbeiträge
 - Straßenausbaubeiträge/wiederkehrende Beiträge
 - Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
 - Friedhofsgebühren
 - Feuerwehrgebühren
- Energieausschreibung: Strom und Gas
- Bauhofkennzahlenvergleich

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

EU-Bericht zum Breitbandausbau:

Kritik an Vectoring-Technologie

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat einen Sonderbericht zum Stand des Breitbandausbaus in den Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Darin kommen die EU-Rechnungsprüfer zu dem Ergebnis, dass das EU-weite Ziel, bis zum Jahr 2025 flächendeckend Geschwindigkeiten von bis zu 1 Gbit/s zu ermöglichen, in Deutschland mit den aktuell genutzten Technologien „wahrscheinlich nicht zu verwirklichen“ sei. Die Kritik zielt insbesondere auf den Einsatz der Vectoring-Technologie. Der Deutsche Landkreistag sieht sich durch diesen Bericht in seiner kritischen Haltung gegenüber Vectoring bestätigt.

Bereits zuvor hatte Präsident Landrat Reinhard Sager festgestellt: „Bis zum Jahr 2025 soll ein flächendeckender Ausbau mit Gigabit-Netzen bis ins Haus erreicht werden. Die Technik der Zukunft ist hierbei ganz klar Glasfaser. Wer auf Vectoring setzt, reitet ein totes Pferd.“ Der ERH beklagt aber auch die

mangelnde Koordinierung der verschiedenen Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene und setzt sich kritisch mit der Praxis des Rosinenpickens – also das ständige punktuelle Herausgreifen einzelner lukrativer Orte aus zusammenhängenden kreisweiten und damit flächendeckenden Ausbaugebieten –

auseinander. Deutschland könne zwar das europäische Ziel einer Versorgung mit 30 Mbit/s für 100 % der Haushalte bis zum Jahr 2020 ggf. noch erreichen, allerdings bliebe aktuell die Versorgung der ländlichen Gebiete deutlich hinter dem städtischen Raum zurück.

Verfehltes Ziel

Das weitere EU-Ziel, wonach bis 2020 mindestens 50 % der Haushalte Breitbandverbindungen von mindestens 100 Mbit/s tatsächlich nutzen würden, werde Deutschland dagegen verfehlen. Auch damit greift der Rechnungshof nahezu alle Argumente auf, mit denen seitens des

Glasfaser in die Fläche bringen anstatt Doppelausbau fördern

Verbände wollen Überarbeitung des DigiNetz-Gesetzes

BREKO, BUGLAS, der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) setzen sich für eine schnellstmögliche Überarbeitung des Ende 2016 in Kraft getretenen DigiNetz-Gesetzes (DigiNetzG) ein. Denn in seiner aktuellen Fassung behindert das Gesetz, das den Glasfaserausbau in Deutschland eigentlich beschleunigen soll, diesen vielfach – und verhindert in diversen Fällen geplante Glasfaserausbau-Projekte.

Die ursprüngliche Idee des Gesetzes: Wenn Straßen überhaupt geöffnet werden – etwa im Zuge von Sanierungsarbeiten, im Falle von Neubauten oder bei Verlegung anderer Infrastrukturen wie Strom-, Wasser- oder Gasleitungen –, sollen Synergien genutzt und Glasfaserleitungen kostengünstig mitverlegt werden können.

Missbrauchtes Gesetz

Das Problem in der Praxis: Das Gesetz wird in seiner aktuellen Form vielfach dazu missbraucht, Glasfaserleitungen kostengünstig mitzuverlegen und damit so genannten Überbau oder Doppelausbau zu erzeugen, wenn Gebiete erstmalig mit Glasfaser erschlossen (und aus diesem Grunde die Straße geöffnet wird) und hierfür öffentliche Mittel genutzt werden. Durch die Inanspruchnahme des im

DigiNetzG vorgesehenen rechtlichen Anspruchs auf Mitverlegung wird in diesen Fällen das Geschäftsmodell des ausbauenden Glasfaser-Netzbetreibers unterwandert und vielfach sogar unmöglich gemacht.

Unsicheres Geschäftsmodell

Aktuelles Beispiel hierfür ist eine Entscheidung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 20. April 2018 (BK11-17-020), die der Deutschen Telekom einen weitreichenden Mitverlegungsanspruch im Rahmen der Erschließung eines Neubaugebiets in Wiesbaden gewährt. Durch die sehr weite Auslegung des Begriffs der „öffentlichen Mittel“ durch die BNetzA werden Unternehmen mit einer direkten oder auch nur indirekten kommunalen Beteiligung, die bislang wesentliche Träger des Glasfaserausbaus

in Deutschland sind, erheblich verunsichert. Wenn das Kriterium des Baus aus öffentlichen Mitteln derart weit ausgelegt wird, müssen kommunale Unternehmen damit rechnen, dass künftig jede ihrer Investitionen in Glasfaserprojekte durch Mitverlegung von einem oder mehreren Wettbewerbern belastet wird und ihre Geschäftspläne damit unrentabel werden.

Keine Fehlanreize setzen

BREKO, BUGLAS, DLT und VKU sind sich daher einig: „Das DigiNetz-Gesetz muss dringend dahingehend weiterentwickelt werden, dass es keine Fehlanreize mehr für Überbau setzt.“ Das novellierte DigiNetz-Gesetz muss daher einen Parallelausbau durch Mitverlegung verhindern, wenn ein Gebiet erstmals mit reinen Glasfaserleitungen erschlossen wird.

Daneben muss der Begriff „öffentliche Mittel“ im DigiNetz-Gesetz eindeutig definiert werden: Ein Mitverlegungsanspruch sollte grundsätzlich nur dann bestehen, wenn die eigentlichen Bauarbeiten, im Rahmen derer eine Mitverlegung erfolgen soll, unmittelbar aus öffentlichen Haushaltsmitteln finanziert werden.

Open Access zu fairen Konditionen

Die Verbände legen in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, dass eine solche Anpassung des Gesetzes Dritte nicht ausschließen und auch Dienstewettbewerb generell nicht verhindern soll. Vielmehr geht es darum, Glasfaser – wie auch von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag angestrebt – in die Fläche zu bringen, anstelle einen Flickenteppich mit punktuell mehrfach vorhandenen Glasfaser-Infrastrukturen zu erzeugen. „Das Risiko ‚Wer gräbt, verliert‘ darf nicht länger über engagierten Kommunen und Netzbetreibern schweben, die den Glasfaserausbau in Deutschland engagiert voranbringen wollen“, unterstreichen die Verbände.

Anstelle des Anspruchs auf Mitverlegung setzen sich BREKO, BUGLAS, Deutscher Landkreistag und VKU in der beschriebenen Konstellation für einen Zugangsanspruch zur neu errichteten Glasfaser-Infrastruktur ein. Hier gilt klar: Open Access zu fairen Konditionen. Auf diese Weise wird die neu errichtete Infrastruktur besser ausgelastet und es wird ein Anreiz zum Glasfaserausbau in weiteren, bislang noch nicht erschlossenen Regionen geschaffen. □

Deutschen Landkreistags seit langem eine andere Ausrichtung der Breitbandförderung in Deutschland gefordert wird.

Echte Glasfasernetze fördern

Um das 2025-Ziel zu erreichen, ist es nach Auffassung des Deutschen Landkreistages zwingend erforderlich, die Bundesförderung ab sofort so auszurichten, dass nur noch echte Glasfasernetze bis ans Haus gefördert werden. Wichtig sei es, auch da, wo zunächst noch mit Vectoring geplant worden ist, den Technologiewechsel hin zur Glasfaser zu ermöglichen.

Insoweit gelte es, aus den in der letzten Legislaturperiode gemachten Erfahrungen zu lernen und das Förderprogramm entsprechend fortzuentwickeln, ohne dass dabei die in den letzten Jahren – nicht zuletzt vor Ort in den Landkreisen und Gemeinden – gewachsenen Strukturen und die bereits erzielten Ausbauserfolge gefährdet werden. Das kommunale Engagement zusammen mit den privaten Unternehmen habe in ländlichen Räumen oftmals überhaupt erst den Breitband-, vor allem den Glasfaserausbau vorgebracht. Das müsse erhalten werden. □

DSGVO im Blickfeld

Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder in Düsseldorf

Fragen zur Anwendung und Auslegung der Datenschutz-Grundverordnung standen im Mittelpunkt der Frühjahrssitzung der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (DSK). Neben dem Facebook-Datenskandal und dem Datenschutz in Fahrzeugen positionierte sich die Konferenz außerdem zu Zuverlässigkeitsüberprüfungen bei Veranstaltungen und zu firmeninternen Whistleblowing-Hotlines.

Im März 2018 wurde bekannt, dass - nach Angaben des Unternehmens - eine mit Facebook verbundene App über mehrere Jahre millionenfach Daten erhoben und an das Analyseunternehmen Cambridge Analytica weitergegeben hat. Dort wurden sie offenbar auch zur Profilbildung für politische Zwecke verwendet. Das Vorkommnis zeigt die Risiken für Profilbildung bei der Nutzung Sozialer Medien und anschließendes Mikrotargeting, das offenbar zur Manipulation von demokratischen Willensbildungsprozessen eingesetzt wurde. Der national zuständige Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat ein Bußgeldverfahren gegen Facebook eingeleitet.

Die Datenschutzkonferenz fordert ergänzend mit Blick auf das neue Datenschutzrecht: „In Zukunft muss Facebook sicherstellen, dass die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) rechtskonform umgesetzt werden: Die Vorstellung von Facebook zur Einführung der automatisierten Gesichtserkennung in Europa lässt erhebliche Zweifel aufkommen, ob das Zustimmungsverfahren mit den gesetzlichen Vorgaben insbesondere zur Einwilligung vereinbar ist. Wenn Facebook die Nutzenden dazu drängt und es ihnen wesentlich leichter macht, der biometrischen Datenverarbeitung zuzustimmen, als sich ihr zu entziehen, führt dies zu einer unzulässigen Beeinflussung des Nutzers.“

„Die Reaktionen auf datenschutzwidriges Verhalten sind dabei nicht allein auf den Vollzug des Datenschutzrechts beschränkt, sondern betreffen auch das Wettbewerbs- und Kartellrecht“, heißt es weiter. Die Forderung nach einer Entflechtung des Facebook-Konzerns werde in dem Maße zunehmen, wie sich dieser durch die systematische Umgehung des Datenschutzes wettbewerbswidrige Vorteile auf dem Markt digitaler Dienstleistungen zu verschaffen versucht. Es bedürfe europäischer Initiativen, um monopolartige Strukturen im Bereich der sozialen Netzwerke zu begrenzen und Transpa-

Breitbandnetze:

Deutsche Glasfaser kippt Tempo 100 im ländlichen Raum

Basistarif startet bei 200 Megabit/Sekunde

Bürger in über 200 ländlichen Gemeinden Deutschlands surfen jetzt mit mindestens 200 Sachen durchs Wohngebiet: Deutsche Glasfaser beschleunigt die Downloadgeschwindigkeit ihrer Glasfasertarife – 200 statt 100, 400 statt 200 und 600 statt 500 Mbit/s – ohne zusätzliche Kosten. So überholen ländliche Gemeinden wie Hasenmoor, Allerheiligen oder Eching in Sachen Internetgeschwindigkeit jetzt die Millionenstädte. Möglich macht das die zukunftssichere FTTH-Glasfaserinfrastruktur („Fiber To The Home“ – Glasfaser bis ins Haus) von Deutsche Glasfaser.

Freie Fahrt für freie Bürger? Das gilt in Deutschland fürs Autofahren – aber nicht für die Datenautobahn: In vielen Netzen ist im Download schon bei 50 oder 100 Mbit/s Schluss. Im ländlichen Raum herrscht oft bestenfalls Schrittgeschwindigkeit. Das belastet den Bürger und schadet dem Mittelstand, der auf dem Land zu Hause ist. Immer mehr ländliche Gemeinden setzen deshalb auf den Breitbandausbau mit reiner Glasfaser bis in die Wohnungen, Unternehmen und Schulen – und stellen so das Stadt-Land-Gefälle auf den Kopf.

Deutsche Glasfaser beschleunigt jetzt die Downloadgeschwindigkeit in seinen Netzen auf min-

destens 200 Mbit/s im kleinsten Glasfasertarif. Deutsche Glasfaser Kunden können nun problemlos ihr Downloadtempo erhöhen. Das bisher 200 Mbit/s schnelle Paket aus Internet- und Telefon-Flatrate treibt Deutsche Glasfaser jetzt auf 400 Mbit/s, aus 500 wird 600 Mbit/s im Download. Mit dem derzeit 1 Gigabit/s schnellen Spitzenprodukt ist die Leistungsfähigkeit im Terabit-fähigen Glasfasernetz nicht einmal annähernd ausgereizt. Geschäftskunden können bereits heute bis zu 10 Gigabit/s schnelle Pakete buchen.

Uwe Nickl, Geschäftsführer von Deutsche Glasfaser kommentiert: „Die Menschen im ländlichen Deutschland wollen jetzt in die digitale Zukunft und nicht irgendwann. Wir wollen dabei helfen und schenken ihnen ein Stück Bandbreitenfreiheit. Nach wie vor werden ländliche Kommunen mit kupferbasierten Übergangstechnologien verdrängt, die nicht annähernd zeitgemäße Bandbreiten erzielen. Die Bürger im ländlichen Raum, aber auch Kommunen, Wirtschaftsförderer und Unternehmen wollen diese technische Bevormundung nicht länger hinnehmen. Durch diese Beschleunigung bekommen Deutsche Glasfaser Kunden eine Kostprobe von der unbegrenzten Schnelligkeit der FTTH-Glasfaserinfrastruktur. Mit den neuen Downloadgeschwindigkeiten wollen wir ein Zeichen des Aufbruchs im ländlichen Raum setzen – in Richtung Heimat 4.0.“

Partner der Kommunen

Deutsche Glasfaser ist eines der jüngsten Telekommunikationsunternehmen Deutschlands. Vor fünf Jahren gegründet, setzt Deutsche Glasfaser auf die Partnerschaft mit Bürgern, Kommunen, Wirtschaftsförderern und Unternehmen, um reine Glasfasernetze im bislang vernachlässigten ländlichen Raum privatwirtschaftlich schnell zu verwirklichen. Mit Erfolg: Zum Jahreswechsel hat sich Deutsche Glasfaser mit über 200.000 Vertragskunden als Marktführer bei FTTH-Glasfaserausschlüssen etabliert. Inzwischen wurden bereits in über 200 ländlichen Städten und Gemeinden in ganz Deutschland reine Glasfasernetze verwirklicht – und es werden wöchentlich mehr. Der aktuelle Geschäftsplan sieht eine Gesamtinvestition von 1,5 Milliarden Euro für die Ausbauplanung von 1 Million Haushalten und Unternehmen vor. □

hörden auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Die Gesetzgeber und die Verantwortlichen seien dabei aufgerufen, dass die Überprüfung auf das absolut erforderliche Maß beschränkt bleibt. Dies betreffe neben dem Umfang der Überprüfung auch den betroffenen Personenkreis.

Mit firmeninternen Whistleblowing-Hotlines können Beschäftigte ein nicht regelkonformes Verhalten in Unternehmen melden. Eine Orientierungshilfe zeigt den datenschutzrechtlichen Rahmen und Regelungsmöglichkeiten auf. Arbeitgebern und Interessenvertretungen wird damit geholfen, im Unternehmen klare Regelungen zum Umgang mit Whistleblowing-Hotlines zu erreichen. **DK**

Kabelnetzbetreiber gewinnen 500.000 Breitbandkunden hinzu

ANGA veröffentlicht aktuelle Branchenzahlen für den Breitband- und Kabelfernsehmarkt

Die deutschen Kabelnetzbetreiber gewannen im vergangenen Jahr rund 500.000 Internetkunden hinzu und versorgen aktuell 7,7 Mio. Haushalte (plus sieben Prozent) in Deutschland mit Hochgeschwindigkeitsinternet. Das ist ein Anstieg um 54 Prozent in fünf Jahren. Dies geht aus Branchenzahlen hervor, die der Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber (ANGA) veröffentlicht hat. Kabelkunden buchen demnach besonders hohe Bandbreiten: Aktuell fragen über 40 Prozent der Kabelinternetkunden Anschlüsse mit Bandbreiten zwischen 100 und 400 Mbit/s nach.

Hierzu ANGA-Präsident Thomas Braun: „Mit Angeboten von mehreren hundert Mbit/s und einer Verfügbarkeit in 74 Prozent der Haushalte bleiben die Kabelnetzbetreiber im Breitbandinternetmarkt auch 2018 auf der Überholspur. Der kommende Übertragungsstandard DOCSIS 3.1 wird die Leistungsfähigkeit der Kabelnetze in Richtung Gigabit noch einmal deutlich erhöhen.“

Steigende Zahlen vermelden die Kabelnetzbetreiber auch bei der Nachfrage nach Telefonie. Gegenüber dem Vorjahr entschieden sich dafür weitere 400.000 Haushalte; insgesamt ein Zuwachs von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Kabelfernsehhaushalte ist mit 17,6 Millionen weitestgehend stabil geblieben.

„Die Kabelnetzbetreiber können mit dem Jahr 2017 sehr zufrieden sein. Wir haben im Breitbandmarkt noch einmal deutlich zugelegt, insgesamt ein gutes Ergebnis“, so Braun resümierend.

Die Branchenzahlen wurden in einem Faktenblatt veröffentlicht, das auf der Website www.anga.de zum Download bereitsteht.

Die ANGA vertritt die Interessen von mehr als 200 Unternehmen der deutschen Breitbandbranche. Die Netzbetreiber der ANGA versorgen knapp 18 Mio. TV-Kunden. Sie treiben den Infrastrukturwettbewerb um Breitbandzugänge und Triple-Play-Bündel aus TV, Internet und Telefonie entschlossen voran. □

Blockchain-Technologie:

Die Organisationsform der Zukunft?

Sie wird als die Technologie der Zukunft gehandelt; als Technologie, die unseren Alltag ähnlich revolutionieren wird wie das Internet. Häufig begegnet einem der Begriff „Blockchain“ in Verbindung mit der Kryptowährung Bitcoin, doch es gibt zahlreiche weitere, auch für den kommunalen Bereich interessante Anwendungsmöglichkeiten.

Blockchain, wörtlich übersetzt „Blockkette“, meint – vereinfacht dargestellt – ein digitales Register, bei dem Transaktionen zwischen mehreren Parteien ohne die Mitwirkung eines zentralen Verwalters elektronisch erfasst und verifiziert werden können. Jede neue Transaktion (=Block) wird mit Hilfe kryptographischer Verfahren mit den vorhergehenden verknüpft und bestätigt diese dadurch. Durch diese Verknüpfung wird es unmöglich, eine vorangegangene Transaktion zu manipulieren, denn dadurch würden auch die folgenden Datensätze der Kette verändert werden.

Die Verifizierung der einzelnen Blöcke erfolgt über sogenannte Miner, die die Datensätze kontrollieren und die verifizierten Informationen dann allen Teilnehmern des Netzwerks zugänglich machen. So entsteht eine maximale Transparenz und Fälschungssicherheit ohne die Notwendigkeit einer zentralen Kontrollstelle. Denn das Register oder die Datenbank liegt nicht auf einem zentralen Server, sondern ist auf alle teilnehmenden Parteien verteilt. Informationen können völlig neutral – weil pseudonymisiert – und dezentral verwaltet werden, jeder Teilnehmer hat die gleichen Zugriffsrechte.

Revolutionäre Technologie

Am Beispiel der Kryptowährung Bitcoin zeigt sich das Revolutionäre dieser Technologie, nämlich die Möglichkeit einer Finanztransaktion vom Käufer zum Verkäufer ohne einen dazwischengeschalteten Mittler, in diesem Fall ein Geldinstitut. Ob sich Bitcoin und andere Kryptowährungen als von den Zentralbanken völlig unabhängiges, durch ein Computernetz geschöpftes und verwaltetes Zahlungsmittel durchsetzen werden, bleibt abzuwarten. Die Kurse sind extremen Schwankungen unterle-

Handwerk 4.0:

Gigabit bis 2025 reicht nicht

Die Digitalisierung ist längst auf der Topagenda der bayerischen Landkreise angekommen. Flächendeckende Breitbandnetze auf Glasfaserbasis bis 2025 und die durchgängige digitale Verwaltung, also Online-Behördenleistungen, ohne dafür persönlich ins Amt zu müssen, sind langjährige Grundsatzforderungen des Bayerischen Landkreistags. Dem Präsidenten, Landrat Christian Bernreiter, geht das freilich nicht weit genug.

„Wir werden die Glaubwürdigkeit des Freistaates und des Bundes zwar auch daran messen, ob unsere Forderungen endlich und tatsächlich umgesetzt werden. Aber wir müssen auch in einem anderen Bereich anpacken. Mit Geld allein ist es nicht getan. Branchen- und ressortübergreifend müssen wir eine gemeinsame Strategie entwickeln, die jeder Betrieb „4.0“ nutzen kann“, so Bernreiter.

Um bei der Digitalisierung aufzuholen, bräuchte man ein starkes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Netzwerk. Die Politik müsse Multiplikator, Förderer und Berater sein. Der Mittelstand sei das Herzstück der bayerischen Wirtschaft. „Wir müssen unsere Unternehmen vor Ort sensibilisieren und beraten. Förderprogramme wie beispielsweise der „Digitalbonus Bayern“ sind nicht jedem bekannt. Wir sind gefordert, Ängste vor der raschen Veränderung ernst zu nehmen. Wir müssen die Menschen mitnehmen!“, so der Präsident.

Erste Ansätze hierzu finden sich

in „Kompetenzzentrum Digitales Handwerk (KDH)“ in Bayreuth, das Bernreiter jetzt mit Landrat Hermann Hübner besichtigt hat. Thomas Koller, Hauptgeschäftsführer der HWK für Oberfranken, machte die Brisanz des Themas deutlich: „Drei von zehn Betrieben sehen Probleme bei der Bewältigung der Digitalisierung. Jeder vierte Betrieb begreift den Wandel sogar als Gefahr. Mit dem KDH können wir den Betrieben zeigen, welche Möglichkeiten sie haben, um das Beste aus der Digitalisierung zu machen.“

Anwendungsmöglichkeiten

Doch die Blockchain-Technologie, die den Kryptowährungen zugrunde liegt, kann nicht nur für Finanztransaktionen genutzt werden, in den Blöcken können alle nur denkbaren Informationen hinterlegt werden. Beispielsweise können digitale Verträge oder Versicherungen zwischen den Blockchain-Parteien abgeschlossen werden. Bei solchen smart-contracts wäre es zum Beispiel denkbar, dass bei einer KFZ-Versicherung durch eine Analyse des Fahrverhaltens automatisch die Beiträge angepasst werden.

Wie eingangs beschrieben, handelt es sich bei einer Blockchain um ein digitales Register – als solches könnte sie laut Dieter Rehfeld, Geschäftsführer bei regio IT, einem IT-Dienstleister für Kommunen und kommunale Unternehmen, auch in der kommunalen Verwaltung eine breite Verwendung finden: Man denke nur an Standesamtsregister, Einwohnermeldeverfahren, KFZ-Verzeichnisse, Führerscheineverfahren oder Gewerbebeantragungen. Ein geburtsurkunde, könnte so mit den entsprechenden Zugriffsrechten ganz einfach der jeweiligen Institution zugänglich gemacht werden, was eine enorme Aufwands- und Kostenreduktion mit sich bringen würde.

Vorreiter einer digitalisierten Verwaltung in Europa ist Estland, dort kann man mithilfe eines Chips auf dem Personalausweis, auf dem eine digitale Identität gespeichert ist, nicht nur online Behördengänge erledigen, sondern

Handwerk 4.0:

auch bequem von zu Hause aus wählen. Ein Blockchain basiertes Wahlsystem ist extrem sicher, da keine Manipulation und Auszählerfehler möglich sind, es ist absolut anonym und für den Wähler natürlich sehr komfortabel.

Auch in Deutschland würde sich die große Mehrheit der Menschen einen Ausbau der digitalen Verwaltung wünschen, wie eine repräsentative Umfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC zeigt: So sind 91 Prozent der Befragten offen für die Idee, zum Beispiel den Antrag auf Kindergeld oder die Ausstellung eines Reisepasses in Zukunft komplett online zu erledigen.

Um solche digitalen Standards in Deutschland zu etablieren, hat der Blockchain Bundesverband e.V. im Oktober 2017 ein Positionspapier formuliert, in dem die Chancen der Blockchain Technologie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens erörtert und Empfehlungen gegeben sowie konkrete Maßnahmen für die Umsetzung vorgeschlagen werden. Unter dem Stichwort „Digitale Identitäten“ wird in diesem Positionspapier z.B. eine „schrittweise Verlegung von Behördenprozessen auf eine Blockchain-basierte Infrastruktur“ vorgeschlagen.

Hilfestellung

Auch in den Bereichen Energie und im Gesundheitswesen sieht der Bundesverband zahlreiche denkbare Anwendungsmöglichkeiten für die Blockchain: So erfordert die stark fluktuierende private Energieerzeugung, z.B. durch Solardachanlagen auf Ein- und Mehrfamiliengebäuden eine koordinierte Einbindung dieser dezentral erzeugten Strommengen in das Stromnetz. Das Netz muss deshalb modernisiert und digitalisiert werden. Die Blockchain-Technologie kann dabei helfen, die dazugehörigen Informationsflüsse sicher und kosteneffizient abzubilden und so dazu beitragen, Versorgungssicherheit und Netzstabilität in Zeiten der Energiewende zu gewährleisten.

Das deutsche Gesundheitssys-

tem liegt in punkto Digitalisierung und Vernetzung weit hinter den technischen Möglichkeiten zurück. Die Effektivität der Gesundheitsversorgung ist dadurch eingeschränkt. Der Bundesverband empfiehlt daher, mittels Blockchain eine universelle, digitale Infrastruktur bereitzustellen und so eine Vernetzung des Gesundheitssystems zu ermöglichen.

Problematisch ist allerdings nicht nur, dass das Projekt vorerst nur bis Ende 2018 läuft. Darüber hinaus decken 2,5 Kräfte den gesamten Süden Deutschlands ab. Für Bernreiter ist deswegen der Weg klar: „Wir brauchen in allen Regionen Bayerns solche Kompetenzzentren, wenn wir die Digitalisierung bewältigen wollen und Bayern Spitze bleiben soll. Mit den BayernLabs entstehen derzeit 13 Zentren im ländlichen Raum für die digitale Wissensvermittlung. Daneben müssen aber der Mittelstand und das Handwerk stärker in den Fokus genommen werden.“

tem liegt in punkto Digitalisierung und Vernetzung weit hinter den technischen Möglichkeiten zurück. Die Effektivität der Gesundheitsversorgung ist dadurch eingeschränkt. Der Bundesverband empfiehlt daher, mittels Blockchain eine universelle, digitale Infrastruktur bereitzustellen und so eine Vernetzung des Gesundheitssystems zu ermöglichen.

Patientendaten sowie auch Daten anderer Interessengruppen bleiben dabei kryptografisch gesichert unter der Kontrolle von Patienten und genau definierten Nutzergruppen (behandelnde Ärzte, beteiligte Abrechnungsstellen, Zuweiser).

Roadshow Blockchain München

In Bayern befasst sich mit dieser Thematik das Zentrum Digitalisierung Bayern, das im vergangenen März zur „Roadshow Blockchain München“ ins Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie eingeladen hatte. Maximilian Irlbeck legte in seiner Begrüßung dar, dass das Thema Blockchain nicht als rein technologisches Thema betrachtet werden dürfe, sondern die Frage nach einer „Richtungsentscheidung“ aufwerfe: „Welche Art von Management und System wollen wir in Zukunft und was ist da die beste Organisationsform?“

Im Verlauf der Veranstaltung wurde erörtert, was unter einer Blockchain eigentlich zu verstehen ist, welche rechtlichen und regulatorischen Fragestellungen sich dabei stellen und welche Geschäftsmuster und Anwendungsfälle durch Blockchains ermöglicht werden. Auch wurde gezeigt, dass Deutschland in diesem Bereich derzeit hervorragend aufgestellt ist (vor allem aus der Energiewirtschaft wurden einige erfolgreiche Anwendungsbeispiele vorgestellt), diese Stellung jedoch weiter forcieren sollte.

Kritikpunkte

Doch auch kritische Stimmen wurden in der Diskussion laut: So wurde zum Beispiel der extrem hohe Stromverbrauch, der durch das Mining entsteht, angesprochen, auch müssten für viele Anwendungsfälle die Transaktionsraten noch drastisch erhöht werden. Auch die Funktion der Miner wurde durchaus kritisch beleuchtet, denn im Grunde genommen sind sie in diesem System, das ja angeblich ohne Mittler auskommt, die neuen Mittler, die für ihre Mining-Leistung natürlich auch entsprechend honoriert werden.

Die bestehenden Probleme zu erkennen und zu lösen wird also auch Teil der Aufgabe sein, die Blockchain-Technologie als mögliche neue Organisationsform für viele Bereiche des öffentlichen Lebens weiter voranzutreiben.

Monika Steer



Von links: Gabi Emmerling, Regionalbeauftragte Breitbandausbau Schwaben bei M-net, Josef Wagner, Leiter Kommunalmanagement bei LEW, Georg Schwarz, Erster Bürgermeister der Stadt Thannhausen, LEW TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger und LEW-Kommunalbetreuer Josef Nersinger bei der Inbetriebnahme des Breitbandprojekts.

Bild: LEW/Christina Bleier

Thannhausen schaltet Breitbandturbo ein

Neues Glasfasernetz versorgt 2.000 Haushalte und Unternehmen mit schnellem Internet

Rund 2.000 Privathaushalte und Gewerbetreibende im Stadtgebiet von Thannhausen können nun leistungsfähige Internetverbindungen nutzen. Bürgermeister Georg Schwarz nahm im Rathaus gemeinsam mit LEW TelNet Geschäftsführer Johannes Stepperger und Gabi Emmerling, Regionalbeauftragte Schwaben bei M-net, das neue Breitbandnetz offiziell in Betrieb. Das Ausbauprojekt wurde von LEW TelNet und M-net mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms und der Stadt Thannhausen finanziert.

Als Basis für die neue Breitbandinfrastruktur verlegte LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, rund sechs Kilometer neue Glasfaserkabel. Sie verbinden 16 Kabelverzweiger des bestehenden Telefonnetzes im Stadtgebiet von Thannhausen und im Ortsteil Nettershausen mit dem Hochgeschwindigkeits-Datennetz, das LEW TelNet in Bayerisch Schwaben, Allgäu und Teilen Oberbayerns betreibt. Für das letzte Stück zwischen Kabelverteiler und den einzelnen Haushalten wird das bestehende Kupferkabel eingesetzt.

Der Telefon- und Internetanbieter M-net nutzt diese neue Infrastruktur und bringt die Anwohner im Erschließungsgebiet ab sofort mit Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s und mehr ins Internet. Am nordwestlichen Stadtrand und im Ortsteil Burg reicht das neue Glasfasernetz sogar bis in die Gebäude. Hier können die rund 130 ansässigen Haushalte und Unternehmen nun also Glasfaserdirektanschlüsse mit nochmals erheblich höheren Bandbreiten nutzen.

„Nun verfügen endlich nahezu alle unsere Haushalte und Unternehmen der Stadt über schnelles Internet. Das neue Breitbandnetz bietet unseren Bürgerinnen und Bürgern in den Erschließungsgebieten eine hohe Lebensqualität. Und es stärkt die Wirtschaftskraft unserer Stadt“, hob Georg Schwarz, Erster Bürgermeister

der Stadt Thannhausen, hervor. „Mit dem Aufbau des Glasfasernetzes ist Thannhausen zukunftssicher vernetzt: Die Haushalte und Unternehmen profitieren nun vom schnellen Internet. Gleichzeitig hat Thannhausen damit bereits die Grundlage für eine Verlängerung der Glasfaserkabel bis in jedes einzelne Gebäude gelegt. Ein solches Gigabitnetz wird den Bandbreitenbedarf auch in Zukunft decken. Im Ortsteil Burg und im Gewerbegebiet 'Am Herrgottsberg' wurde dieses Zukunftsnetz sogar jetzt schon realisiert“, betont LEW-TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger.

Haushalte und Unternehmen profitieren

„Schnelle Internetverbindungen sind für die Gemeinden in der Region unverzichtbar“, erklärte Gabi Emmerling, Regionalbeauftragte Breitbandausbau Schwaben bei M-net. „Mit den Highspeed-Internetzugängen von M-net nutzen die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise ganz bequem die Möglichkeiten der Digitalisierung vom Internetfernsehen bis zum Home-Office. Natürlich profitieren auch das örtliche Gewerbe von den leistungsfähigen Internetanschlüssen. Selbst umfangreiche Datenmengen übertragen sie damit schnell und sicher zu Geschäftspartnern und Kunden in alle Welt.“

GZ-Interview mit neuer AKDB-Führungsspitze:

Gut aufgestellt in die digitale Zukunft

Seit 1. Februar 2018 bilden Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner die neue Führungsspitze der AKDB. Über Herausforderungen, Pläne und Strategien im Zuge der Digitalisierung informierten sie im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

Tatsache ist: Die Digitalisierung ist ein Prozess, der dasselbe Potenzial hat wie die Industrialisierung. Nach Auffassung des AKDB-Vorstandsvorsitzenden Rudolf Schleyer geht damit eine tiefgreifende Veränderung der Arbeitsabläufe und damit auch Veränderungen bei den Mitarbeitern einher. Entsprechend kämen auch auf die AKDB neue Aufgaben zu.

Um das Thema in all seinen

wachsende Komplexität der Themen. „Wenn dann noch Neuentwicklungen von Fachverfahren auf den Markt zu bringen sind, wird es für kleinere Dienstleister natürlich schwierig“, betonte der Vorsitzende.

Umfassende Beratung und Unterstützung

Ob es um Cloud-Computing oder Virtualisierung, um Schnitt-

Drittel beziehen sich auf die Bedienung der Software, während es bei einem Drittel der Anfragen um fachliche Themenstellungen geht. Hier, so Schleyer, offenbare sich deutlich die Personalnot in den Kommunen. Zunehmend seien kommunale Bedienstete gezwungen, auch fachfremde Dinge zu erledigen.

Auch und gerade vor dem Hintergrund, dass Kämmerer in Kommunen mittlerweile Mangelware sind, wurde 2018 das Servicecenter Finanzwesen ins Leben gerufen. Bei Bedarf übernimmt es sämtliche Aufgaben im Finanzwesen.

Die Leistungen des Servicecenters Finanzwesen sind nun sowohl für Rechenzentrumskunden als auch für autonome OK-FIS-Anwender verfügbar. Es ist also unerheblich, in welcher Betriebsform das AKDB-Finanzverfahren eingesetzt wird. Experten des Servicecenters können komplette Tätigkeitsbereiche der Finanzverwaltung direkt übernehmen. Je nach Bedarf werden auch individuell passende Leistungspakete angeboten: Buchhaltung, Kasse, Gewerbesteuer, Verbrauchsgebührenabrechnung oder Abgabearbeiten wie Grundsteuer und Hundesteuer.

Servicecenter Finanzwesen

Nach Auswahl der auszulagernden Bereiche erfolgen in einem ersten Organisationsgespräch eine gemeinsame Ist-Analyse und eine detaillierte Absprache der künftigen Prozesse bei Übernahme durch das Servicecenter Finanzwesen. Outsourcing-Kunden profitieren ganz besonders von standardisierten Vorgehens – dank der Anbindung an das BSI-zertifizierte AKDB-Rechenzentrum. Bei autonomen Anwendern wird der Ablauf individuell auf die jeweiligen Gegebenheiten ausgerichtet.

Ganz besonders gilt das Augenmerk der AKDB und ihrer Kunden aktuell der Veränderung in der Umsatzsteuerpflicht, die ab 2021 auf breiter Front greifen wird, sowie dem Thema elektronische Rechnungen. Ab 27.11.2019 sind auch Kommunen zur Umsetzung des E-Rechnungsgesetzes verpflichtet. Danach müssen sie in der Lage sein, Rechnungen elektronisch zu empfangen, weiterzuverarbeiten und reversionssicher abzulegen. Die AKDB unterstützt Verwaltungen in der Projektumsetzung und bietet mit der Finanzsoftware OK.FIS die passenden Lösungen an.

Erster Schritt zu vollständig digitalem Workflow

Der IT-Dienstleister unterstützt effektiv mit seinem elektronischen Rechnungseingangsbuch eREB. Damit ist der erste Schritt zu einem vollständig digitalen Workflow bereits gemacht. Die elektronische Weiterverarbeitung hilft kommunalen Kassen, Durchlaufzeiten zu reduzieren und Fehler bei der Datenverarbeitung zu vermeiden. Der Anordnungssignaturworkflow begleitet durch die sachliche und rechnerische Feststellung bis hin zur Erteilung der Anordnung. Dank elektronischer Archivierung können Geschäftsvorfälle vollständig und korrekt zugeordnet werden.

Darüber hinaus bietet die AKDB über die neu gegründete Gesellschaft für Kommunales Datenschutz (GKDS) ihre Unterstützung bei der Umsetzung der seit Ende Mai anzuwendenden EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) an. Beide Vorstandsmitglieder verwiesen darauf, dass der Informations- und

Beratungsbedarf nach wie vor sehr groß sei. Dies gelte für alle kommunalen Ebenen.

Genau zu diesem Zweck gründete die AKDB die GKDS. Sie bietet Kommunen ein breites Dienstleistungs-Portfolio an: Dazu gehören Schulungen, Fachvorträge und Webinare, die exakt auf den kommunalen Alltag zugeschnitten sind. Die GKDS berät außerdem kommunale Datenschutzbeauftragte zur korrekten Einführung von Datenschutzmanagement-Prozessen und stellt Verwaltungen bei Bedarf auch externe Datenschutzbeauftragte zur Verfügung.

Datenschutz als Pflichtprogramm

Der Datenschutz ist nicht nur ein einmaliges Projekt, sondern ein Thema, das einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterliegt. Grundsätzlich gilt für die öffentliche Verwaltung der Grundsatz: Auskünfte über personenbezogene Daten, deren Erhebung, Speicherung und Verarbeitung sind nur möglich, wenn gesetzliche Grundlagen dies erlauben. Die öffentliche Verwaltung ist streng an Recht und Gesetz gebunden. Mitarbeiter, die auf Einwohnerdaten zugreifen können, werden nach Schleyers Worten regelmäßig geschult. Stichproben in den Logdateien zeigten mögliche Auffälligkeiten. Zudem seien die Verantwortlichen in den Verwaltungen verpflichtet, einen Blick auf ihre Mitarbeiter zu werfen – Stichwort Vertrauenswürdigkeit.

„Grundsätzlich haben wir im öffentlichen Sektor einen hohen Sicherheitsstandard“, hob Schleyer hervor. Die Benennung eines Datenschutzbeauftragten und die Erstellung eines Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten gehörten zum Pflichtprogramm. Gleichwohl gebe es „Schwachpunkte, die dort auftreten, wo IT-Sicherheitskonzepte nicht vorliegen oder nicht gelebt und Risiken letztlich nicht erkannt werden“ – wie bei der E-Mail-Bearbeitung, der Firewall-Einstellung oder dem Personal.

Next Generation Outsourcing

Insgesamt vorteilhaft sei freilich das Auslagern der IT-Verantwortung auf professionelle Anbieter. Beim Fullservice-Angebot Next Generation Outsourcing können die Kunden verschiedene Stufen bis hin zu einem Rundum-sorglos-Paket wählen. Das heißt, sie legen den Betrieb aller Verfahren sowie die gesamte Verantwortung für den IT-Betrieb in die Hände der AKDB, einschließlich der Backuperstellung und entsprechender Notfall- und Betriebs-Handbücher. Zudem stellt das BSI-zertifizierte Rechenzentrum der AKDB einen Garant für höchste Sicherheit dar.

Apropos Rechenzentrum: Der schnelle und sichere Zugriff von unterwegs auf große Dateien wird im Berufsalltag immer wichtiger. Mit KommSafe, dem flexiblen Datenspeicher im AKDB-Rechenzentrum, können Kommunen und Bürger zu jedem Zeitpunkt und von jedem Ort Dateien sicher online speichern, empfangen, mit anderen teilen oder teamübergreifend bearbeiten.

Sowohl sensible Daten als auch große Dateien können bequem im sicheren Cloud-Speicher der AKDB abgelegt werden. Für die Sicherheit garantieren die Standards des AKDB-Rechenzentrums sowie ein mehrstufiges Sicherheitskonzept bei Benutzer- und Rechteverwaltung sowie Datenübertragung. Die Dateien werden nicht erst auf dem Server, sondern schon vor der Übertragung verschlüsselt. Dank modernster Technologie kann KommSafe wie ein ganz normales Laufwerk und von unterwegs bequem und übersichtlich per App für iOS oder Android genutzt werden. **DK**

Fibre future by Langmatz:

Redesign des Gf-NVt EK 245 auf Basis von Kundenwünschen

Seit mehreren Jahren ist die in Garmisch-Partenkirchen ansässige Langmatz GmbH mit umfassenden Systemlösungen für den FTTB/H-Glasfaserausbau unter dem Label „fibre future“ erfolgreich bei ihren Kunden platziert. Zum Produktportfolio gehören alle relevanten Komponenten vom Central Office bis ins Gebäude. Dazu zählt der vielseitige Glasfaser-Netzverteiler (Gf-NVt) EK 245, mit dem Langmatz seit seiner Einführung im Jahre 2012 für Furore sorgt.

Beim aktuellen Nachfolger, dem Gf-NVt 2.0, wurden eine Reihe Optimierungen vorgenommen, die die Installation und vor allem den Betrieb des Netzverteilers nochmals vereinfachen und flexibler machen. Vom neuen Modell versprechen sich die Garmisch-Partenkirchener die bisherige Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, schließlich flossen diverse Kundenwünsche in das Redesign ein.

Easy Handling: Der Gf-NVt 2.0

Glasfaser-Netzverteiler von Langmatz sind als oberirdische Outdoor-Gehäuse für die langlebige und kostengünstige Glasfaserverteilung konzipiert. Der neue Gf-NVt 2.0 weist eine ganze Reihe Neuerungen auf, die die verschiedenen Montageschritte wesentlich erleichtern und unterstützen.

An der Innenseite der Gehäusetür ist die Montageplatte für das E&MMS angebracht. Ein Schwenken des Kassettenbereichs (E&MMS) während der Beschaltung und Herstellung der Glasfaserverbindungen ist damit für den Monteur nicht mehr erforderlich – er hat vollen Zugriff auf den gesamten Arbeitsbereich. Zusätzlich erleichtert der von 90 auf 130 Grad erweiterte Tür-Öffnungswinkel das Handling der Glasfasern. Die Kabelführung zwischen Tür und Gehäuseinnerem erfolgt über ein Flexrohr, welches die Glasfaserkabel sicher von dem E&MMS Kassettenbereich an der Türinnenseite in den Gehäusebereich überführt.

Bestand bisher das Problem, dass bei der Fixierung der Röhren an der Bodenplatte die üblichen Klemmringe aufwändig zu

montieren waren, bietet der Gf-NVt 2.0 eine bahnbrechende Lösung: Durch den Einsatz von Fixierlaschen für die Mikrorohre schafft Langmatz eine optimale Einzelzugentlastung und gewährleistet die sichere Befestigung der Röhren beim Durchgang durch die Bodenplatte. Außerdem ist mittels der Langmatz-Fixierlasche neuerdings eine leichtere Nachjustierung bei der Montage der Röhren möglich. Neu ist auch die herausnehmbare Bodenplatte mit Kunststoffrahmen. Diese unterstützt die unterschiedlichen Montageschritte beim Belegen des Gf-NVt mit Mikroröhren. Die neue Variante des Gf-NVt ist außerdem acht Kilogramm leichter als ihr Vorgängermodell.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass bei allen Änderungen die Belegungsmatrix des Mikrorohrmanagements für 5 Millimeter, 7 Millimeter, 10 Millimeter und 12 Millimeter Mikrorohre gleich geblieben ist und die Dokumentation der Belegung damit unverändert übernommen werden kann.

FTTx-Produkte von Langmatz: Alles komplett aus einer Hand

Die Langmatz GmbH hat ein durchgängiges Konzept mit aufeinander abgestimmten Produkten entwickelt. Dazu gehören Schutz- und Überwachungssysteme, Glasfaser-Hauptverteiler (Gf-HVT), Kabelschächte aus Kunststoff, Glasfaser-Verteilssysteme (ober- und unterirdisch), Hauseinführungen sowie Glasfaser-Abschlusspunkte (Gf-AP). Bei sämtlichen FTTx-Produkten von Langmatz handelt es sich um praxisbewährte Komponenten, die eine Systemlösung für zusammenhängende FTTx-Infrastrukturen schaffen. **□**

Die SWM vernetzen München:

LoRa-Netz am Start für das Internet der Dinge

München wird bald noch ein Stück smarter sein: Dank des stadtweiten LoRa-Netzes, das die SWM bis Ende des Jahres aufbauen. Die Abkürzung steht für Long Range, große Reichweite. LoRa ist auch ein kostengünstiges und energiesparendes Funknetz. Es wurde speziell für Anwendungen im Bereich des Internets der Dinge (Internet of Things, kurz IoT) konzipiert. Mit dem LoRa-Netz öffnen die SWM der ganzen Stadt weitere Türen für Digitalisierung und Smart City.

Die SWM mit ihren umfangreichen Versorgungs-, Telekommunikations- und Verkehrsnetzen haben selbst viele Anwendungsmöglichkeiten: So können etwa Sensoren in Bremsbandkisten bei der Tram regelmäßig den Füllstand an die Leitstelle mitteilen. Messstellen im Leitungsnetz können melden, wenn sie Unregelmäßigkeiten feststellen, noch bevor Schäden eintreten. Das LoRa Netz der Stadtwerke München kann auch von anderen Unternehmen genutzt werden, um eigene Geräte einzubinden und Daten verlässlich und unabhängig zu übertragen.

LoRa als Technologie aus der Familie der LPWANs (low power wide area networks, Netzwerke mit niedrigem Energieverbrauch und hoher Reichweite) bietet Nutzern die Möglichkeit, auch batteriebetriebene Datenquellen mit dem Netz zu verbinden, wie etwa Ortungsdienste für bewegliche Gegenstände wie Fahrräder, die mit einem Sensor ausgerüstet werden und in regelmäßigen Abständen ihren Standort mitteilen. In Gewerbe und Industrie können Füllstände (etwa von Müllcontainern) oder Drücke direkt gemeldet werden. Umweltdaten wie Ozon und

Feinstaubbelastung können erfasst und schneller automatisch verbreitet werden. Im Bereich der Objekt- und Gebäudesicherheit ist es z.B. möglich, Türkontakte zu überwachen. In intelligenten Gebäuden können Temperatur-, Luftfeuchtigkeits- oder Helligkeitswerte übertragen werden. In Landwirtschaft und Gartenbau können Bodenfeuchtigkeits- und Temperaturdaten zentral erfasst und ausgewertet werden für die richtige Bewässerung und optimales Pflanzenwachstum.

Einige Antennen und Gateways für das LoRa-Netz sind bereits verbaut – etwa am Wasserturm der SWM Zentrale, am Heizwerk Theresienstraße und auf dem Heizwerk Freihalm. Insgesamt sollen etwa 10 Gateways verbaut werden, um das Stadtgebiet abzudecken.

Neben dem flächendeckenden Glasfasernetz, das die SWM mit M-net weiter ausbauen, erweitern die SWM mit dem Münchner LoRa-Netz die sicheren Datenübertragungswege der Landeshauptstadt. Als weiteres zukunfts-gewandtes Angebot ist LoRa ein Baustein für die vernetzte und lebenswerte Stadt der Zukunft. **□**



Der AKDB-Vorstand Gudrun Aschenbrenner und Rudolf Schleyer im Gespräch mit den GZ-Repräsentantinnen Anne-Marie von Hassel und Doris Kirchner (von links).

Facetten aufzugreifen, finden zahlreiche Kundenarbeitskreise mit den Anwendern (Sachbearbeiter, Amts- und Geschäftsleiter, Bürgermeister) zu Themen wie Einwohnerwesen, überörtliche Sozialhilfe oder E-Government statt. Zudem hat die AKDB Innovationskreise eingerichtet, in deren Rahmen regelmäßig IT-Trends diskutiert und auf ihre Bedeutung für den kommunalen Sektor bewertet werden.

Wachsende Komplexität der Themen

Rund 20 Prozent des Umsatzes erwirtschaftet die AKDB außerhalb Bayerns. Schleyer zufolge gibt es nur noch wenige potente Anbieter, die auf dem Markt bestehen können. Verantwortlich dafür sei zunächst die ständig

stellen, Dokumentationspflichten oder Performance geht – all dies ist für Kommunen nicht mehr nur einfach nebenher zu managen, unterstrich Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner. Insofern sei es ureigene Aufgabe der AKDB, ihre Kunden umfassend zu beraten und bestmöglich praktisch zu unterstützen.

Allein im Seminarprogramm der AKDB finden Mitarbeiter aus allen Fachbereichen der Kommunalverwaltung für das erste Halbjahr 2018 in mehr als 700 Kursen passgenaue Fortbildungen. Ziel sei es, die Kommunen zu entlasten und ihnen ihre Sorgen zu nehmen. Damit verliere auch die Digitalisierung ihre Unwägbarkeiten.

Dazu dient auch eine fachorientierte AKDB-Hotline, in der pro Jahr über 200.000 Anfragen bearbeitet werden. Nur zwei

AKDB präsentierte aktuelle E-Government-Lösungen

Auf zwei hochkarätigen Veranstaltungen, der CEBIT in Hannover und dem Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin, präsentierte die AKDB vor kurzem ihre E-Government-Lösungen: vom Servicekonto über authega bis zu i-Kfz.

Auf der CEBIT war die AKDB an zwei Ständen präsent: Am Stand des IT-Planungsrats informierte der IT-Dienstleister zum Thema BayernID und zu den erweiterten Funktionalitäten des bayerischen Servicekontos. Hier lernten Besucher authega kennen, das neue schrififormersetzende Authentifizierungsverfahren für den Zugang von Bürgern zum Servicekonto.

Am Stand des Bundesverkehrsministeriums erfuhren sie alles zum Thema internetbasierte Fahrzeugzulassung: Am Beispiel des preisgekrönten Bürgerservice-Portals der Stadt Ingolstadt demonstrierte die AKDB die medienbruchfreie Außerbetriebsetzung und Wiederzulassung von Fahrzeugen, das heißt die i-Kfz Stufen 1 und 2 als Best Practice. Zudem gewährte sie einen Ausblick auf die i-Kfz-Stufe 3, die nächstes Jahr startet und mit der Neuzulassungen, Umschreibungen und Wiederzulassungsvorgänge auch bei Wechsel des Halters und/oder Zulassungsbezirks möglich sein werden.

In mehrfacher Hinsicht war die AKDB beim Zukunftskongress in Berlin aktiv: Ihr Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer stand in einer Fragerunde für Fragen aus dem Plenum zum Thema Digitalisierung von Bund, Ländern und Kommunen neben dem IT-Beauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Klaus Vitt, auf dem Podium. Zudem diskutierte Michael Diepold, Leiter des Geschäftsfelds E-Government bei der AKDB, im Rahmen der 360°-Zukunftswerkstatt über „Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes mit Portalverbund und Digitalisierungsprogramm: Aktueller Sachstand und Ausblick“.

DK

Der digitale Landkreis:

Herausforderungen, Strategien und gute Beispiele

Aktuelle Publikation des Deutschen Landkreistages

Landkreise gewährleisten in vielfältiger Weise die Daseinsvorsorge wie die Unterstützung der Wirtschaft. Die Gestaltung dieses Lebens- und Arbeitsfeldes durch neue, digitale Lösungen ist eine wichtige Aufgabe der Landkreise. Die brandaktuelle Broschüre „Der digitale Landkreis Herausforderungen – Strategien – Gute Beispiele“ des Deutschen Landkreistages dient dazu, die Landkreise bei der Ausarbeitung ihrer kreisspezifischen Digitalisierungsstrategie zu unterstützen. Sie liefert einen Überblick über Handlungsfelder und beschreibt bereits jetzt zum Einsatz kommende digitale Instrumente.

Im Handlungsfeld Gesundheit und Soziales stehen der Einführung einer digitalen Patientenakte (derzeit noch) datenschutzrechtliche Regelungen entgegen. Die Blockchain-Technologie könnte (auch) im Gesundheits- und Pflegebereich dazu genutzt werden, (Patienten-)Daten in Echtzeit transparent und fälschungssicher zu führen. Ein Beispiel hierfür ist das Datenaustauschprojekt der Klinik Fränkische Schweiz mit dem Ärztenetzwerk UGeF. Ziel dieses Netzwerkes ist eine direkte und schnellere Kommunikation zwischen Haus- und Fachärzten sowie Kliniken, eine optimierte Patientenversorgung sowie die Schaffung gemeinsamer Standards und eines gemeinsamen Qualitätsmanagements. Der Landkreis Forchheim ist Kooperationspartner dieses Projekts.

Bad Kissingen: „Stroke Angel“

Herzinfarkt und Schlaganfall sind zeitkritische Notfälle. Um angemessen reagieren zu können, bedarf es der schnellstmöglichen Behandlung. Hier kommt dem Zeitintervall zwischen dem ersten Kontakt mit dem Rettungsdienst und der medizinischen Behandlung im Krankenhaus eine entscheidende Bedeutung zu. Das Projekt „Stroke Angel“ aus Bad Kissingen kann dieses Zeitintervall ent-

scheidend verkürzen. Bei einem Schlaganfall oder einem Herzinfarkt erfasst bereits der Rettungsdienst wichtige Patienteninformationen in einem mobilen Computer und übermittelt diese an das Zielkrankenhaus.

In Ergänzung zum Rettungsdienst ermöglichen Smartphone-Apps den Rettungsteams die Alarmierung ausgebildeter Ersthelfer (Mobile Retter) in unmittelbarer Nähe des Unfallortes. Bayernweit wird in den Landkreisen Eichstätt, Neuburg an der Donau und Pfaffenhofen diese Smartphone-App zur Alarmierung von qualifizierten Ersthelfern bereits mit Erfolg eingesetzt.

Sicherung der Mobilität

Die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum ist eine der zentralen Aufgaben der Landkreise. Die Digitalisierung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf dem Land sichtbar und erfahrbar zu machen. Neue digitale Mobilitätskonzepte finden sich viele, deren technische Ausreifung ist allerdings noch unterschiedlich. 43 % der Landkreise verfügen bereits über ein eigenes Mobilitätsprojekt, 26 % planen ein entsprechendes Projekt. 10 % haben ein solches bereits abgeschlossen. Hierzu gehören E-Ticketing und Fahrplan-Apps,

Echtzeitauskünfte bei Fahrplänen und Bestpreis-Abrechnung. Ergänzend dazu wird der ÖPNV zunehmend mit kostenfreiem WLAN ausgestattet. Mittels moderner IT-Lösungen kann darüber hinaus die Verkehrssteuerung (Verkehrstelematik) vernetzt und deutlich verbessert werden.

Die Mobilitäts-App „fifty-fifty-Taxi“ macht das Taxi für Jugendliche und junge Erwachsene insbesondere bei Fahrten in den Abendstunden und am Wochenende finanziell attraktiver und trägt dadurch zur Verkehrssicherheit bei. Viele Landkreise, darunter der Landkreis Lichtenfels, beteiligen sich an diesem vom Land Brandenburg im Jahr 1995 ins Leben gerufene Projekt. Ziel war und ist es, die Zahl der sog. Diskounfälle zu verringern.

Neu-Ulm: „Pfiffibus“

„Pfiffibus“ ist ein online buchbarer Rufbus im Landkreis Neu-Ulm, der für Mobilität am Abend und am Wochenende sorgen soll. Der Bus fährt nicht auf festgelegten Linien, sondern dort, wo er gebraucht wird, auf direktem Weg, ohne Umwege und auch auf weniger nachgefragten Strecken. Ein weiteres Beispiel ist „Immer-Mobil-Passau“, eine verkehrsmittelübergreifende Plattform und Auskunftsseite für alle Mobilitätsangebote im Landkreis. Die onlinefähige Mobilitätsplattform stimmt über einen Abgleich zwischen Angebot und Nachfrage verschiedene Mobilitätsangebote mit individuellen Nutzungsbedürfnissen ab. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Nutzergruppe der Generation 50 plus und auf einer Anwendung im ländlichen Raum.

in die Unterlagen erhalten oder die Vergabeunterlagen heruntergeladen werden können. Verboten sind außerdem Plattformen, deren Nutzung für die Bieter in jedem Fall kostenpflichtig ist.

Ab 18. Oktober 2018 wird für EU-weite Verfahren schließlich die vollständige elektronische Kommunikation für alle Vergabestellen und damit für jede Kommune bindend werden. Es wird nur noch wenige Ausnahmen von der Regel geben, in denen Kommunen nicht verpflichtet sind, elektronische Kommunikationen durchzuführen. Eine Regelabweichung wäre etwa bei der Vergabe von Architekturleistungen die Einreichung von physischen oder maßstabgetreuen Modellen, die nicht elektronisch übermittelt werden können (§ 53 Absatz 2 VgV-E).

Die für digitale Vergaben nötige Hard- und Software für Kommunen und Unternehmen ist entweder bereits vorhanden oder leicht anzuschaffen: ein Rechner mit Internet-Zugang und Monitor sowie eine Ausschreibungssoftware. Wichtig für Kommunen ist aber, den richtigen Anbieter für die e-Vergabe zu finden. Kommunen sollten Lösungen bevorzugen, die mit verschiedenen Systemen und Techniken zusammenarbeiten können. Darüber hinaus sollten die Vergabestellen hinreichend prüfen, ob der von Ihnen ins Auge gefasste Anbieter vergaberechtskonform arbeitet.

Quelle: aumass eVergabe, 16.05.2018. Weitere Informationen in der Beilage oder unter www.aumass.de □

Mit Hilfe digitaler Technologien lassen sich die Anforderungen der Energiewende an die Steuerung der neuen dezentralen Strukturen der Energieversorgung leichter erfüllen (E-Energy, Smart Energy). 33 % der Landkreise betreiben derzeit ein Digitalisierungsprojekt im Bereich von „Umwelt und Energie“, 25 % verfügen bereits über ein abgeschlossenes Projekt und 22 % der Landkreise planen ein entsprechendes Projekt.

ENA im Landkreis Roth

Die Energieberatungsagentur des Landkreises Roth (ENA) berät und unterstützt Bürger, Unternehmen und Kommunen im Landkreis zu bzw. in den Themen Energieeffizienz, Energiesparen und dem Einsatz erneuerbarer Energien. Ein weiteres Beispiel ist das Solarpotentialkataster des Landkreises Ebersberg. Dabei handelt es sich um ein Online-Tool, mit dem ermittelt werden kann, ob das eigene Gebäudedach für die Nutzung von Sonnenenergie geeignet ist.

Auch der Bereich der digitalen Wirtschaftsförderung zeichnet sich dadurch aus, dass neben der eigenen Aufgabenerfüllung insbesondere die Vernetzung verschiedener Akteure der kreiskommunalen Aufgabenerfüllung nutzen kann. Die Gewährleistung einer leistungsfähigen Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur sowie die Einrichtung einer funktionierenden digitalen Verwaltung sind hier von zentraler Bedeutung.

Problem Breitbandausbau

Das größte Hemmnis für eine Digitalisierung wird in den Landkreisen zu 34 % in einem fehlenden bzw. unzureichenden Breitbandausbau gesehen. 31 % der Landkreise bemängeln ein fehlendes Bewusstsein für die Wichtigkeit der Digitalisierung. Fehlende finanzielle Ressourcen werden von 30 % der Landkreise aufgeführt. 29 % der Landkreise sehen Hemmnisse in einem nicht vorhandenen lückenlosen Mobilfunknetz und in unzureichender IT-Sicherheit. Datenschutzrechtliche Hemmnisse werden von 24 % der Landkreise angeführt.

Ungeachtet der verschiedenen Digitalisierungshemmnisse stellt sich die ganz überwiegende Anzahl der Landkreise den Herausforderungen der digitalen Transformation und passt ihre kreiseigene Aufgabenstrategie entsprechend an. 37 % der Landkreise erarbeiten derzeit entsprechende Kreisentwicklungspläne, 42 % haben eine entsprechende Digitalisierungsstrategie für die Zukunft geplant und 6 % der Landkreise verfügen bereits darüber. DK

Vorbereitung der elektronischen Rechnungsverarbeitung

Handreichung des DLT für Kommunalverwaltungen – Teil 2

Den Landkreisen kommt eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der E-Rechnung zu. Sie haben die Möglichkeit, einen wesentlichen E-Government-Prozess neu zu gestalten, um für die (lokale) Wirtschaft und für sich selbst positive Effekte zu generieren. Der Wechsel zum digitalen E-Rechnungsempfang und zur digitalen medienbruchfreien Rechnungsverarbeitung gestaltet den gesamten Anordnungs- und Zahlungsprozess innerhalb der Verwaltung deutlich schneller, weniger fehleranfällig und kostengünstiger.

Bei der Einführung und operativen Umsetzung eines automatisierten elektronischen Rechnungsbearbeitungsprozesses (Workflow) bedarf es einer guten Projektplanung (Kosten- und Zeitplanung). Mit der Handreichung Vorbereitung der elektronischen Rechnungsverarbeitung – Teil 2 – unterstützt der Deutsche Landkreistag die Landkreise bei diesen Aufgaben. Siehe dazu auch Teil 1 in GZ 7/2017.

Praktiker in den Landkreisen, die sich mit der Einführung der elektronischen Rechnungsbearbeitung konfrontiert sehen, erhalten wertvolle Hinweise und Praxistipps für die individuelle Umsetzung ihres Projektes vor Ort. Zudem runden zwei Werkstattberichte aus den Landkreisen Dahme-Spreewald und Wittenberg die DLT-Handreichung ab.

Parallel zum Modellprojekt beabsichtigt die Kreisverwaltung des Landkreises Dahme-Spreewald seine Buchungssoftware auf einen vollautomatisierten, webbasierten und E-rechnungsfähigen Rechnungsworkflow umzustellen. Darin wurde ein wichtiger

Schritt mit Blick auf die Bearbeitung von E-Rechnungen gesehen. So sollen künftig Eingangsrechnungen und Ausgangsrechnungen weitestgehend papierlos elektronisch und dezentral bearbeitet werden. In einer frühzeitigen Umstellung sieht der Landkreis den Vorteil, dass zum Zeitpunkt der gesetzlichen Einführung der E-Rechnung die Arbeitsabläufe bereits voll in die Verwaltungsarbeit integriert sind.

Der Landkreis Wittenberg plant seinerseits, den elektronischen Rechnungs- und Anordnungsworkflow in das bestehende HKR-Verfahren (automatisiertes Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes) zu implementieren. Damit wird die Grundlage für die medienbruchfreie Bearbeitung von E-Rechnungen geschaffen. Die elektronischen Prozesse werden folglich frühzeitig umgestellt, um die veränderten Arbeitsabläufe vor der gesetzlichen Verpflichtung zu integrieren. Neben den Eingangsrechnungen sollen auch die Ausgangsrechnungen elektronisch verarbeitet werden. DK

IT-Grundschutz-Profil für Kommunalverwaltungen

In Abstimmung mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) haben die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Städte- tag ein IT-Grundschutzprofil für Kommunen veröffentlicht.

Dieses IT-Grundschutz-Profil richtet sich an Kommunalverwaltungen, die einen systematischen Einstieg in die Informationssicherheit suchen. Es ist adressiert an die Verantwortlichen in der Verwaltung, die für die Umsetzung und Aufrechterhaltung der Informationssicherheit zuständig sind. Dies sind typischerweise die Hauptverwaltungsbeamten, die die Ressourcen bereitstellen und das angestrebte Sicherheitsniveau einschließlich der Risiken verantworten, sowie die für die Steuerung und Koordination des Informationssicherheitsprozesses zuständigen Informationssicherheitsbeauftragten.

Das Profil basiert auf dem BSI-Standard 200-2 „IT-Grundschutz-Methodik“ und definiert die Mindestsicherheitsmaßnahmen, die in einer Kommunalverwaltung umzusetzen sind, um sich angemessen zu schützen. DK

Das Profil erleichtert den Einstieg in die Informationssicherheit und hilft, die größten Schwachstellen aufzudecken, die es zu beseitigen gilt, um möglichst schnell das Schutzniveau in der Breite anzuheben. Um ein dem Stand der Technik angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, müssen darauf aufbauend in einem weiteren Schritt jedoch zusätzliche Anforderungen erfüllt werden.

Wie BSI-Präsident Arne Schönbohm erläuterte, sei der IT-Grundschutz des BSI das Standardwerk schlechthin, wenn es um systematische Informationssicherheit für Unternehmen, Behörden und Organisationen geht. Die IT-Grundschutz-Profile böten einen guten Einstieg in dieses Erfolgsmodell. Auch kleinere Kommunen oder Unternehmen hätten damit die Möglichkeit, ihr Niveau der Informationssicherheit schnell deutlich zu erhöhen. DK

Fahrplan für die e-Vergabe

In den nächsten Jahren macht die EU-Kommission in Brüssel die e-Vergabe für Kommunen und öffentliche Auftraggeber zur Pflicht. § 97 Absatz 5 des Entwurfs des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 8. Juli 2015 und § 9 Absatz 1 des Entwurfs der Vergabeverordnung vom 9. November 2015 (VgV-E), setzen Artikel 22 der EU-Richtlinie 2014/24/EU (VRL) über die öffentliche Auftragsvergabe um. Sie schreiben explizit vor, dass öffentliche Auftraggeber und Unternehmen gleichermaßen gehalten sind, künftig grundsätzlich „Geräte und Programme für die elektronische Datenübermittlung beim Senden, Empfangen, Weiterleiten und Speichern von Daten in einem Vergabeverfahren zu nutzen.“

Mit der Richtlinie zur Einführung der e-Vergabe wird die aktuell bestehende Wahlfreiheit bei der Verwendung elektronischer Mittel Geschichte. Die Vorteile einer umfassenden e-Vergabe bestehen nicht nur in einem geringeren Zeit- und Arbeitsaufwand sowie Kosteneinsparung – elektronische Vergabeverfahren führen überdies zu einer Zunahme der Rechtssicherheit und helfen, Korruption zu vermeiden. Ferner führt die e-Vergabe zu mehr Wettbewerb.

Sowohl die GWB-Neuregelung des deutschen Vergaberechts als auch die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge stellen in ihren neuesten Entwürfen klar, dass auch das Speichern von Daten elektronisch erfolgen muss. Damit wird eine digitale Vergabeakte für die Kommunen künftig Pflicht. Laut VgV-E müssen künftig Unternehmen ihre Angebote in Textform – und zwar geregelt nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) – mithilfe elektronischer Mittel abgeben. Das BGB gibt dort folgendes vor: Ist qua Gesetz Textform vorgeschrieben, muss eine „lesbare Er-

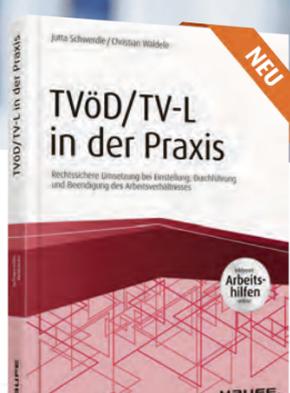
klärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, auf einem dauerhaften Datenträger abgeben“ werden. Trotz der Einhaltung der elektronischen Kommunikation ist dabei nicht unbedingt eine Unterschrift, sondern nur die Textform erforderlich. Umgekehrt müssen jedoch die Vorgaben des § 10 Absatz 1 VgV-E eingehalten werden. Nach dem dort geregelten Sicherheitsniveau dürfen nur Berechtigte Zugriff auf die empfangenen Daten haben.

Zugang zu Vergabeunterlagen

Seit 18. April 2016 müssen Kommunen bei europaweiten Verfahren den Unternehmen unentgeltlich, uneingeschränkt und vollständig sowie direkt Zugang zu den Vergabeunterlagen über elektronische Kommunikationsmittel ermöglichen. Seither ist es auch Pflicht, eine elektronische Bekanntmachung EU-weit vorzunehmen. Eine Registrierungs-pflicht für die Kommunikation über Vergabeportale ist weiterhin zulässig, unzulässig ist aber, wenn Unternehmen sich registrieren müssen, damit sie Einsicht

HAUFE

ALLES, WAS SIE ZU TVÖD/TV-L WISSEN MÜSSEN



> Von der Neueinstellung bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses

> Alle Fakten zu Urlaub, Telearbeit, den Auswirkungen von Krankheit, Elternzeit, Pflegezeit

> Inkl. Tarifänderung TVöD vom Frühjahr 2018

440 Seiten
Buch: € 39,95 [D]
eBook: € 35,99 [D]

Jetzt bestellen!
shop.haufe.de/oeffentlicherdienst/buch
(Bestellung versandkostenfrei),
0800/50 50 445 (Anruf kostenlos)
oder in Ihrer Buchhandlung

Galabau 2018:

Die Leitmesse geht in die nächste Runde

Vom 12. bis 15. September 2018 stehen im Messezentrum Nürnberg wieder alle Zeichen auf Grün. Dann findet die 23. Ausgabe der Galabau, Internationale Leitmesse für Urbanes Grün und Freiräume, statt. Etwa 1.400 Aussteller sowie 65.000 Fachbesucher werden erwartet. In erstmals 14 Messehallen zeigen internationale Unternehmen vier Tage lang das komplette Angebot für das Planen, Bauen und Pflegen von Gärten, Parks und Grünanlagen. Ideeller Träger und Gründungsvater der Galabau ist der Bundesverband für Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL).

Besucher erwarten natürlich erneut die beeindruckenden Garten[T]Räume auf dem Messeareal des BGL, die unterschiedliche Trends im Garten- und Landschaftsbau ganzheitlich abbilden. Das bunte Rahmenprogramm mit weiteren Sonderflächen, dem Vortragsfo-

rum „Galabau Landscape Talks“, Fachtagungen, Preisverleihungen und Wettbewerben macht die Galabau zu Europas wichtigstem Treffpunkt der grünen Branche.

Stefan Dittrich, Veranstalt-

ungsleiter Galabau, ist mit den Messevorbereitungen sehr zu-



Ein Zweckfahrzeug für den Bauhof

Leuchtenberg. (sl) Ein nagelneuer Dacia Dokker ist ab sofort im Fuhrpark der Marktgemeinde Leuchtenberg zu finden. Das Fahrzeug wurde offiziell vom Autohaus Pröls aus Vohenstrauß an die Marktgemeinde übergeben. Bürgermeister Anton Kappl zeigte sich hoch erfreut, dass durch das Gefährt endlich wieder ein normaler Arbeitsablauf gewährleistet ist. Ein mittlerweile langer Wunsch ging mit dieser Anschaffung in Erfüllung.

Das Fahrzeug wird zumeist im Kläranlagenbereich benötigt. Es dient für die Fahrten der verschiedenen Kläranlagen und Abwasseranlagen im gesamten Gemeindebereich als Transportfahrzeug. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder versucht, mit älteren Fahrzeugen die Kosten niedrig zu halten, jedoch haben die vielen Reparaturen zum Gegenteil geführt. Mehr als 2.000 Euro für Reparaturen pro Jahr waren nötig. Dies war unwirtschaftlich. Der Gemeinderat stimmte deshalb der Ersatzbeschaffung einstimmig zu.

Damit die Kosten sich im Rahmen halten, entschied sich das Gremium für eine günstige Lösung, einen Kleintransporter Dacia Dokker Express. Das Fahrzeug hat eine überschaubare Grundausstattung, 102 PS Benzin-Motor, robusten Holzboden, Trennwand und seitliche Tür. Die Bauhofmitarbeiter werden für einen sicheren Transport der Gerätschaften ein Verstauesystem mit einzelnen Fächern selbst einbauen.

Unser Bild zeigt (v.r.): Wolfgang Pröls und Bürgermeister Anton Kappl sowie das Bauhofteam Helmut Kellner, Robert Rieder und Josef Pausch.



Fußball-Weltmeisterschaft 2018 in Russland:

Optimale Bedingungen für unsere Nationalmannschaft

Stolz ist man bei der Firma Kalinke Areal- und Agrar-Pflegemaschinen Vertriebs GmbH wenigstens über den gepflegten Rasen im Basisquartier der deutschen Nationalmannschaft in Watutinki nahe Moskau. „Platzwart Roman Kafafjan und sein Team haben alle Anstrengungen unternommen, um den Platz in einen optimalen Zustand zu setzen“, lobte Teammanager Oliver Bierhoff.

Das Tiefenlockerungsgerät Verti-Drain (Modell 7215) wurde intensiv auf der neuen Rasenfläche eingesetzt. Mit der Parallelogrammtechnik wurde das Spielfeld optimal belüftet, ohne dass dabei der geringste Schaden entstanden wäre. Dadurch entwickeln sich die Graswurzeln optimal, das Niederschlagswasser wird besser aufgenommen und das Spielfeld erhält eine gleichmäßige, elastische Oberfläche. Die Verletzungsgefahr sinkt nachweislich. Abschließend wurde noch ein Kunstrasenstreifen rund um den Spielfeldrand gelegt. Dieser wurde präzise mit Sand und Gummi gefüllt.

Hierzu verwendete man den in Amtzell (Baden Württemberg) produzierten RINK Topdresser 1010. Dieses Produkt wird auch eingesetzt, um den Naturrasenplatz zu besanden.

Die Arbeitsschritte: Mit dem Verti-Spray wurde Dünger auf den Rasen gespritzt. Im Anschluss wurde mit Vollspoons am Tiefenlockerungsgerät Verti-Drain der Dünger in die Bodenstruktur eingearbeitet. Das Tiefenlockerungsgerät Verti-Drain lockert den Boden bis zu 25 cm tief. Der Rink Topdresser wiederum streut zuerst Sand und danach Gummigranulat in den Kunstrasenstreifen ein. Alle eingesetzten Rasengenerationsgeräte erhalten Sie in Deutschland und Österreich bei der Firma Kalinke Areal- und Agrar-Pflegemaschinen Vertriebs GmbH.

frieden: „Die Galabau 2018 wird wieder wachsen. Aufgrund einer enormen Nachfrage, vor allem aus dem Segment der Pflegemaschinen, öffnen wir 2018 erneut eine zusätzliche Halle. Aber auch der Bereich Spielplatz und Urbane Gestaltung wird größer ausfallen. Besonders erfreulich ist auch die internationale Entwicklung auf Ausstellerseite.“

Motoristen im Gespräch

Zusammen mit dem Fachmagazin „Motorist“ möchte die Galabau am 11. September 2018 erstmals das Networking-Format „Motoristen im Gespräch“ im Messezentrum Nürnberg anbieten. Das Konzept: Eröffnet wird der Tag mit einer fachlichen Keynote. Im Anschluss daran findet ein Workshop zwischen Industrie und Motoristen statt. Ausklingen wird der Tag mit einem gemütlichen Get-together.

Neu: Galabau goes Social Media

Zur letzten Galabau ging die Galabau-Messe-App neu an den Start. Und die Digitalisierung macht auch 2018 nicht Halt. Seit dem Frühjahr findet die grüne Community die Galabau mit offiziellen Kanälen auch auf Instagram (www.instagram.com/galabau_expo_nuernberg) und Facebook (www.facebook.com/galabauexpo). In den Beiträgen soll die Macher-Mentalität der Galabau-Branche und der Menschen „dahinter“ kreativ, ehrlich und branchennah gewürdigt und inszeniert werden.

Erfolgreiche Fortsetzung: Garten[T]Räume in Halle 3A

Grün boomt weiterhin und steht für Lebensqualität. Anlaufpunkt für Entscheider aus der Branche sind auch auf der Galabau 2018 die Garten[T]Räume in der Halle 3A. Auf der gleichzeitig als Messeareal des BGL fungierenden Fläche werden unterschiedliche Trends im Garten- und Landschaftsbau ganzheitlich abgebildet. Besucher erwarten auf etwa 1.600 Quadratmetern aufmerksamkeitsstarke und inspirierende Präsentationen von Dienstleistungen und Produkten. So zeigt beispielsweise ein urbaner Bereich mit Hochhauskulisse, Innenhöfen, Regenwassermanagement, Fassaden- und Dachbegrünung die Leistungsfähigkeit der Galabau-Branche. Zudem gibt es einen privaten Bereich mit Piazza, die zum Verweilen und Genießen der neuesten Trends im Privatgarten einlädt. Ein zentrales Areal der Fläche ist überdies dem ländlichen Bereich gewidmet, insbesondere den Themenfeldern Renaturierung und Nutzgarten. Einen zusätzlichen Besucher-Benefit bietet die schon im Jahr 2016 erfolgreich praktizierte Einbettung des Galabau-Experten-Forums mit Vorträgen zu verschiedenen Fachthemen.

Mehr Fläche bei Spielplatz und urbaner Gestaltung

Insgesamt etwa 150 Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller werden erwartet. In Halle 1 gibt es auch 2018 wieder eine Sonderschau, die der Bundesverband der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller (BSFH) zusammen mit dem Fachmagazin „Playground@Landscape“ organisiert. 2018 lautet das Thema „Freiraum der Zukunft – Spielplatz erleben vom Schulhof bis zum Park“. Auf der Sonderschau warten viele Anregungen zur Gestaltung von Spielräumen für Pausenhöfe, Kindertagesstätten, Parks und öffentliche Grünflächen. Begleitende Fachvorträge auf dem BSFH-Forum

gibt es am Vormittag des zweiten Messtages. Dieses ist auch 2018 integriert in das Forum „Galabau Landscape Talks“. Das Produktsegment Urbane Gestaltung verzeichnet mit etwa 190 Unternehmen ebenfalls Zuwächse.

Know-how für Fachplaner und Landschaftsarchitekten

Die Galabau Landscape Talks werden 2018 erstmals in Halle 2 zu finden sein. Besucher erwarten am ersten und dritten Messtag knackige Vorträge, konzipiert von der Redaktion Garten + Landschaft des Callwey Verlags. Diese wiederholen sich jeweils vormittags und nachmittags, sodass sich der Besuch der Galabau Landscape Talks ideal mit einem Rundgang über die Galabau verbinden lässt. Interessierte Besucher sind zeitlich flexibler und verpassen nichts.

Grüne Infrastruktur – kann die was?

Los geht's am ersten Messtag, 12. September, mit dem Thema „Grüne Infrastruktur – kann die was?“. Neben aktuellen Projektbeispielen werden die Potenziale der grünen Infrastruktur für eine nachhaltige Stadtentwicklung diskutiert. Am zweiten Messtag steht thematisch die Pflanze als Stadtbauwerk im Fokus. Am 14. September dreht sich unter dem Titel „Die Zukunft grüner Dächer“ alles um aktuelle Techniken der Dachbegrünung.

Planer und Landschaftsarchitekten sollten auch einen Besuch der Halle 3A einplanen. Hier präsentiert sich der Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla). Ebenfalls in Halle 3A bietet auch der BGL einen Benefit für Planer und Landschaftsarchitekten. Auf seinem Galabau-Experten-Forum gibt es zahlreiche Vorträge zu verschiedenen Fachthemen.

Alles für Golfplatzmanager und Greenkeeper

Eingebettet in den Messehallen der Galabau finden Greenkeeper, Manager und Betreiber von Golfanlagen nicht nur Maschinen und Geräte zur Rasenpflege, sondern auch Saatgut, Substrate und innovative Bewässerungssysteme. Verteilt in den Hallen werden zur Galabau 2018 knapp 150 Aussteller erwartet, die sich auf den Bereich Bau, Pflege und Management von Golfanlagen spezialisiert haben. In Halle 4A wartet einmal mehr der „Meeting Point Golf“. Eine Übersicht aller Aussteller und Produkte des Themenbereichs Golf gibt es im Internet unter www.galabau-messe.com/aussteller-produkte.

Kommunikationsareal für Baumexperten

Um Bäume gesund zu halten, ist eine fachgerechte und gründliche Pflege das A und O. Professionelle Baumpfleger und -kletterer sowie Interessierte an dieser Thematik haben auf der Galabau ihren festen Treffpunkt. Dabei dreht sich alles um die Bedürfnisse des Baumes. In Fachvorträgen geben Branchenexperten Tipps und Anregungen zur Baumpfleger, präsentieren Produktneuheiten und stehen für Diskussionen zur Verfügung. Darüber hinaus demonstriert die stark praxisbezogene Sonderschau an einem Spezialgerät (Rigg), das als Ersatzbaum dient, altbewährte und neue Arbeitstechniken. Interessierte Besucher haben außerdem die Möglichkeit, selbst Hand anzulegen. Ergänzend gibt es ein grünes Themencafé, das mit einem leckeren gastronomischem Angebot zum kommunikativen Austausch und Verweilen einlädt.

Forum Friedhof

Veranstaltung des Landesverbandes Bayrischer Steinmetze am 27. Juli 2018 in Würzburg

Der Landesverband Bayrischer Steinmetze veranstaltet erneut die Fachveranstaltung „Forum Friedhof“. Diese Plattform soll sowohl aktuelle Friedhofsthemen in Bezug auf nachhaltige Friedhofsentwicklung ansprechen als auch die Möglichkeit für informelle Gespräche aller am Friedhof Beteiligten bieten. Nicht zuletzt gibt der gesamtgesellschaftlich begründete „Wandel in der Friedhofskultur“ Anlass für einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch.

Das „Forum Friedhof 2018“ findet am Freitag, 27. Juli 2018 von 10.30 bis 15.15 Uhr im Rahmen der Landesverbandstagung der Bayrischen Steinmetze im Hotel Melchior Park in Würzburg statt. Eingeladen zu diesem Fachforum sind neben ausführenden Steinmetzbetrieben insbesondere Friedhofsverwalter und kommunale Entscheidungsträger. Die Teilnahme ist für diese Gäste kostenfrei.

Die diesjährige Fachveranstaltung vermittelt umfangreiche Hintergrundinformationen zu den rechtlichen Gegebenheiten am Friedhof, zur Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen sowie zum Umgang mit neuen Friedhofskonzepten und damit verbundenen Chancen und möglichen Risiken.

Kernthemen sollen dabei organisatorische und gestalterische Eckpunkte in Bezug auf neue Friedhofskonzepte in Kombination mit Praxisbeispielen sein. Hermann Rudolph aus Obergünzburg im Allgäu, stellv. Bundesinnsungsmeister und Landesinnsungsmeister, Leiter des Arbeitskreis Friedhof & Grabmal im Bundesverband Deutscher Steinmetze, passionierter Steinmetz und Handwerker aus Leidenschaft präsentiert unter dem Motto „Das Grab – der gute Ort“ Friedhofskonzepte, die an den Bedürfnissen der Hinterbliebenen orientiert sind, aber gleichermaßen ganz praktische Erfordernisse der Friedhofsentwicklung und -gestaltung erfüllen.

Außerdem stellt Bauingenieur Raphael Holzer die novellierte Richtlinie „Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen“ des Bundesverbandes Deutscher Steinmetze vor, die in 6. Auflage seit Oktober 2017 gilt. Neuerungen in Bezug auf die Verfahrensabläufe und die Technischen Inhalte werden besprochen und die jährlich durchzuführende Standsicherheitsprüfung wird im Detail erläutert (weitere Infos vorab unter www.grabmalrichtlinie.de).

Um diese Thematik auch aus Sicht der Friedhofsverwaltungen zu beleuchten, berichtet Michael Gärtner von der Friedhofsverwaltung der Stadt Nürnberg von eigenen Erfahrungen rund um das Thema „Rechte und Pflichten in Bezug auf die Sicherheit im Grabmalbereich“.

Weitere Informationen zu Programm und Anmeldeformalitäten: www.livsteinmetz.de oder info@livsteinmetz.de

In Ausgabe 13 der Bayerischen Gemeindezeitung erscheint am 05.07. ein Beileger, mit dem sich Gäste direkt anmelden können.

130 Jahre Holder:

130 Jahre Herzblut

Die Max Holder GmbH begeht ein ereignisreiches Jubiläumjahr

Seit 1888 steht die Marke Holder für begeisterte Technik und wegweisende Innovationen – erst im Obstgarten, dann auf dem Acker und heute in Kommunen auf der ganzen Welt.

Von Beginn an galt das Unternehmen als Pionier für neuartige Entwicklungen, zunächst vor allem im Weinbau und Pflanzenschutz. Geräte, Maschinen und Allradschlepper wurden schon früh in die ganze Welt exportiert. 1950 stellt Holder dann den ersten funktionstüchtigen Kleindieselmotor vor. Unter dem Allgemeinnamen „Sachs Diesel“ wurde die Holder Erfindung weltberühmt und in hohen Stückzahlen gefertigt.

Ein weiterer Meilenstein war der 1954 vorgestellte, weltweit erste Traktor mit permanentem Allradantrieb, Knicklenkung und vier gleich großen Rädern. Ein Maschinenkonzept, das die Branche revolutionierte und heute noch Anwendung findet. 1980 erfolgte der Einstieg ins Kommunalgeschäft.

Mit einem Full-Liner-Fahrzeugangebot von 40 bis 130 PS und einem der größten Anbaugeräteprogramme am Markt bietet

Holder heute eine einzigartig komplette 360°-Rundumversorgung für Kommunen, Dienstleister und Facility-Betreiber.

Deutliches Leistungsplus

Ins 130. Firmenjahr startet der TraditionsHersteller mit einem Feuerwerk an Innovationen: Am oberen Ende der Produktpalette setzt die neue S-Reihe mit einem bis zu 130 PS starken Stage-5-ready Motor Maßstäbe – es handelt sich hier um den stärksten Knicklenker am Markt. Mit dem Holder C 65 debütiert ein Newcomer, der wie sein großer Bruder Holder C 70 alles mitbringt, was im harten Alltag den Unterschied macht. Als Nachfolger des kleinen Holder X 30 steht der Holder X 45 in den Startlöchern. Ab Mitte 2018 wird er mit einem deutlichen Leistungsplus und zahlreichen Innovationen für frischen Wind in der Klasse der Superkompakten sorgen.



Der neue Holder S130: Das Prinzip des Schneefrärens ist das gleiche wie vor 50 Jahren, während die Anforderungen an Komfort, Abgastechik und Leistungsfähigkeit enorm gestiegen sind.

Daimler AG mit kommunalen Mobilitätslösungen auf der IFAT 2018:

Breites Spektrum an Fahrzeugen für den kommunalen Bedarf

Auf der diesjährigen Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft IFAT war die Daimler AG mit einer breiten Fahrzeugpalette vertreten. Fast alle Modellreihen von Mercedes-Benz und Fuso waren mit branchenspezifischen Aufbauten zu sehen.

Außer den technologischen Neuheiten konnten die Fachbesucher erstmals innovative Mobilitätslösungen am Beispiel des neuen Sprinter der dritten Generation kennenlernen. Modernste Vernetzungsoptionen und die Dienste von Mercedes PRO connect bildeten die Basis für das effektive Management zahlreicher Logistik- und Transportanforderungen auch im Fuhrpark der kommunalen und privaten Dienstleister.

Zu den Exponaten gehörten unter anderem ein Atego 1524 als Kehrmaschine von Bucher, ein Antos 1840 als Absetzkipper von Meiller sowie ein Eonic NGT 2630 mit Vario-press-Aufbau von Faun.

Die Familie der Unimog Geräteträger war durch einen Unimog U 218 mit Frontkehrbesen von Dücker und Maytec-Abrollsystem sowie einen Unimog U 530 mit Mulag-Frontausleger für die Gehölzpflege, mit Feuchtsalzstreuer Yeti 3500 von Gmeiner sowie mit Werner Pritsche vertreten.

Ein neuer Sprinter 314 CDI mit Tiefpritsche, der neue Mercedes-Benz Midsize-Pickup X-Klasse, sowie ein Fuso Canter 7C15 mit Kehrmaschine ergänzten die Exponate auf dem Hallen-Messestand.

Wie immer bei großen Veranstaltungen der Umweltbranche, war die Daimler AG mit Informations- und Beratungsteams präsent, die Wissenswertes auch über die gesamte Dienstleistungspalette rund um das kommunale Fahrzeug vermitteln.

Unimog für alle Jahreszeiten

Mit nur einem Fahrzeug über das ganze Jahr hinweg völlig unterschiedliche Arbeiten zu erledigen – das ist die große Stärke des Unimog Geräteträgers. Er übernimmt bei Kommunen und auch bei Dienstleistern und Lohnunternehmen vielseitige Aufgaben wie z. B. Grünpflege, Winterdienst und Straßenunterhaltung. Für den ganzjährigen Einsatz bringt der Unimog alles mit: Leistungsstarke Euro VI Motoren, ausgeklügelte Kraftübertragung für die Straße und den Ge-



Auf die Plätze, fertig, Vollgas...

Der Geotrac Supercup geht wieder los!

Mit seiner mehr als 20-jährigen Geschichte ist der Geotrac Supercup die traditionsreichste und gleichzeitig spektakulärste Rennserie für Traktorenprofis im Alpenraum. Die diesjährige Auflage startete am 9. Juni in Grafenegg, Bayern-Termin ist der 4. September beim Karpfhamer Volksfest. Das Finale 2018 findet am 9. September auf der Agrotier Messe im österreichischen Wels statt. Auf Europas besten Traktorfahrer 2018 wartet ein besonders attraktiver Hauptpreis: der brandneue Lintrac 110 darf ein ganzes Jahr genutzt werden. Die Produktion startet erst im Sommer, somit wird der Sieger einer der Ersten sein, der den neuen Lintrac im Alltagseinsatz erlebt.

Zusätzlich werden bei jedem Rennen Preisgelder für die besten Fahrer ausgeschüttet. Teilnehmen können alle mutigen Traktorfahrer und -fahrerinnen mit gültigem Traktorführerschein. Infos unter: www.geotrac-supercup.at/

räteantrieb, aber auch hervorragende Eigenschaften für die Fahrt abseits befestigter Straßen. Daneben hilft die Autobahn-tauglichkeit des Unimog auch längere Wegstrecken zwischen den Einsatzorten mühelos und komfortabel zu bewältigen.

Dank hoher Nutzlasten ist der Unimog als Zugmaschine, Transportprofi oder im Geräteinsatz ein zuverlässiger Partner. Seine breite Anwendungspalette sorgt



Die Leser der Fachzeitschrift „Off Road“ wählten den Unimog zum 14. Mal in Folge zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“. Die im Bild gezeigte Doppelkabine bietet Platz für bis zu sieben Personen.

für eine hohe Fahrzeugauslastung. Und damit für effizienten Betrieb.

Kompakter Transporter mit flexiblem Abrollsystem

Auf der IFAT 2018 war als Vertreter der besonders kompakten 200er-Baureihe ein Unimog U 218 zu sehen, der mit Dücker Frontkehrmaschine und Maytec Abrollsystem ausgestattet ist.

Als besonders wirtschaftliches und wendiges Modell ist der Unimog U 218 auf die Bedürfnisse all derjenigen zugeschnitten, die ein schmales und wendiges Fahrzeug suchen. Seine Breite liegt bei lediglich 2,15 m. Kompakt heißt im Falle des Unimog aber nicht, dass seine Nutzer auf wesentliche Eigenschaften verzichten müssten. Durch die „Freisichtkabine“ mit kurzem Vorbaumaß ist der Blick auf den Arbeitsbereich besonders komfortabel und sicher.

Der Hakenlift nutzt den Platz hinter dem Fahrerhaus optimal und sorgt für einen gerin-

gen Überhang des Containers am Heck. Die Gewichtverteilung leer und beladen ist ausgeglichen. Die Hakenlift-Technik erlaubt es zudem, den ohnehin schon variablen Geräteträger auch im Bereich Aufbau für mannigfaltigste Aufgaben zu rüsten. Neben standardisierten Containeraufbauten kann der Unimog mit dieser Technik auch spezielle Transportbehälter aufnehmen, die der Nutzer nach seinen ganz eigenen Wünschen konfigurieren kann.

Das Auf- und Abladen von Maschinen und Material ist dadurch besonders einfach. Der

Radstand wurde bei diesem Exponat auf 3600 mm verlängert, das sorgt für hohes Transportvolumen. Standardisierte und genormte Schnittstellen erlauben eine schnelle und einfache Montage von Geräten und beschleunigen den Gerätewechsel. Damit ist der U 218 ohne hohen Zeitaufwand für andere Aufgaben einsetzbar.

Multifunktions-Joystick

Die Bedienung und Steuerung – auch mehrerer Geräte – geschieht dabei bequem über den Multifunktions-Joystick. Der U 218 bringt alles mit, was zur Erfüllung kommunaler Arbeitsaufgaben erforderlich ist: Neben Kompaktheit und einem attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnis überzeugt er mit Sicherheit, Flexibilität und Zuverlässigkeit.

Doppelter Nutzen mit dem Unimog U 530

Mit anderen Highlights punktet der Unimog U 530, den Mercedes-Benz auf der Münchner Umweltmesse unter dem Motto „Grün hilft Orange“ als Kombination eines Kommunal- und Agrarfahrzeugs zeigte. Mit 300 PS ist der U 530 das Top-Modell der Geräteträger und erfüllt hohe Standards. In Sachen Produktivität, Effizienz und Umweltfreundlichkeit fährt er ganz vorne mit. Der DLG-PowerMix-Test belegt: Mit dem Unimog U 530 im Einsatz entsteht bei Transportarbeiten ein Verbrauchsvorteil von bis zu 22 Prozent (Referenz: DLG-Prüfbericht 6392). Das Exponat empfiehlt sich für Dienstleister und Lohnunternehmer, die neben landwirtschaftlichen Aufgaben kommunale Arbeiten übernehmen. Auf der Messe demonstrierte der Unimog, ausgestattet mit Mulag Frontausleger für die Vegetationspflege sowie mit einem Gmeiner-Streuautomaten für die Glättebekämpfung im Winterdienst, flexible Einsatzmöglichkeiten.

Für den Gerätebetrieb stehen unter anderem die mechanische Front- und Heckzapfwelle zur Verfügung sowie die besonders effiziente Load-Sensing-Hydraulik, bei der nur die tatsächlich benötigte Leistung des Ver-

brauchers abgerufen wird. Für stufenloses Fahren im Geräteinsatz sorgt bei Bedarf von 0 bis 50 km/h der hydrostatische Fahrtrieb EasyDrive. Um den ohnehin kleinen Wendekreis um weitere rund 20 Prozent zu reduzieren und damit die Manövrierfähigkeit weiter zu verbessern, steht die Allradlenkung zur Verfügung.

TireControl Plus

Ein weiterer Vorteil ist die vom Fahrerplatz aus bequem bedienbare Reifendruckregelung TireControl Plus: Sie sorgt für erhöhte Traktion bei gleichzeitig größtmöglicher Bodenschonung – ein entscheidender Mehrwert, der beispielsweise beim Bearbeiten und Überfahren landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Tragen kommt. Mit drei Tonnen Anhängelast und Stützlast löst der U 530 auch schwere Transportaufgaben.

Mit der Zulassung als Zugmaschine-Ackerschlepper/Zugmaschine-Geräteträger ist optional auch die Abgasstufe Euromot IV (lieferbar für Unimog U 423, U 429 und U 529) in Deutschland möglich. Auch mit dieser Zulassung können die Fahrzeuge in der Kommunalwirtschaft genutzt werden. Damit erfüllt der Unimog die für Traktoren gültige Abgasnorm.

Der hochgeländegängige Unimog U 4023

Die aktuellen Unimog U 4023 und U 5023 sind hochgeländegängige Transport- und Arbeits-



Der Mercedes-Benz Unimog ist das ganze Jahr über ein zuverlässiger Helfer.

fahrzeuge. Sie erfüllen die strenge Abgasnorm Euro VI und können dank extremer Geländefähigkeiten und hoher Wattiefe bis 1,20 m auch bei der Katastrophenhilfe eingesetzt werden. Vor allem Kommunen in Gebieten mit Hochwasserrisiko können im Ernstfall auf den Unimog als robusten Helfer zählen.

Durch die hohe Nutzlast – das zulässige Gesamtgewicht liegt bei bis zu 14,5 t – sowie flexiblen An- und Aufbaumöglichkeiten erledigt der Unimog Winterdienst sowie verschiedene Transport- oder Ladearbeiten zuverlässig. Der verwindungsfähige und gekröpfte Rahmen, der geschützte Antriebsstrang und hochliegende Anbauteile, sowie der niedrige Fahrzeugschwerpunkt sorgen auch mit An- und Aufbauten für sicheres Durchkommen auf schwierigem Terrain. Durch große Böschungsgänge und eine enorme Boden-

freiheit dank Portalachsen kommen U 4023/ U 5023 selbst in Einsatzgebieten, bei denen andere Fahrzeugkonzepte längst aufgeben müssen.

Unimog Partner-Portal online

Wie gut der Unimog mit der Zulieferindustrie von An- und Aufbaugeräten harmonisiert wird im neuen „Unimog Partner-Portal“ deutlich. Mercedes-Benz Special Trucks trifft mit den Geräte- und Aufbaupartnern spezielle Vereinbarungen über die Anforderungen an deren Produkte, die Hersteller sind eingeteilt in „Unimog Partner“ und in hochspezialisierte „Unimog Expert Partner“.

Unter www.unimogpartner.com können sich Nutzer über geeignete Unimog Gerätekombinationen für unterschiedlichste Einsatzgebiete informieren – optimiert für Desktop, Tablet und Smartphone.



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mäheinsätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähauseleger, der innovative Fahrtrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Zehnjähriges Jubiläum der EMM e.V.:

Stärkende Kooperationseffekte – 10 Jahre „Mehr Miteinander“

Der Verein Europäische Metropolregion München hat vor kurzem sein zehnjähriges Jubiläum auf der MS Starnberg gefeiert. Mit über 200 Gästen, dem Münchner Landrat Christoph Göbel (Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Vereins) und Karl Roth, Landrat des Landkreises Starnberg, wurde auf die nächsten „10 Jahre Mehr Miteinander“ angestoßen.

Landrat Christoph Göbel betonte zu Beginn der Rundfahrt über den Starnberger See, dass es vor allem in dynamischen Zeiten wie diesen aktueller und nötiger denn je sei, intensiver zusammenzuarbeiten. Er lobte die Einzigartigkeit des Vereins, da dieser eine enge und interessensübergreifende Zusammenarbeit zwischen Metropole und Region, Wirtschaft und Wissenschaft ermögliche und konsequent fördere.

„Im EMM sitzen alle zusammen in einem Boot und fahren sogar in dieselbe Richtung!“, stellte Göbel den Feiertag als Sinnbild des Vereins dar. Er würdigte damit die Kooperationseffekte im Verein, die die Metropolregion München stär-

ken und voranbringen. Das Engagement jedes Einzelnen ist dabei hoch anzurechnen und soll durch die Jubiläumsfeier besonders gewürdigt werden.

Markenbildung

Landrat Karl Roth berichtete über die Markenbildung, die Aktivitäten der gwt Starnberg GmbH und von spannenden Details zum Wohn-, Wirtschafts- und Tourismusstandort Landkreis Starnberg.

Der Geschäftsführer des EMM e. V., Wolfgang Wittmann, übergab den Ehrengästen anschließend die Gastgeschenke. Diese sollen auch nach der Feier nachhaltig Emotionen hervorru-

fen und lange an diesen Abend erinnern: die „Metropol-Regionalen-Erhüllung“, eine Sonderabfüllung der Klosterbrauerei Reutberg zum einen und die Jubiläums-CD „Sound der Metropolregion München“ zum anderen.

Das für die Feier produzierte CD-Booklet zeigt für jedes der

Ein Meilenstein in der Geschichte

Generalsanierung des Landratsamts Pfaffenhofen erfährt mit feierlicher Segnung den Abschluss

Als großen Meilenstein in der Geschichte des Landkreises bezeichnete Landrat Martin Wolf den Abschluss der Generalsanierung des Landratsamts und die Segnung der neuen Räumlichkeiten. Zur Feierstunde im neuen Sitzungssaal des Landratsamtes konnte er zahlreiche Ehrengäste begrüßen.

„Bayern feiert 100 Jahre Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat. Und wir feiern unser neues Landratsamt! Der Landkreis könne stolz sein auf den Abschluss der Generalsanierung und die neuen Räumlichkeiten, mit denen der Bürgerservice deutlich verbessert werden kann. Wir können mit dem Ergebnis der jahrelangen Baumaßnahmen sehr zufrieden sein und zuversichtlich in die Zukunft blicken“, so der Landrat.

Chronik der Generalsanierung

Nach einem kurzen Blick zurück in die Geschichte des Landratsamts ließ der Landrat die Chronik der Generalsanierung kurz Revue passieren: „Schon vor rund zehn Jahren wurde deutlich, dass das Landratsamtsgebäude trotz vieler Außenstellen zu klein geworden ist. Es gab Überlegungen, ein neues Landratsamt auf dem Grundstück der Außenstelle des Landratsamts an der Pettenkofer Straße zu bauen oder auch zusätzliche Verwaltungsräume im Bereich Siglbräu/Franzbräu zu schaffen“, so Martin Wolf. Nach und nach habe sich jedoch eine Sanierung und Erweiterung des Gebäudes am Hauptplatz 22 herauskristallisiert, nicht zuletzt weil man der Meinung war, das Landratsamt gehöre in die Mitte der Kreisstadt.

Neugestaltung der Außenfassade

Nach einem „zweistufigen Einladungswettbewerb“ zur Neugestaltung der Außenfassade und einem zweijährigen Abwägungszeitraum wurde im Mai 2012 das Architekturbüro Köhler sowie die Projektanten Ingenieurbüro Schiegl und die Firma VE Plan mit den Arbeiten beauftragt. Nach weiteren Vorüberlegungen entschied man sich für einen Teilneubau des Bauteils C und einen Anbau an Bauteil B, beide Teile angrenzend zum Hofberg, weil die erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze deutlich aufgelockert werden konnten.

Mitwirkung der Bürger

Bei der Fassadengestaltung wurde die Bevölkerung miteingebunden: Es folgte ein Bürgerdialog. Die Planer und die Verantwortlichen der Landkreisverwaltung standen Rede und Antwort. Die Vorstellungen gingen ziemlich weit auseinander. Schließlich hat sich der Bau- und Vergabeausschuss mit acht zu sieben Stimmen für eine Putzfassade entschieden.

Martin Wolf: „Das Landratsamt erstrahlt jetzt in neuem

zurückliegenden zehn Jahre fünf Projekte, die einen informativen Überblick über die Entwicklung des Vereins geben. Zehn Musiktitel fangen den Heimatsound der Metropolregion München ein, präsentieren auf diesem Weg die Einzigartigkeit dieser Region und sollen gleichzeitig zu „Mehr Miteinander“ ermuntern, das die Voraussetzung für eine weiterhin positive Entwicklung der Metropolregion München ist. Weitere Informationen sowie das CD-Booklet unter <https://www.metropolregion-muenchen.eu/historie>.

Drei-Franken-Treffen der CSU:

„Erfolgsstory Bayern fortsetzen“

Den ländlichen Raum sieht Dorothee Bär als „auf lange Sicht großen Gewinner der Digitalisierung“. Für die neue Staatsministerin im Bundeskanzleramt und dort zuständig für die Digitalisierung, geht es „um die flächendeckende Teilhabe an aktuellen Entwicklungen“. Bär rief mehrere hundert Teilnehmer beim diesjährigen Drei-Franken-Treffen der ober-, mittel- und unterfränkischen CSU-Verbände dazu auf, „diesen Wandel positiv zu begleiten“. Die Lebensqualität auf dem Land sei „ohnehin besser als in manchen großen Städten“.

Die stellvertretende Parteivorsitzende der CSU brachte frühere und aktuelle Errungenschaften der Technik in Erinnerung, von der ersten Eisenbahn bis hin zum fahrerlosen Kraftfahrzeug und Fortschritte in der Medizin. „Auch die Digitalisierung hat unter dem Strich mehr Vor- als Nachteile“.

Ort des Geschehens war wieder der „Drei-Franken-Stein“ an der Schnittstelle der drei fränkischen Bezirke und den Gemarkungen Burghaslach, Schlüsselwied und Geiselwird. Der Bayerische Innenstaatssekretär Gerhard Eck, als unterfränkischer CSU-Bezirksvorsitzender diesjähriger Gastgeber des Drei-Franken-Treffens, dankte „Digi-Doro“ für ihren Einsatz bei der Digitalisierung und dem flächendeckenden Aufbau schneller Leitungen.

„Wir leben in einem der modernsten und fortschrittlichsten Länder der Welt mit einem unvergleichlichen positiven Wandel“, meinte Eck. Zur „Erfolgsstory Bayern“ zähle er neben der guten Beschäftigungslage auch eine Reihe sozialer Errungenschaften wie jetzt auch mit dem beschlossenen „Familienpaket“ und dem Landespflegegeld sowie alle Fragen im Zusammenhang mit der Inneren Sicherheit. Und mit dem von der Staatsregierung geschnürten „Zukunftspaket“ werde die CSU „dafür sorgen, dass der Freistaat an der Spitze des Fortschritts bleibt und gleichzeitig seinen Charakter nicht verliert“.

Zukunftsthemen standen auch im Mittelpunkt des Grußwortes von Thomas Silberhorn, der neuerdings als Parlamentarischer Staatssekretär in Berlin für Verteidigung zuständig ist. Der stellvertretende CSU-Bezirksvorsitzende von Oberfranken rief seine Parteifreunde zu einem engagierten Wahlkampf auf: „Wir wollen bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen am 14. Oktober das Beste für Bayern und setzen dabei auf Euren Einsatz.“

Ohne die Unterstützung der vielen Mitstreiter vor Ort sei die politische Arbeit nicht möglich, meinte auch Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Nur mit deren Hilfe „können wir deutlich machen wo wir

stehen und wofür wir stehen“. Demokratie, Freiheit, Recht und Würde des Menschen stünden im Mittelpunkt der politischen Arbeit. Stamm plädierte für mehr Respekt und Toleranz im Miteinander. Toleranz würde aber nicht bedeuten, dass man die eigenen Positionen und Werte aufgeben muss.

In diesem Sinne sah auch der Bayerische Staatsminister des Innern und für Integration, Joachim Herrmann, das Kreuz als Zeichen weltweiter christlicher Verbundenheit.

Dass die CSU Wort hält, zeigte Herrmann unter anderem anhand der aktuellen Baustelle zum 6-streifigen Ausbau der Autobahn bei Geiselwied mit den entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen auf: „Versprochen und gehalten“. Dies gelte auch für die Zusage, dass der Steigerwald Naturpark in seiner jetzigen Form bleibe, so Herrmann mit Blickrichtung auf die anwesenden Repräsentanten der „Freunde des Steigerwaldes“. pmw



EMM-Geschäftsführer Wolfgang Wittmann mit den Landräten Christoph Göbel und Karl Roth (v.l.). Bild: Ralf Luethy, field-of-view.com

Rosenheimer Landratsamt eingeweiht:

Sinnbild einer Verwaltung

Mit einer Einweihungsfeier wurde kürzlich der Neubau des Landratsamts Rosenheim seiner Bestimmung übergeben. Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Bauministerin Ilse Aigner bezeichnete das Gebäude in ihrer Festrede als „Sinnbild einer Verwaltung“. Es sei offen und transparent und Menschen werden das Haus gerne betreten.

Im Erdgeschoss und fünf Obergeschossen entstanden auf einer Nutzfläche von etwa 2.150 Quadratmetern gut 100 Arbeitsplätze. In unmittelbarer Nähe zum großen Sitzungssaal im Altbau liegt der neue kleine Sitzungssaal mit einer Grundfläche von etwa 120 Quadratmetern. Im ersten bis vierten Obergeschoss ordnen sich die Büroräume entlang der Außenfassade an. Im Dachgeschoss wurde neben Technik- und wenigen Büroräumen vor allem Platz für Besprechungen, Seminare und Schulungen geschaffen.

Neuester Standard

Das neue etwa 21 Meter hohe Gebäude wird mit Fernwärme und Fernkälte versorgt. Zudem wurde auf der Dachfläche eine Photovoltaikanlage errichtet. Der Erweiterungsbau und der Innenhof sind komplett unterkellert. In der Tiefgarage können über 40 Fahrzeuge abgestellt werden. Die Baukosten beliefen sich auf 17,3 Millionen Euro.

Verschlingung der Organisationsstruktur

Landrat Wolfgang Berthaler verwies auf die Notwendigkeit des Neubaus. Zu seinem Amtsantritt 2014 erwarteten ihn die zahlreichen Asylbewerber, die ins Land kamen, die zu geringe

Personaldecke, die Raumnot, die fehlenden Schulungsräume und Besprechungszimmer. Ein Jahr später beauftragte der Landkreischef einen Architekten im Landratsamt, eine Erweiterung zu prüfen. Letztlich vergingen von der Planung bis zur Fertigstellung lediglich drei Jahre. „Die Bauarbeiten gingen einher mit einer Verschlingung der Organisationsstruktur des Landratsamtes“, stellte der Landrat fest.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner brach eine Lanze für eine gelingende Verwaltung, „denn ohne sie würde unser Staat nicht funktionieren“. Mit Blick auf die aktuelle Debatte um das Kreuz in öffentlichen Gebäuden erklärte sie: „Das ist für mich ganz klar ein Bekenntnis. Das war mir auch in Berlin wichtig, schon dort habe ich ein Kreuz aufgehängt.“

Servicestelle für die Bürger

„Wir brauchen solche Verwaltungsgebäude, weil wir Servicestelle sind für unsere Bürger und weil niemand glauben darf, dass die Arbeit weniger wird“, hob Bezirkstagspräsident Josef Mederer hervor. Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer meinte: „Ich schwanke zwischen Bewunderung und Neid. Das Gebäude zeigt, was mit 46 Gemeinden in einem Landkreis möglich ist.“ DK

Trauer um Wolfgang Schenk

Die Betroffenheit im Lauinger Rathaus und im Stadtrat der Albertus-Magnus-Stadt ist groß: Bürgermeister Wolfgang Schenk ist nach einem vollkommen unerwarteten Zusammenbruch während der Stadtratssitzung am 12. Juni verstorben. Er wurde nur 59 Jahre alt. Im Juli hätte er seinen 60. Geburtstag gefeiert.

Der Verstorbene war seit Mai 2004 1. Bürgermeister von Lauingen. In den Jahren 2010 und 2014 stellte er sich zur Wiederwahl, die er mit großer Mehrheit gewann. Kommunalpolitisch engagiert war Schenk vor seiner Amtszeit als Gemeindeoberhaupt bereits seit 2002 als Mitglied des Lauinger Stadtrates. Dem Kreistag gehörte Wolfgang Schenk seit zehn Jahren an.

„Verantwortungsvoll und engagiert für Lauingen, mit seiner ruhigen, sympathischen Art“, erinnert sich Dietmar Bulling an seinen Bürgermeisterkollegen. „Er war der richtige Mann für das Miteinander in Lauingen. Ein Mensch, der alle ins Boot geholt hat und der immer die beste Lösung für alle anstrebte“, erklärte Lauingens 3. Bürgermeister Albert Kaiser. Beide werden in nächster Zeit gemeinsam die Geschäfte der Stadt übernehmen.

„Der plötzliche Tod von Bürgermeister Wolfgang Schenk hat mich tief erschüttert und macht mich fassungslos. Wolfgang Schenk habe ich während der Zeit seines kommunalpolitischen Wirkens vor allem auch wegen seines bescheidenen Wesens und seiner verbindlichen Art sehr geschätzt“, betonte Dillingens Landrat Leo Schrell. Angesehen und beliebt sei er zudem wegen seines stets menschlichen und ausgleichenden Umgangs mit seinen Mitmenschen gewesen. So habe auch die Belegschaft des Landratsamtes die traurige Nachricht über den Tod des früheren Kollegen tief betroffen aufgenommen. DK

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse
GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken
GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.



Von rechts: Naturschutzreferentin Christiane Kotz, der ehemalige Vorsitzende des Fürstzeller Gartenbauvereins Hubert Scheibenzuber, Fürstzellens Vize-Bürgermeisterin Ursula Berchtold, der Vorsitzende des Gartenbauvereins Fürstzell Leo Hazod, der Aufsichtsratsvorsitzende der Waldbaugenossenschaft Reinhard Allinger, Landrat Franz Meyer, Hauzenbergs Bürgermeisterin Gudrun Donaubaier, der stellvertretende Vorsitzende der Waldbaugenossenschaft Erhard Kreuz, der Aufsichtsrat der Waldbaugenossenschaft Karl-Ferdinand Angermann, der forstliche Betriebsleiter Erwin Pauli, Aldersbachs Umweltbeauftragte Michaela Würdinger-Gaidas, die stellvertretende Rektorin der Grundschule Aldersbach Caroline Pritzl und Aldersbachs Bürgermeister Harald Mayrhofer freuten sich über die verliehenen Preise. □

Umweltpreis 2018 für Waldbaugenossenschaft Steinberg

Rekordbeteiligung beim 25. Naturschutztag des Landkreises Passau

Dass der Landkreis Passau zahlreiche Projekte rund um den Naturschutz begleitet und fördert, wurde beim 25. Naturschutztag deutlich. Und dass sich diese Maßnahmen bezahlt machen, zeigen die Erfolge, die die rund 60 Teilnehmer des Naturschutztages begutachten konnten. Landrat Franz Meyer freute sich über eine Rekordbeteiligung bei der Jubiläumsveranstaltung. „Ziel der Veranstaltung ist es, die Ergebnisse und Erfolge der Naturschutzmaßnahmen vor Ort zu erleben“, sagte der Landrat.

Folgende Ortstermine standen auf dem Programm:

- Life-Natur-Projekt „Unterer Inn und Auen“ und Informationen zu 25 Jahre EU-Projekt Natura 2000: Besichtigung der angekauften Flächen im Auwald von Aufhausen, Entwicklung der Flächen nach 15 Jahren; Spaziergang durch Brennen, Tümpelbereiche und Ökotoflächen

- Hochwasserschutzmaßnahmen Erlau: Besichtigung der Hochwasserschutz- und Renaturierungsmaßnahmen an der Erlau nach dem Hochwasser 2013

- Wälder der Waldbaugenossenschaft Steinberg, Hauzenberg: Besichtigung der Waldbereiche im Bereich des Guts Lichtenau.

Den Abschluss des Naturschutztages bildete traditionell die Ver-

leihung des Umweltpreises und der Anerkennungen. Im Mittelpunkt stand dabei die Waldbaugenossenschaft Steinberg als Preisträger 2018. Der wirtschaftliche Verein verzichtet seit über 100 Jahren auf Ausschüttungen an ihre Mitglieder und investiert diese stattdessen zu 100 Prozent in den Wald. Das bayernweit einzigartige Waldbau-Konzept der Waldbaugenossenschaft Steinberg (Stadt Hauzenberg) wurde auf Beschluss des Umweltausschusses mit dem Umweltpreis 2018 des Landkreises Passau ausgezeichnet. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert.

Anerkennungen gehen an die Grundschule Aldersbach und an den Gartenbauverein Fürstzell. □

50 Jahre Kreisfahrbücherei Dillingen a. d. Donau

Als absolutes Erfolgsmodell bezeichnete Landrat Leo Schrell anlässlich einer kleinen Feierstunde die Kreisfahrbücherei, die seit nunmehr 50 Jahren im Landkreis einen wichtigen Beitrag zur Bildung junger Menschen leistet.

Die Initiative ging seinerzeit vom damaligen Landrat des Landkreises Wertingen, Anton Rauch, aus. „Seither bringen wir Bildung zu den Schülern“, betonte Leo Schrell. Am 4. Dezember 1967 wurde der Bücherbus als erste Kreisfahrbücherei in Südbayern in Betrieb genommen und hat sich etabliert. So tourt der Bus heute im dreiwöchigen Turnus durch den gesamten Landkreis und fährt dabei 78 Haltestellen in 26 Gemeinden an. Zudem wird die Firma BSH in Dillingen wöchentlich angefahren. Insgesamt legt der Bus damit im Jahr rund 10.000 Kilometer zurück.

„Wir haben in enger Abstimmung mit der Stadt Wertingen

das Angebot stets an die Lesegewohnheiten der Nutzer und vor allem den Vormarsch der digitalen Medien angepasst“, begründet Schrell das nach wie vor hohe Interesse an dem Angebot der Kreisfahrbücherei. So finden Leser in allen Altersklassen, von Kleinkindern bis Senioren, entsprechenden Lesestoff. Im Jahr 2017 haben 1.327 Leser rund 91.000 Ausleihungen vorgenommen und dabei auf einen aktuellen Buchbestand von rund 29.500 Medien zurückgegriffen. Darunter fallen 6.000 Bücher Sachliteratur, 5.500 Romane, 13.500 Bücher Kinder- und Jugendliteratur sowie ca. 4.500 digitale Medien (CD's).



Von links: Dieter Nägele (Geschäftsleiter Stadt Wertingen), Andreas Behringer (Mitarbeiter Landratsamt), Karl Mordstein (Leser), Johann Bröll (2. Bürgermeister Stadt Wertingen), Dr. Johannes Mordstein (Leser), Georg Feeß (Abteilungsleiter Landratsamt), Michael Baumgärtner (Leiter der Kreisfahrbücherei), Ludwig Klingler (Stadtratsmitglied Wertingen), Leo Schrell (Landrat), Petra Aehlig, Georg Baimdl, Lucia Wutte (alle Mitarbeiter Kreisfahrbücherei), Willy Lehmeier (1. Bürgermeister Stadt Wertingen), Günther Weiser (Geschäftsleiter Stadt Wertingen). □

Neben der Kreisfahrbücherei Dillingen gibt es bayernweit nur noch acht weitere ähnliche Einrichtungen.

Im Frühjahr 2016 wurde die Kreisfahrbücherei Mitglied beim Onlineverbund „eMedienBayern“. Seither können digitale Medien bequem von zuhause ausgeliehen werden. Auch die 2017 online gegangene neue Homepage spricht viele Nutzer an.

Lebendiges Zentrum der Bildung

Bürgermeister Willy Lehmeier freute sich ebenfalls über den guten Zuspruch, den die Kreisfahrbücherei nach wie vor erfährt, obwohl in der Bevölkerung vielfach ein Rückgang des Lesens festzustellen sei. „Die Stadt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten sowohl bei der Finanzierung wie auch bei den notwendigen Strukturveränderungen als großzügiger Partner erwiesen. Schon deshalb, weil wir als Schulstadt die Kreisfahrbücherei als lebendiges Zentrum der Bildung ansehen. Ich möchte es nicht versäumen, dem Personal für ihr stets freundliches und kundenorientiertes Auftreten zu danken. Unsere gemeinsamen Bemühungen müssen sich nun darauf konzentrieren, die Kreisfahrbücherei zeitgemäß weiter zu entwickeln“, sagte Lehmeier.

Landrat Leo Schrell pflichtete Lehmeier darin bei, die attraktive Weiterentwicklung der Kreisfahrbücherei im Auge zu behalten. So startet die Einrichtung laufend Aktionen, um vor allem junge Menschen für das Lesen zu begeistern und als Nutzer für die Einrichtung zu gewinnen. 2016 wurde beispielsweise allen Grundschulern im Landkreis ein Lesegutschein bis zu den Sommerferien ausgestellt. Auch ist

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Nachdem wir wieder alle Untertanen von König Fußball geworden sind, gilt es, seine Majestät gebührend zu ehren. Die Public-Vie-wing-Wand im Stadtpark kostet zwar ein Schweinegeld, aber das ist es mir zur Stärkung des Zusammenhalts und zur Kanalisierung der Begeisterung schon wert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich diesmal mit Hilfe von Sponsoren einen lang gehegten Traum erfüllt: Eine riesige Projektionswand, einen Foodtruck, Schankmobile und eine echt Mega-Soundanlage für die Deutschland-Spiele.

Schade, dass die Begeisterung für diese Fußball-WM ursprünglich ein bisschen auf gebremstem Schaum daher gekommen ist. Aber das dürfte sich im Laufe des Turniers ändern,

Majestät Fußball gibt sich die Ehre

wenn die Leistung von Jogis Jungs sich steigert (und das 0:1 gegen Mexiko war ja nur ein Ausreiter, oder?) und es weiter solche sympathischen Überraschungen gibt, wie die Argentinien-Klatsche durch das 1:1 mit (Huh, Huh) Island.

Jedenfalls ist die Ausstattung der Autos mit Deutschland-Fahnen und schwarz-rot-goldenen Rückspielschützern noch ausbaufähig. Ob es am Austragungsland, Russland, liegt? Ein schönes Land mit reicher Kultur, aber es weckt natürlich bei weitem nicht so exotische Phantasien wie vor vier Jahren Brasilien oder vor acht Jahren Südafrika. Möglicherweise ist auch der Ruf des Landes als Demokratie nicht so gefestigt, wie es Gerhard Wes-Brot-ich-essendes-Lied-ich-sing Schröder es uns weismachen will. Oder es ist vielen unangenehm, an einer Fußball-Party teilzunehmen, und sei es auch nur vor der Glotze, während in einem Teil Europas ein unerklärter Krieg herrscht, so wie im Osten der Ukraine. Jedenfalls sollen selbst die Stadien nicht so gut gefüllt sein und die Sponsorengelder nicht so üppig fließen, wie es sich die FIFA vorgestellt hat.

Überhaupt die FIFA. Wie man sagt, ist ja der Tango corrupti der inoffizielle WM-Song dieser wie der vorausgehenden und der kommenden

Weltmeisterschaften. Vielleicht haben es auch manche Leute einfach satt, sich via Einschaltquote oder in sonstiger Weise an der Wertsteigerung der Marke Fußball-WM zu beteiligen.

Wobei Deutschland, Brasilien oder jetzt Russland als Gastgeber noch richtige, traditionsreiche Fußballnationen sind, die durchaus auf sportliche Meriten verwei-

sen können. Aber Qatar 2022 ist eher für Falkenzucht und Kamelrennen bekannt – beides erst auf dem Sprung, olympische Disziplin zu werden. Oder 2026 die Eishockey-Großmacht Kanada, die USA, deren Fußball nicht erst seit Kaisers Zeiten eher bekannt ist für die Drittverwertung europäischer Fußballlegenden, die dort Soccer spielen müssen, und als Feigenblatt Mexiko, das bis dahin von den USA zwar durch eine Mauer getrennt sein wird, aber wenigstens Ahnung vom Fußball (siehe Sonntag!) hat.

Tatsächlich sagt man ja, Onkel Donald habe sich persönlich für den Zuschlag zugunsten des Trios USA/Kanada/Mexiko eingesetzt. Ausschlaggebend soll seine Drohung gewesen sein, Strafzölle auf Schmiegelder zu erheben, wenn die FIFA nicht spurt. Wobei das ein Gerücht sein mag, denn es ist kaum vorstellbar, dass sich Präsident Trump für ein so regelbasiertes Spiel erwärmen kann, da er doch sonst alle Regeln vom Tisch wischt, wie ein trotziger Sechsjähriger, der Schwierigkeiten hat, die Grundzüge von Mensch-ärgere-Dich-nicht zu begreifen. Das letzte wirklich pädagogisch wichtige Signal, das der US-Leader sandte war, dass er auch mit dem dicken Kind aus Nordkorea im geopolitischen Sandkasten spielen will, jedenfalls lieber als mit dem Justin, den alle Mädels anschnachen.

Mein Chef, der Bürgermeister, nahm es pragmatisch. Gerade weil die Weltlage so ist, wie sie ist, sollte man sich mal 90 Minuten gesellige Entspannung durchaus gönnen. Warum denn nicht? Denn dass allzu oft andere die Regeln bestimmen, bemerkte schon der Kaiser unter den Fußball-Philosophen, Franz Beckenbauer: „Abseits ist, wenn der Schiedsrichter pfeift.“

Ihre Sabina

Zum 65. Geburtstag von Hans Loy:

Verdienstvolles Engagement

Der ehemalige Rosenheimer Landrat Josef Neiderhell würdigte Pruttingers Bürgermeister Hans Loy einst als soziales Gewissen des Landkreises, der immer wieder auf verbesserungswürdige Dinge hinweist. Tatsächlich ist Loy bekannt dafür, dass er ein Politiker mit Leib und Seele ist, der die Dinge beim Namen nennt. Am 17. Juni feierte der engagierte Rathauschef nun seinen 65. Geburtstag.

Jubilär rund 18 Jahre lang als Personalrat und Schwerbehindertenvertreter erfolgreich die Anliegen der Mitarbeiter gegenüber dem Vorstand.

Nicht nur verwalten, sondern gestalten

Hans Loy betrachtet sich als politischer Mensch, der nicht nur verwalten, sondern gestalten will. Seiner Meinung nach sollten für alle Pruttinger Bürgerinnen und Bürger die wichtigsten Einrichtungen für die Daseinsvorsorge am Ort sein, angefangen von Kinderkrippe, Kindergarten, Grundschule, Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen bis hin zu Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen und Einrichtungen für Senioren.

Daseinsvorsorge

Ohnehin, so führt Loy aus, müsse die Ortsgestaltung der veränderten Gesellschaft Rechnung tragen. Seine Gemeinde sucht deshalb nach der bestmöglichen Wohnlösung für ältere Gemeindebürger. Weitere Themen sind sichere Verkehrswege, Natur- und Landschaftsschutz, eine intakte Trinkwasserversorgung sowie die gemeindlichen Finanzen.

Für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung wurde Hans Loy mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze geehrt. **DK**



Hans Loy. □

Soziales Wirken

Neben seinen politischen Aufgaben engagiert sich das Gemeindegewissen, das nach einem Arbeitsunfall im Rollstuhl sitzt, auch stark in sozialen Bereichen: So betätigte sich Loy zwölf Jahre als Jugendschöffe, zudem fungiert er als Behindertenbeauftragter und ist Vor-

standsmittglied im VDK-Kreisverband. Nach eigenem Bekunden hat er in seiner beruflichen Laufbahn drei Berufe erlernt: Landwirt, Sägewerker und nach seinem Unfall Bankkaufmann. Als Mitglied des Rosenheimer Kreistags und bereichert mit seinem Sachverstand den KPV-Landesvorstand als Beisitzer.

die Beteiligung am Sommerferien-Leseclub, einem landesweiten Leseförderprojekt für Kinder und Jugendliche, bereits fester Bestandteil des Jahresprogramms geworden. Schrell und Lehmeier sind sich jedenfalls darin einig, dass die Kreisfahrbücherei für die Bildung der jungen Menschen im Landkreis außerordentlich wertvoll und wichtig ist. □

„Nachhaltiges Denken kennt keine Grenzen“

Bürgermeister des Jahres: Erster Bürgermeister der Gemeinde Kirchanschöring ausgezeichnet

Der Erste Bürgermeister der Gemeinde Kirchanschöring, Hans-Jörg Birner, ist für sein besonderes Engagement in den Bereichen nachhaltige Energie, nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz zum „Bürgermeister des Jahres“ gekürt worden. Die Auszeichnung wurde ihm gestern in Traunstein überreicht. Birner initiierte unter anderem ein interkommunales Energiekonzept, brachte die Vernetzung der Ehrenamtlichen in seiner Gemeinde voran und setzt bei Neubauten der Gemeinde, wie dem Haus der Begegnung und dem Gebäude „Schöner Wohnen“, auf die Schaffung preisgünstiger Mietwohnungen für alle Altersgruppen.

Übergeben wurde der Preis von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister der Gemeinde Pullach im Isartal. In seinen einführenden Worten hob Detig besonders die Verantwortung gegenüber kommender Generationen hervor, die durch großes Engagement und Kreativität der beteiligten Personen eine besondere Wertschätzung erfahren habe und anderen Kommunen als Vorbild dienen könne. „Auch in der Kommunalpolitik können wir uns kein Scheuklappenkleben leisten, wenn es darum geht Verantwortung für die Zukunft zu

übernehmen. Hans-Jörg Birner zeigt eindrücklich, was sich durch Engagement und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit für künftige Generationen erreichen lässt“, zeigte sich Dr. Detig abschließend überzeugt.

Vorbildfunktion

Auch privat lebt Birner durch die Nutzung eines Elektroautos sein Engagement für die Umwelt. Für seine Gemeinde hat er die Zukunft stets im Blick, insbesondere wenn es um eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, wie

Bio-Nahwärme und Photovoltaik, unter anderem mit einem kommunalen Energiesparförderprogramm geht. Damit auch künftig genug Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, wurden entsprechende Areale bereits im Flächenutzungsplan gesichert.

Begründung der Fachjury

Die Fachjury (s.u.) lobte in ihrer Begründung auch seinen wirkungsvollen Einsatz im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben und seinen Einsatz für eine Leader-Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines gemeindeübergreifenden Energiewerkes zur nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien in der Region. „Dies ist ein klarer Beweis dafür, dass nachhaltiges Denken nicht an der Gemeindegrenze endet“, ergänzte Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau, Partner der LKC-Gruppe, die den landesweiten Preis für besondere kommunalpolitische Verdienste jährlich gemeinsam mit der Detig Rechtsanwalts-gesellschaft auslobt.

„Ausgezeichnet wird heute ein Bürgermeister, der Nachhaltigkeit in den Bereichen Energie, Wirtschaften und Ökologie denkt, lebt und seine Ideen über die Gemein-

degrenzen hinweg im Konzert mit Bürgerinnen, Bürgern und kommunalen Spitzenvertretern umsetzt.“ Das gemeinsame Engagement für die heimische Region bedürfe, so v. Gronau in seiner Laudatio, viel Fingerspitzengefühl – sowohl nach außen gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch in Richtung der Nachbarkommunen und Behörden.

„Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung. Sie ist eine schöne Bestätigung für unsere gemeinsame Arbeit von Gemeinderat, Bevölkerung und Verwaltung über viele Jahre hinweg“, sagte Birner. „Vor allem aber ist es ein Ansporn nicht nachzulassen im Bemühen, unser gemeinwohlorientiertes und nachhaltiges Gemeindeentwicklungskonzept „Leben und Wirtschaften in Kirchanschöring“ weiterhin erfolgreich umzusetzen“, so Birner abschließend.

Pioniergemeinde

Auch Landrat Siegfried Walch beglückwünschte den Geehrten für seinen Einsatz in der Region: „Heimat mit Zukunft heißt wirtschaftliche Entwicklung, Bewahrung der Natur und sozialen Zusammenhalt in Einklang zu bringen. Kirchanschöring unter Führung von Hans-Jörg Birner ist dabei eine Pioniergemeinde. Hans-Jörg ist ein Bürgermeister mit Weitblick und Mut zu Neuem, der immer wieder innovative Akzente setzt. Bestes Beispiel ist das jüngst eröffnete „Haus der Begegnung“, das es künftig vielen Men-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma aumass GmbH & Co. KG und unser Sonderdruck des 6. Bayerischen Wasserkraft-Forums der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Strahlende Gesichter bei der Preisverleihung in den Räumlichkeiten der Datag Steuerberatung, Traunstein (v.l.): Dr. Stefan Detig, Landrat Siegfried Walch, Bürgermeister Hans-Jörg Birner, Dr. Franz-Stephan v. Gronau. □

heim, Mitglied des Kreistags München, Träger des Ehrentitels „Altbürgermeister“ und Ehrenbürger der Stadt Unterschleißheim

Neben der Auszeichnung wurden steuerliche und rechtliche Beratungsleistungen von der LKC-Gruppe für eine gemeinnützige Einrichtung in Höhe von 2.000 Euro vergeben.

Mitglieder der Jury:

Rolf Zeitler, Erster Bürgermeister a. D. der Stadt Unterschleiß-

heim, Mitglied des Kreistags München, Träger des Ehrentitels „Altbürgermeister“ und Ehrenbürger der Stadt Unterschleißheim

Eckhard Kalinowski, Bürgermeister a. D. der Gemeinde Taufkirchen, Mitglied des Gemeinderates

Dipl.-Kfm. Dr. Franz-Stephan von Gronau, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner bei der LKC-Gruppe. □

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 5. Juli 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

AVA-Software

ORCA
orca-software.com

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 93130 • www.fahnen-koessinger.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung
seit 1910
PP
Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrfähigkeitssysteme
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggerstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW
Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage
Clever investieren - doppelt sparen mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW!
• Substitution von Heiz-, Kälte-, Rückkühlleistung
• Nachrüstung / Sanierung im Bestand
• Hochrentabel und betriebssicher
• Keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
• Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)
Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus u.v.a.m.
Treffen Sie uns auf dem 11. Bayerischen EnergieForum 28. Juni 2018, München
SEW® GmbH | 47906 Kempten
Tel. 02152/9156-0 | www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**
Hailo
Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbel
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade bestehender Straßenleuchten mit Verstand und Verantwortung.
Laternix®
Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL

Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



6. Bayerisches WasserkraftForum in Neunburg vorm Wald Argumente der Vernunft

„Wasser. Kraft. Bayern.“ hieß es auch beim 6. Bayerischen Wasserkraftforum in Neunburg vorm Wald. Die Bayerische GemeindeZeitung als Veranstalter konnte hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse willkommen heißen.

Insgesamt präsentierten 20 Partner und Aussteller den Gästen in der Schwarzachtalhalle ihre Innovationen und Angebote. Darüber hinaus stand ein knappes Dutzend Fachvorträge auf der Tagesordnung. Hochkarätige Referenten erläuterten die Potenziale der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Zudem hatten die Tagungsteilnehmer im Anschluss an das WasserkraftForum die seltene Gelegenheit, Eixendorf II – die Bayerischen Landeskraftwerke bauten an der Vorsperre des Eixendorfer Stausees eine besonders umweltverträgliche Wasserkraftanlage – und die Netzleitstelle des Bayernwerks am Bärnhof zu besichtigen. Von dort aus werden das gesamte 20-kV-Mittelspannungsstromnetz des Bayernwerks von Aschaffenburg bis ins Berchtesgadener Land und das Erdgasnetz überwacht.

„Seit Jahrtausenden sind unsere Gewässer die Lebensadern der menschlichen Zivilisation“, hob GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel in ihrer Begrüßung hervor. Aus Praktikabilitätsgründen, falsch verstandenem Hochwasserschutz und egoistischem Eigennutz zur Landgewinnung seien allerdings in den letzten 200 Jahren Flüsse eingemauert und begradigt worden. Diese Sünden der Vergangenheit würden heutzutage gerade seitens der großen, aber auch der kleinen Wasserkraft unter enormem finanziellem Aufwand korrigiert.

Aus diesem Grund ist es für von Hassel „nicht einsichtig, dass die öffentliche Hand mit bis zu dreistelligen Millionenbeträ-

gen dringend nötige Querverbauungen in unseren Gebirgsflüssen finanzieren muss, wenn dabei kein einziges Kilowatt elektrischer Strom erzeugt werden darf; wo es doch möglich wäre – wenn die Konditionen stimmen würden – diese Verbauungen über den Strompreis zu finanzieren.“

Kräfte bündeln

Wie der gastgebende Bürgermeister Martin Birner in seinem Grußwort darlegte, müsse man beim Thema dezentrale Energieversorgung „alle Kräfte bündeln“. Er verwies auf den Verbund mit innovativen Firmen wie der in Neunburg vorm Wald ansässigen Firma F.EE, einem „Hidden Champion“, der weltweit Kunden mit individuellen Lösungen für Automatisierungstechnik versorgt. F.EE-Technologien kommen unter anderem auch in der Wasserkrafttechnik zum Einsatz.

Birner zufolge könne sich die oberpfälzische Stadt rein rechnerisch zu 100 Prozent aus regenerativen Energien selbst versorgen. Innovative Beispiele seien die Stromerzeugung im Eixendorfer Stausee, zahlreiche Kleinkraftwerke in privater Hand an der Schwarzach sowie das mit Flusswasserwärme geheizte Erlebnisbad. ■

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge stehen mit Links zu den Ausstellern zum Download bereit.

www.bayerisches-wasserkraftforum.de



Schlegeis Stausee in den Zillertaler Alpen

Herfried Harreiter / Arbeitsgemeinschaft Alpine Wasserkraft

Wasserkraft im Alpenraum: Daten und Fakten

Die Arbeitsgemeinschaft Alpine Wasserkraft (AGAW) wurde 1999 im niederbayerischen Landshut von deutschen, österreichischen und schweizerischen Betreibern von Wasserkraftwerken als eingetragener Verein gegründet. Sämtliche Aktivitäten der AGAW zielen auf die Förderung der Energiegewinnung aus Wasserkraft nach bestmöglichen technischen und ökologischen Standards ab.

Für die nötige, ganzheitliche Befassung mit dem vieldimensionalen Thema der Wasserkraftnutzung arbeiten 18 Mitglieder aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Südtirol mit Behörden, Unternehmen, Interessensvertretern und Wissenschaftlern zusammen. Neben konkreten Wasserkraftprojekten und dem gegenseitigen Informationsaustausch gilt es als Ziel, das öffentliche Bewusstsein für den unverzichtbaren Beitrag der Wasserkraft zu steigern, den diese als saubere Energiequelle für die Klimapolitik und für das Erreichen der europäischen Klimaziele spielt.



Herfried Harreiter
Arbeitsgemeinschaft Alpine Wasserkraft

Laufkraftwerke bilden das Rückgrat der alpinen Wasserkraft. Über 50 % der Leistung und des Arbeitsvermögens der insgesamt 603 Laufkraftwerke (Leistung: 20,3 GW, Arbeitsvermögen: 98,6 TWh) liegen im französischen Alpenraum und in Österreich, wobei die energetisch intensiv genutzten Flüsse Rhône und Donau eine dominierende Stellung einnehmen. Flexibilität bieten insgesamt 338 alpine Speicherkraftwerke mit einer Leistung von 24,1 GW und einem Arbeitsvermögen von 56,9 TWh. Hinsichtlich der installierten Speicherkraftleistung zeigt sich eine Gleichverteilung auf die Schweiz, den französischen

und den italienischen Alpenraum. Insgesamt 78 Pumpspeicher (Turbinenleistung: 18 GW, Pumpenleistung: 14 GW) sind das Asset der Alpen in der Integration volatiler erneuerbarer Energien.

Wasserkraft spielt an der Gesamtstromerzeugung Deutschlands von 646 TWh mit einem Anteil von 3 % (19 TWh) eine marginale Rolle (Werte für 2015). Allerdings sind 80 % der Wasserkrafterzeugung in Deutschland in den stark alpen-dominierten südlichen Bundesländern Bayern (13 % der Erzeugung) und Baden-Württemberg (7 % der Erzeugung) konzentriert. Bis 2050 soll in Deutschland das Energiesystem umgestellt werden – Stichwort Energiewende. Diese beinhaltet den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022, die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien und die Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Die zusätzliche Bedeutung der Wasserkraft zur Erreichung der Ziele der Energiewende wird als gering angesehen. Das Zubaupotenzial liegt bei 1 GW bzw. 3 TWh/a, das →

Basis und Rückgrat der Stromwirtschaft

Mit der hohen Speicher- und Pumpspeicherleistung kommt der Wasserkraft in den Alpen eine Schlüsselrolle in der Stabilisierung des zunehmend volatileren Stromnetzes zu. Das Arbeitsvermögen der alpinen Wasserkraftwerke ≥ 5 MW beläuft sich auf 166 TWh/a: 99 TWh/a Laufkraft, 57 TWh/a Speicherkraft und 10 TWh/a Pumpspeicherkraft (nur natürlicher Zufluss). Die Wasserkrafterzeugung wird zu 60 % von Laufkraftwerken dominiert.

vornehmlich mit dem Um- und Ausbau von Bestandsanlagen verbunden ist. Die gesamte installierte Wasserkraftleistung der Europäischen Union beträgt 143 GW. Allein der Alpenraum weist eine Wasserkraftleistung von 63 GW auf. Davon stammen 49 GW aus EU-Alpenstaaten.

Die Wasserkraft ist gegenüber alternativen Stromerzeugungstechnologien wettbewerbsfähig. Sie muss sich in einem sehr schwierigen Marktumfeld ohne Förderungen behaupten und steht unter ökonomischem Druck. Die Integration anderer erneuerbarer Erzeugungsformen ist nur aufgrund massiver Markteingriffe möglich (z.B. Einspeisetarife und -vorrang, Abnahmeverpflichtung etc.)

Regulative Eingriffe verursachen große Belastungen

Die Wasserkrafterzeugung unterliegt zahlreichen regulativen Eingriffen, die in vielen Fällen zu großen monetären Belastungen führen. Der Alpenraum ist gekennzeichnet durch standortbedingt unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen für die Wasserkraft. Eine Vielzahl an staatlichen und regionalen Regelungen in Bezug auf Netzentgelte, Benutzungsgebühren, Heimfallsregelungen, etc., die vielfach hoch spezifisch sind (Abhängigkeiten von Leistung, Erzeugung, Baujahr, Revitalisierung usw.), macht einen Vergleich

der Rahmenbedingungen nur punktuell möglich. Obwohl die Wasserkraft die Basis und das Rückgrat der Stromwirtschaft in den Alpen darstellt und einen vielfältigen Zusatznutzen aufweist, wird diese be- und nicht entlastet, wie die Belegung der Erzeugung mit Netzentgelten deutlich macht.

Netzentgelte dienen der Finanzierung des Ausbaus, der Instandhaltung und dem sicheren Betrieb des Stromnetzes. Sie werden durch Entnehmer und/oder Einspeiser (= Stromerzeuger) aufgebracht. In Österreich werden rund 40 % der Netzentgelte durch Stromerzeuger und damit auch durch die Wasserkraft erzielt. In Frankreich liegt der Anteil der Erzeuger bei 2 %. Die anderen Alpenstaaten kennen keine Erzeugerkomponente bei der Aufbringung von Netzentgelten.

Ein großer Anteil an alpinen Wasserkraftwerken berührt unmittelbar Schutzgebiete und ist mit deren Schutzziele vereinbar. Wichtige Basis dafür sind die bestehenden strengen Prüfkriterien für Wasserkraftwerke und beständige Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung.

Einen Überblick über aktuelle Daten- und Fakten zur Wasserkraftnutzung im Alpenraum und deren wesentliche regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen liefert die Studie „Status und Zukunft der alpinen Wasserkraft“ unter www.alpine-wasserkraft.com. ■



Die Tagungsteilnehmer hatten die außergewöhnliche Gelegenheit, die Netzleitstelle des Bayernwerks in Neunburg vorm Wald und das besonders umweltverträgliche Wasserkraftwerk Eixendorf II zu besichtigen.

Dr. Christoph Rapp / Stadtwerke München

Regelenergie aus Wasserkraft

Das europäische Verbundnetz wird mit 50 Hz Wechselstrom betrieben. Die Frequenz, die ein wesentliches Qualitätsmerkmal eines Stromnetzes ist, muss möglichst konstant gehalten werden; hierfür ist in jedem Moment ein Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch notwendig. Verantwortlich dafür ist der so genannte Übertragungsnetzbetreiber. In Deutschland sind das Amprion, EnBW, Tennet und 50 Hertz.

Die Stabilität der Netzfrequenz kann man sich wie eine Radtour im Gebirge vorstellen. Die Netzlast bzw. der Verbrauch soll durch die Straßensteigung repräsentiert werden. Der Radler, der keine Gangschaltung hat, muss auf seinem Weg immer mit der gleichen Frequenz strampeln. Wenn es bergauf geht, muss er richtig in die Pedale treten (das entspricht einer Leistungssteigerung der Erzeugung), bei der Bergabfahrt, muss er sich viel weniger ins Zeug legen (Leistungsreduktion). Tritt er den Hügel hinab mit unverminderter Stärke in die Pedale, steigt die Trittfrequenz unweigerlich; verpasst er jedoch bei der Bergauffahrt rechtzeitig nachzulegen, kann es sein, dass er komplett aus dem Tritt und in der Folge zum Stillstand kommt. Im Stromnetz ist das der so genannte Blackout.

Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der wachsenden volatilen Einspeisung steht die Energiewirtschaft vor großen Herausforderungen. Für den Übertragungsnetzbetreiber gibt es drei verschiedene Maßnahmen bzw. Regelenergie-Produkte, um die Netzfrequenz auszusteuern. Die Primär-, die Sekundär- und die Tertiärregelleistung mit jeweils positiven und negativen Leistungsabrufen. Diese unterscheiden sich durch die Reaktionszeit. Während die Primärregelleistung unmittelbar beim Abruf eine erste Reaktion zeigt und nach 30 Sekunden voll ausgeschöpft sein muss, reagiert die Sekundärregelung erst nach 30 Sekunden und muss den gesamten Abruf nach 5 Minuten erbringen. Die Tertiärregelung, die auch Minutenreserve genannt wird, löst wiederum die Sekundärregelleistung ab und muss das Spektrum in 15 Minuten abfahren.

Durch die schnelle Regelbarkeit des Leitapparats von Wasserturbinen, mit der rasante Anpassungen der Leistung mittels Durchflussänderungen realisierbar sind, ist die Wasserkraft für die Erbringung von Primär- und Sekundärregelleistung prädestiniert. Daher leis-

ten die Wasserkraftwerke einen überproportional hohen Beitrag im Regelleistungs-Pool der Stadtwerke München. Für das Pooling wird das Signal des Übertragungsnetzbetreibers direkt und unmittelbar auf mehrere Kraftwerke aufgeteilt.

Beispiel Leitzachkraftwerk

Das Leitzachkraftwerk in Vagen bei Feldkirchen-Westerham wurde 1913 in Betrieb genommen und zwischen 1958 und 1960 durch das Leitzachwerk 2 erweitert. Das ursprüngliche Kraftwerk wurde 1980-1983 durch das heutige Leitzachwerk 1 ersetzt. Beide Kraftwerke beziehen das Triebwasser aus dem Seehamer See, der aus Überleitungen von Leitzach, Mangfall und Schlierach gespeist wird und – obwohl künstlich angelegt – als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen ist. Das Wasser wird – unterstrom des Zusammenflusses der drei Bäche – nach Abarbeiten der ca. 128 m Fallhöhe durch drei Unterbecken schließlich in die Mangfall zurückgeleitet. Die Zuleitung von bis zu 20 m³/s ins Oberbecken ist die Besonderheit dieses Pumpspeicherwerks.

Werk 1 besitzt eine Pumpturbine mit einer Leistung von 49 bzw. 45,4 MW (Turbinen-/Pumpbetrieb). Im Werk 2 sind zwei identische ternäre Maschinensätze mit einer Leistung von je 24,6 bzw. 18,4 MW (Turbinen-/Pumpbetrieb) installiert. Ternäre Maschinen bestehen aus separater Pumpe und separater Turbine, die sich über eine gemeinsame Welle einen Motor-Generator teilen. Wenn die Maschine die Pumpe antreibt, bezieht sie Leistung aus dem Netz; beim Turbinieren wird elektrische Leistung ins Netz eingespeist. Die dem Netz entzogene Leistung ist im Pumpbetrieb immer konstant, nur die Leistung der Turbine kann angepasst werden.

Für die Regelbarkeit der Leistung um den Nullpunkt herum wurde im Werk 2 ein Trick angewendet, der gemeinhin als



Dr. Christoph Rapp
Stadtwerke München

Hydraulischer Kurzschluss bezeichnet wird. Turbine und Pumpe werden über die gemeinsame Welle direkt miteinander gekuppelt, so dass die Turbine die Pumpe mechanisch antreibt. Je nach Stellung des Leitapparats wird die konstant von der Pumpe bezogene Leistung anteilig mechanisch von der Turbine und elektrisch über den Motor-Generator erbracht.

Wie der Name der Betriebsweise vermuten lässt, wird Wasser im Kurzschluss von der Pumpe zur Turbine geleitet. Im Leitzachwerk 2 werden dabei bis zu 13 t Wasser pro Sekunde in einer hochturbulenten Strömung um 133° umgelenkt. Die Lasten auf die Rohrleitung und das Antriebsverhalten der Struktur wurden im Vorfeld sehr gründlich numerisch und anschließend experimentell untersucht.

Hydraulischer Kurzschluss

Dabei wurde die Strömung mittels Large-Eddy-Simulation (also zeitlich und räumlich hoch aufgelöst) vorhergesagt. Als Ergebnis wurden die Druckfluktuationen an der Rohrwand der mit Finiten Elementen diskretisierten Rohrwandungs-Struktur zeitlich aufgelöst aufgeprägt. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Betriebsweise Hydraulischer Kurzschluss keine signifikanten Mehrbelastungen für das Rohrsystem bedeutet und die Strömung nicht in der Lage ist, die Struktur in ihren Eigenfrequenzen anzuregen. Daraufhin konnte man sich an Experimente wagen, die die Schadenslosigkeit bestätigten.

Die Betriebsart Hydraulischer Kurzschluss im Leitzachkraftwerk 2 liefert einerseits einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilität, andererseits bessert sie auch die Erlössituation auf. Denn die Wasserkraft, die nicht im Rahmen des EEGs gefördert wird, muss sich nicht nur an die neuen technischen Gegebenheiten anpassen, sondern auch im angespannten Energiemarkt behaupten. ■

BEW

*Bayerische
Elektrizitätswerke*

Erneuerbare Energie aus Wasserkraft – mit BEW

Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) gehört zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern in Bayern. In 36 Laufwasserkraftwerken erzeugen wir jährlich mehr als 1 Milliarde Kilowattstunden umweltfreundliche Energie.

Als Betreiber der Anlagen an fünf bayerischen Flüssen ist die BEW entlang der Kraftwerke auch für die Sicherheit der Dämme und Deiche verantwortlich. Mit Organisationen wie dem THW und den Freiwilligen Feuerwehren üben wir regelmäßig Hochwassersituationen und bereiten uns professionell auf mögliche Extremsituationen an den Flüssen vor.

Informieren Sie sich unter www.bew-augsburg.de

Teil der
LEW-Gruppe

Markus Breitschaft / F.EE GmbH und Maximilian Rauch / RMD-Consult GmbH

Kleinwasserkraft in Ost-Afrika – ein Praxisbeispiel aus Ruanda

Rund 20 Prozent der Weltbevölkerung hat laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung keinen Zugang zu Elektrizität. Es sind oft Menschen, die in entlegenen Gebieten wohnen – in Bergen und Tälern, die meisten von ihnen in Afrika. Sie sind abgeschnitten von den öffentlichen, großen Stromnetzen. Eine Netzinfrastruktur in dünn besiedelten Gegenden aufzubauen, ist aufwändig und teuer.



Das Kraftwerk Rukarara erfasst das Triebwasser von dem Rukarara und dem Rubyiro

Bild: BluesyPete CC BY-SA 3.0 Wikimedia Commons



Markus Breitschaft
F.EE GmbH



Maximilian Rauch
RMD-Consult GmbH

Die Erzeugung von Strom mittels regenerativer Energien ist für viele Länder oft die einzige Möglichkeit, eine langfristige Perspektive zur Sicherung des Energiebedarfs zu eröffnen. Kleinwasserkraftwerke sind hier eine Möglichkeit, Menschen in entlegenen Gebieten einfacher mit Strom zu versorgen. Dessen ist man sich auch in Afrika bewusst und setzt deshalb auf Technologie und Know-how aus Deutschland. Voraussetzung für die Energiegewinnung durch Kleinwasserkraft ist entweder ein kleiner Fluss mit genügend Strömung oder eine Quelle mit mindestens fünf Metern Fallhöhe.

Erfolgreich in Betrieb genommen wurde im Frühjahr 2014 die Wasserkraftanlage Rukarara II. Das Kraftwerk liegt im Südwesten Ruandas an der Grenze des Nyungwe-Forest-Nationalparks am Rukarara, einem Quellfluss des Weißen Nils. Das Triebwasser wird an zwei Flüssen – dem Rukarara und einem Nebenarm – über jeweils eine Wasserfassung mit Wehrbauwerk, Sandfang und Einlaufbauwerk gefasst. Als Triebwasserleitung kommt eine Rohrleitung aus GFK (Glasfaserverstärkter Kunststoff) mit einer Gesamtlänge von 2.420 Metern und gestaffelten Durchmessern von 1.000 bis 1.700 mm zum Einsatz.

Im Krafthaus sind zwei Francisturbinen mit einer Leistung von je 1.200 kW angeordnet. Der Ausbaudurchfluss beträgt 5,6 m³/s, die Ausbaufallhöhe 47 Meter. Die Energie wird mit einer neu errichteten 30-kV-Freileitung (Länge: 4,2 km) in das Verbundnetz Ruanda-Kongo-Burundi eingespeist. Die Erschließung des Kraftwerks erfolgt über ein neu gebautes Straßen- und Wegenetz.

Der deutsche Generalunternehmer, die Kochendörfer & F.EE Hydropower GmbH, hat im Auftrag des Ministry of Infrastructure, Republic of Rwanda die Wasserkraftanlage Rukarara II schlüsselfertig errichtet. Im Rahmen einer Mach-

barkeitsstudie konzeptionierte RMD CONSULT die gesamte Anlage, erstellte anschließend die Entwurfs-, Ausführungs- und Tragwerksplanung und stand dem Generalunternehmer während der Bauausführung beratend zur Seite.

Gegenüber dem Amtsentwurf wurden Optimierungen beim Triebwassersystem vorgenommen. Dazu zählten die Erhöhung der Fallhöhe, der Ausbauleistung und der Jahresarbeit, insbesondere bei Teilabflüssen. Zudem wurde der Flächenverbrauch reduziert sowie Sicherheit und Dauerhaftigkeit erhöht. Da kein Spezialtiefbauverfahren möglich war, erfolgte im Zuge der Planung eine sorgfältige Erkundung des Felshorizonts im Flussbett.

Herausforderungen für das Projektmanagement

Ein Führungsteam aus Europa mit einem eigenen Maschinenpark war ständig vor Ort. Zeitweise wurden bis zu 800 lokale Arbeitskräfte eingesetzt. Die Bauüberwachung erfolgte durch den Kunden (Owner's Engineer), je nach Bedarf setzte man Sub-Unternehmer ein. Lokale Administrationen wie der „Major“ (Bürgermeister) wurden eingebunden, um eine Akzeptanz des Projekts bei der Bevölkerung zu erreichen.

Fragen der Verfügbarkeit und Qualität lokalen Materials (z.B. Zement, Stahl) sowie die technische Ausstattung (z.B. Ersatzteile) waren für das Projektmanagement ebenso herausfordernd wie die Auseinandersetzung mit der Zuverlässigkeit lokaler Ressourcen (Arbeit, Material, Logistik, Vermessung), dem Klima (Regenzeit) oder aber geologischen Gegebenheiten („Land der 1000 Hügel“ mit Hangrutschungen). Nicht zu vergessen das Thema Sprengarbeiten und Sprengstoffbeschaffung. →



Kinder holen Wasser aus einem öffentlichen Brunnen.

Auch beim Kraftwerksdesign, sprich der Netzanbindung, bei Betrieb, Wartung und Support sowie beim Automatisierungsgrad des Kraftwerks, galt es Herausforderungen zu bewältigen. Die Schaltschrankplanung erfolgte durch F.EE in 3D. Das Unternehmen verfügt über ein 8.500 m² großes Schaltschrankfertigungszentrum, in dem jährlich ca. 4.000 laufende Meter Schaltschränke unter Einsatz hochwertiger Industriekomponenten montiert, verdrahtet und geprüft werden. Der Vorteil: Ersatzteile sind bis zu 25 Jahre verfügbar.

Für Visualisierungsaufgaben wird unter anderem eine F.EE-eigene und flexible Prozessvisualisierungssoftware ein-

gesetzt. Sie ermöglicht eine ortsunabhängige Fernüberwachung, übersichtliche Darstellung, lückenlose Dokumentation sowie einen schnellen Zu- und Eingriff (Fernbedienung). Die Überwachungs-, Protokollierungs- und Fernsteuerungsmöglichkeiten sorgen für eine wirtschaftliche Optimierung der Gesamtanlage.

Fazit: Die Funktionstüchtigkeit und Robustheit der Wasserkraftanlage Rukarara II ist auch unter „afrikanischen“ Bedingungen bestätigt worden. Empfehlenswert ist hierbei eine Voll-Automatisierung mit breitem technischem Fenster zur Netzanbindung. ■



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Ute Mann / Deutsche Kreditbank AG

Wasserkraft: Finanzierungen mit der Deutschen Kreditbank im bayerischen Sparkassenverbund

Bei Finanzierungen von Erneuerbare Energien-Projekten kann die Deutsche Kreditbank AG (DKB) auf langjährige und umfassende Erfahrungen verweisen. Dies belegt ein Kreditvolumen von 10,4 Mrd. Euro in diesem Bereich (Stand: 31.12.2017). Damit gehört die Bank zu den größten Finanzierern der Energiewende in Deutschland.

Seit mehr als 20 Jahren begleitet die 100-prozentige Tochter der BayernLB ihre Kunden bei Investitionen in erneuerbare Energien. Ein Schwerpunkt der DKB, die bundesweit zu den 25 größten Banken gehört, liegt auf der Bereitstellung von günstigen Krediten. Über 80 % ihrer Bilanzsumme in Höhe von 77 Mrd. Euro (Stand 31.12.2017) setzt sie für Kredite ein.

Im Bundesland Bayern besteht eine Verbundpartnerschaft zu den bayerischen Sparkassen. Dortige Finanzierungen begleitet die DKB grundsätzlich in Abstimmung und im Schulterchluss mit den regionalen Sparkassen. So werden regionale und fachliche Expertise optimal verbunden und genutzt.



Finanzierung heißt Konzeptprüfung und Vorhabensbegleitung. Die DKB sieht die Notwendigkeit, der Bürgerbeteiligung bei Finanzierungen zunehmend eine tragende Rolle zukommen zu lassen. Vor diesem Hintergrund wurde ein eigenes Kompetenzzentrum gebildet, um bei Finanzierungen mit Bürgerbeteiligungen beratend zur Seite zu stehen und sie punktgenau begleiten zu können. Zu den DKB-Finanzierungskonzepten zählen das DKB-Bürgerbeteiligungskonto, das Initialkapital, die Investitionsfinanzierung (zinsgünstige Finanzierungen mit langen Laufzeiten, Einbindung von Fördermitteln, Kooperation mit Sparkassen und Volksbanken vor Ort), das DKB-Bürgersparen (individualisierbares Sparprodukt für regionale Bürgerbeteiligung) und das Platzhalterkapital.

Für die DKB hat das Thema „Nachhaltigkeit“ einen hohen Stellenwert. Bereits seit 1996 finanziert sie Projekte, die sich mit nachhaltiger Energiegewinnung beschäftigen, z. B. in den Bereichen Windenergie (Anteil am DKB-Gesamt-EE-Portfolio 64 %), Photovoltaik (29 %), Bioenergie (6 %) sowie Stromerzeugung durch Wasserkraft (1 %). Im Bereich der Wasserkraft betreut die Bank aktuell 9 Projekte und hat 10 Neuanfragen in Prüfung.

Zu den Referenzprojekten der DKB zählen die Wasserkraftanlage Planena in Halle an der Saale (Realisierung 2005 bis 2006), die Wasserkraftanlage Öblitz in Goseck an der Saale (Inbetriebnahme 2017, installierte Leistung 900 kW, Ausbauwassermenge 48 m³/s) und die Wasserkraftanlage Öblitz – das „fischfreundlichste Kraftwerk Europas“ mit drei vollüberströmten DIVE-Turbinen mit festem Laufrad und drehzahl-variablem Betrieb. Fischauf- und Fischabstiegsanlagen inkl. moderner Schutzsysteme sichern die ökologische Durchgängigkeit der Saale am Öblitzwehr. Weitere Referenzprojekte sind die Wasserkraftanlage Hausen, Bad Staffelstein und die WKW Annastollen GmbH in der Gemeinde Sülzhayn am südlichen Harzrand.

Staatlich wird die Wasserkraft durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert. Dafür müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Die Förderung, die derzeit auf 20 Jahre zuzüglich des restlich verbleibenden Teils des Jahres, in dem die Maßnahmen abgeschlossen worden sind, festgelegt ist, richtet sich nach der Leistung der Anlage. Das neue EEG 2014 schreibt im Gegensatz zu seinen Vorläufern eine gesetzliche Direktvermarktung des erzeugten Stroms aus Erneuerbare-Energie-Neuanlagen verbindlich vor. Die Direktvermarktung ist verpflichtend für Anlagen mit einer installierten Leistung ab 100 kW, die nach dem 31. Dezember 2015 in Betrieb genommen wurden.

Es gibt eine maximale Kreditlaufzeit bis Ende EEG-Vergütungszeitraum, „sofern Kundenkonzept mit plausibler Anschlussvermarktung außerhalb des EEG und konzeptioneller Verprobung über Projektlaufzeit von mindestens 25 Jahren vorliegt“. Eine maximale Kreditlaufzeit von 18 Jahren wird bei konzeptioneller Verprobung über eine Projektlaufzeit von mindestens 20 Jahren gewährt. Die Finanzierung von Bauphasen ist ausschließlich bei der Stellung werthaltiger Zusatzsicherheiten bzw. der Haftungseinbindung der Initiatoren möglich.

Die Bank benötigt folgende Sicherheiten:

- dingliche Sicherstellung an allen zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage erforderlichen Grundstücken (Eigentum, Erbpacht, ggf. Nutzungsverträge)
- ggf. rechtswirksame Sicherungsübereignung der Anlage
- offene Abtretung des Anspruchs auf Vergütung aus Stromeinspeisung (EVU / Direktvermarkter)
- Abtretung von Ansprüchen aus den GU/GÜ-, Werk-, Werklieferungs- und/oder Kaufverträgen mit Lieferanten/ Herstellern oder sonstigen Dritten
- offene Abtretung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen
- Verpfändung von Reserveguthaben.

Fazit: Auf die Partner kommt es an. Anstelle von Projektfinanzierungsstandards tritt ein differenziertes Chance-/Risiko-Verhältnis in jedem einzelnen Projekt (Bewertung: technisch/rechtlich/kaufmännisch). Die Begleitung von Bauphasen „mit Augenmaß“ ist die größte Herausforderung der Finanzierung. ■

Georg Loy / VERBUND Innkraftwerke GmbH

Ersatzlebensraum in Fischaufstiegsanlagen – Chancen für gefährdete Fische

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH betreibt 14 Laufwasserkraftwerke am bayerischen Inn mit einer Turbinenleistung von 317 Megawatt. Die jährliche Erzeugung beträgt rund 1,9 Milliarden Kilowattstunden, das entspricht dem Bedarf von rund 500.000 Haushalten. In Betrieb und Instandhaltung werden 15 bis 20 Mio. Euro pro Jahr investiert. An den Grenzstrecken des Inn und der Donau finden sich 8 Wasserkraftwerke, die von der Grenzkraftwerke GmbH betrieben werden. Das Regelarbeitsvermögen beträgt 3,9 Milliarden Kilowattstunden, die jährlichen Kosten belaufen sich auf 9 bis 14 Mio. Euro.



Georg Loy
VERBUND Innkraftwerke

Die Verbund Innkraftwerke GmbH führt – entsprechend einer Vereinbarung mit dem bayerischen Umweltministerium – umfangreiche Maßnahmen in den Innstaugebieten von Wasserburg bis Gars durch. Für ökologische Maßnahmen werden ca. 20 bis 25 Millionen Euro aufgewendet, für die Fischforschung zusätzlich 800.000 Euro. Die Vereinbarung Töging sieht ca. 5 Millionen Euro hauptsächlich für Gewässerstrukturmaßnahmen und Fischforschung vor. Für die Durchgängigkeit und Verbesserung der Lebensraumbedingungen in den Grenzabschnitten von Oberaudorf bis Passau werden wiederum Eigenmittel in Höhe von insgesamt 35 bis 40 Millionen eingesetzt.

Die Herstellung der Fischdurchgängigkeit, Gewässerstrukturmaßnahmen sowie die Grundlagenforschung zur Fischpopulation finden ihre Finanzierung zu 100 % durch den VERBUND als Zusage

zu Vereinbarungen mit dem Freistaat Bayern, die den Rahmen und Umsetzungszeiträume festlegt und damit auch gesetzliche Forderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) umsetzt.

Die EU-WRRL im Originaltext ist ein integrativer Systemansatz zum Erhalt der Ressource Wasser mit den →

Stadtwerke München

**Gestalter der
Energiewende**

100 Prozent erneuerbar.

Die Stadtwerke München produzieren so viel Ökostrom in eigenen Anlagen, wie alle Haushalte sowie U-Bahn und Tram in München benötigen.

swm.de

Besser leben mit M. M/Wasser M/Bäder M/Strom M/Wärme M/net MVG



v.l. Ralf Klocke, Leiter Asset Management BEW; Georgios Stamatiopoulos, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Obere Donau Kraftwerke AG (ODK); Wolfgang Schenk †, Bürgermeister von Lauingen; MR Gregor Overhoff, Bayerisches Umweltministerium; Sabine Krätschmer, stellvertretende Landrätin des Landkreises Neu-Ulm; MDirig. Rudolf Escheu, Bayerisches Wirtschaftsministerium; Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied; Markus Ferber, MdEP und Prof. Dr. Frank Pöhler, BEW-Geschäftsführer. Bild: LEW

Den Hochwasserschutz verbessern und gleichzeitig ökologisch wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen schaffen – das ist das Ziel eines EU-weiten Pilotprojekts der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW). Dazu hat BEW an den Staustufen Offingen und Oberelchingen sog. Öko-Bermen eingebaut und damit eine ganz besondere Dammanierung realisiert. Das Pilotprojekt mit dem Namen INADAR (Innovative approach for dam restoration) wird von der EU im Rahmen des Programms LIFE gefördert und hat Vorbildfunktion für ähnliche Vorhaben in Europa.

Funktionalitäten im Raum. Es geht um ein Systemverständnis des jeweiligen Einzugsgebietes und den zugehörigen Stressoren, „Integrated River Basin Management“ mit der Forderung nach Effizienz. Der VERBUND kombiniert die Herstellung der Durchgängigkeit mit dem Thema Lebensraum und Vernetzung von Seitengewässern und erhält die Fischpopulation durch die Verbesserung der Lebensraumbedingungen in den Staugebieten. Das Augenmerk gilt der Verbesserung der Gesamtökologie und nicht nur der Komponente Fisch. Um die notwendigen Lebensraumbedingungen für die Fischfauna und damit für die Arten und ihrer Population zu ermitteln, wird zehn Jahre lang Grundlagenforschung betrieben.

Ökosystem Flussaue profitiert

Mit Strukturen in der Aue und im Gewässer werden direkt die relevanten Arten gefördert und der Erhalt und Schutz der Fischpopulation erreicht. Das Ökosystem Flussaue profitiert durch Prozesse, Funktion und Veränderung. Durch Gewässerstrukturen für alle Altersstadien fördern wir die Arten direkt und reduzieren die Notwendigkeit der auf- und abwärtsgerichteten Wanderung. Neben der Fischpopulation profitiert das Gesamtökosystem Flussaue durch Rohbodenstandorte, Nahrung (Prädatoren), Auenanbindung und laufende Veränderungen in einem sonst monotonem System. Auch die reine Mehrung der Biomasse durch Ubiquisten fördert seltene Arten durch reduzierten Fraßdruck.

Der Inn hat keine Langdistanzwanderer wie Lachs und Aal. Die Innfische suchen die Lebensraumbedingungen auf, die diese im Jahresverlauf für ihr Überleben, aber auch für die Fortpflanzung benötigen. Das Erreichen von Laichplätzen, Jungfisch- und Nahrungshabitats und verschiedenste Lebensraumansprüche sowie Hochwasser- und Wintereinstände sind wesentlich.

Lebensqualität optimieren

Konzepte hierzu sind die Verbindung von Unterwasser nach Oberwasser, (Genaustausch und Kompensationswanderung – besonders Jungfischstadien nach dem ersten Lebensjahr), die Vernetzung mit Seitengewässern und das Anbieten von Lebensraumkomponenten für alle Lebensstadien, das Anbieten von Lebensraum im Fischpassgerinne und schließlich die Auffindbarkeit durch Gewässerstrukturen nahe an Wanderkorridor und Strömung.

Im DWA Merkblatt zur Durchgängigkeit wird das Augenmerk auf Parameter zur Durchwanderbarkeit und des Ortes der Auffindbarkeit inklusive der sogenannten Leitströmung gerichtet. Natürliche oder naturnahe Gewässer erfüllen fast nie diese Kriterien. Bei großen Flüssen mit Ausbaugraden größer als 200 m³/s ist eine Leitströmung messbar auf den Nahbereich des Einstiegs des Fischpasses beschränkt. Die Turbulenzballen und Fließtiefen im Unterwasser der Wasserkraftanlage gewährleisten nur sehr eingeschränkt die Erreichbarkeit im Bereich der Turbinenauslässe für alle Größenklassen und Arten. Jede Wasserkraftanlage mit den jeweiligen

geometrischen Randbedingungen erfordert demzufolge speziell angepasste Lösungen.

Die Auffindbarkeit wird durch vorgelagerte Gewässerstrukturen und Rückzugsbereiche erhöht. Die Strömung des Fischpasses ist in diesem Bereich klar wahrnehmbar. Im Fischpass – wie bereits u. a. in Feldkirchen, Gars, Teufelsbruck, Stammham und Perach geschehen – sind möglichst viele Gewässerstrukturen herzustellen, die im Hauptfluss nicht mehr vorhanden sind und somit ein Mangelhabitat darstellen. Diese können so als Lieferhabitat, aber auch als wesentliche Lebensraumkomponente dienen.

Artenvielfalt schützen

Auenwald, Damm, Bäche und Wiesenflächen sind die Lebensräume vieler Arten nahe des Inns und des Kraftwerks Ering-Frauenstein. Diese Gebiete sollen weitestgehend geschützt bleiben, um so die Lebensqualität für den Tierbestand zu optimieren. Projektziele sind die umfassende Wiederherstellung der flussauf gerichteten Durchgängigkeit am Innkraftwerk, die Stärkung der Fischpopulationen durch Lebensraummaßnahmen sowie die Entwicklung dynamischer Fluss- und Auenlebensräume. Hierzu soll eine dynamisch dotierte Fischaufstiegsanlage mit gewässertypischem Fließgewässercharakter errichtet und die ausgedehnte Eriinger Aue dynamisiert und vernetzt werden. Zudem ist eine Stauwurzelstrukturierung im Unterwasser mit Insel-Nebenarmsystem, Flachufeln und Altarmstrukturen geplant. ■



Erneuerbare Energien sind unsere Passion.

Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken in Bayern gehören seit 60 Jahren zu unserer Kompetenz.

**Wasserkraft
im Einklang mit der Natur.**

www.AMServ.de ISO 9001 ISO 14001 SCC EX

AM  **Serv**®

Augsburg/Neusäß • Hamburg • Halle • Schiffweiler

**STARKER SERVICE
FÜR ELEKTRISCHE
MASCHINEN**

AMServ Süd GmbH & Co. KG
Telefon: +49 821 / 48001-0

Frank-Jürgen Schiwietz / REHART GmbH

Durchgängigkeit herstellen – kostengünstig und wirtschaftlich auf kleinstem Raum



Frank-Jürgen Schiwietz am Stand der REHART GmbH

REHARTPOWER-Anlagen sorgen für eine sichere Fischwanderung. Die Rede ist von einer Fischaufstiegsschnecke (FAS), kombiniert mit einer Wasserkraftschnecke, wie von der REHART GmbH entwickelt.

Das Funktionsprinzip ist einfach und effektiv. Bei der zum europäischen Patent angemeldeten Fischaufstiegsschnecke (System REHART/Strasser) geht keine Pflichtwassermenge ungenutzt verloren. Ein Teil des aus der Wasserkraftschnecke ausfließenden Wassers wird zur Erzeugung der Lockströmung verwendet. Der Fisch kann frei motiviert in die FAS einschwimmen und wird ohne Kraftanstrengung nach oben geleitet. Die FAS wird optimal an den Leitfisch angepasst. Dabei sind individuelle Einstellungen bei konstanter Drehzahl möglich. Für schwimmschwache oder bodenorientierte Fische wurde eine spezielle Sohlenbindung entwickelt.

Zwischen Wasserkraftschnecke und Fischaufstiegsschnecke besteht keine starre Verbindung. Die Parameter beider Bereiche sind frei einstellbar. Die Wasserkraftschnecke kann effizient betrieben werden, während die FAS der jeweiligen Fischpopulation angepasst wird. Durch die Trennung des Oberwassers im Einlaufbereich entsteht zwischen Wasserkraftanlage und FAS eine Beruhigungszone. Dies verhindert, dass der aufgestiegene Fisch durch das in die Wasserkraftschnecke abfließende Wasser wieder abwärts geführt wird. Die Anpassung der Aus- und Einleitzonen geschieht nach den örtlichen Gegebenheiten und wird individuell geplant.

Die Funktionalität der FAS wurde durch mehrere erfolgreich durchgeführte Monitorings in Österreich und per Gutachten amtlich bestätigt. Unter anderem testete die REHART GmbH in Zusammenarbeit mit der Firma Strasser & Gruber Wasserkraft in einem Pilotprojekt am niederösterreichischen Kraftwerk Pilsing die Funktionsweise der FAS. Während des Monitorings der Fischaufstiegsschnecke waren im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 an 103 Untersuchungstagen insgesamt 862 Fische aufgestiegen. Im Vergleichszeitraum haben

den flussaufwärts gelegenen Beckenpass an 97 Tagen nur 173 Fische genutzt. Insgesamt konnten 18 Fischarten gemäß Fischleitbild nachgewiesen werden, darunter die vier Leitarten, acht von neun typischen Begleitarten sowie sechs seltene Begleitarten.

Im Zuge des Feldversuchs mit dem Leitfisch Huchen konnte der erfolgreiche Aufstieg von allen, insgesamt drei, markierten Huchen in unterschiedlicher Größe nachgewiesen werden. Alle Fische waren verletzungsfrei und zeigten auch am Ende der Versuchsreihe eine gute Kondition. Damit ist die volle Funktionsfähigkeit der FAS am Kraftwerk Pilsing gegeben. Als erste österreichische Anlage ihrer Art ist sie wasserrechtlich bewilligt und kollaudiert.

In Deutschland wurde im Sommer 2015 die erste Fischaufstiegsschnecke feierlich eingeweiht. Die Anlage am Heckerwehr an der mittelfränkischen Roth besteht aus einer Wasserkraftschnecke, die bei einer Ausbauwassermenge von 5 m³/s und 3,4 Metern Fallhöhe eine maximale Leistung von 75 kW erreicht und einer FAS. Der erzeugte Strom wird mit einer Spannung von 400 V über eine Erdleitung an eine nahe gelegene Trafostation abgegeben und direkt ins öffentliche Stromnetz eingespeist.

Bei der Konstruktion der FAS steht das Design für eine verletzungsfreie Nutzung an erster Stelle. Die Schneckenwendel ist durchgängig mit dem zentralen Rohr verschweißt, wodurch eine völlig spaltfreie Ausführung entsteht. Somit besteht für die Fische beim Aufstieg auch keine Gefahr, sich an rotierenden Elementen innerhalb der Schnecke zu verletzen oder in Hohlräumen zu verklemmen.

Für diese Anlage wird im Auftrag des Bayerischen Landesamts für Umwelt von der Technischen Universität München ein unabhängiges Monitoring durchgeführt, um die Durchgängigkeit für die Fischwanderung nachzuweisen. Dabei wird der Fischabstieg durch die Wasserkraftschnecke und der Fischaufstieg durch die FAS untersucht. ■

NovoTech Industrieservice Ltd.

Kavitation? Auch hier können wir helfen...

Vermeidung durch konstruktive Gestaltung und angepasste Anlagenfahrweise ist sicherlich der wirkungsvollste Schutz vor Kavitation. Da dies aber in der Realität oftmals nicht möglich ist, stellen wir Ihnen unsere Produkte und Dienstleistungen, unter anderem zum Schutz vor Kavitation und zur Behebung entsprechender Schäden vor.

Seit inzwischen mehr als 12 Jahren sind wir für unsere Kunden in Mitteleuropa als zuverlässiger, termintreuer Dienstleister auf der Grundlage eines Exklusivvertrages mit dem US-Unternehmen, ENECON Corp., einem führenden Unternehmen der Polymerstoff-Technologie tätig.

Wir beschäftigen uns mit Lösungen für schwerste Korrosion, Erosion/Abrasion, chemische Angriffe und Kavitation an Komponenten und Bauteilen, im metallischen und mineralischen Bereich, vor allem in Fluidsystemen wie Wasserturbinen, Pumpen, Armaturen sowie Rohrleitungen.

Bei Kavitation hat sich seit Jahren in vielen Anwendungen unser zäh-elastisches Kavitationsschutz-System FLEXICLAD® DuraTough™ mit herausragenden Ergebnissen, ohne jeglichen Wärmeeintrag, bestens bewährt. ■

Zu unseren Kunden zählen:

Aus dem Bereich Wasserkraft:
UNIPER/E.ON, RWE, Vattenfall, TIWAG, BEW, Montafonerbahn, Schluchseewerk, Bayerische Landeskraftwerke, Andritz, Geppert und andere.

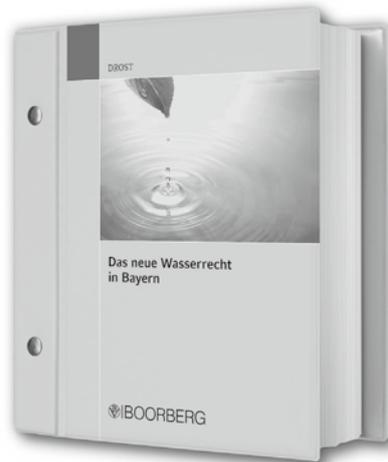
Aus dem Bereich Pumpen:
FLOWERVE, RuhrPumpen, Andritz Ritz, RWE, GDF Suez, Abwasserverbände, verschiedene Pumpenwerkstätten und andere.

Kontakt:
NovoTech Industrieservice Ltd.
www.novot.de
info@novot.de
+49 2058 788608



Michael Witze der NovoTech Industrieservice Ltd.

Jetzt 4 Wochen testen!



Drost · Ell

Das neue Wasserrecht in Bayern

Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
Bayerisches Wassergesetz (BayWG)
Kommentare mit Vorschriften-
sammlung zum Europa-, Bundes-
und Landesrecht

Loseblattwerk, etwa 6460 Seiten,
€ 168,- einschl. 4 Ordnern

ISBN 978-3-415-04485-2

Weitere Informationen unter
www.boorberg.de/alias/133689

BOORBERG

FAX 089/4361564 · TEL 089/43600-20
BESTELLUNG@BOORBERG.DE
WWW.BOORBERG.DE

Sitz Stuttgart · AG Stuttgart, HRA 3076
Komplementärin: BOORBERG GmbH · Sitz Stuttgart ·
AG Stuttgart, HRB 2969
Geschäftsführer: Dr. Berndt Oesterhelt, RA Markus Ott

Ich/Wir bestelle(n) 4 Wochen zum Testen aus dem
RICHARD BOORBERG VERLAG GmbH & Co KG, Postfach 800340, 81603 München:

Expl. Drost · Ell
Das neue Wasserrecht in Bayern
Loseblattwerk mit kostenpflichtigen
Ergänzungslieferungen, etwa 6460 Seiten,
Grundwerkpreis € 168,- einschl. 4 Ordnern
Die erste Ergänzungslieferung innerhalb
von 3 Monaten nach Erwerb des Grund-
werks ist im Preis enthalten.
ISBN 978-3-415-04485-2

Ich bin/Wir sind
 Unternehmer/Freiberufler/Behörde
 Verbraucher*

* Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB). Wenn Sie Verbraucher sind, ist Ihre Bestellung noch nicht rechtsverbindlich. Wir senden Ihnen die Ware als unser verbindliches Angebot zu. Dazu erhalten Sie ausführliche Informationen, z.B. die Belehrung über Ihr Widerrufsrecht und zur Versandkosten- und Rückportoregelung. Erst durch Ihre Bezahlung der Ware kommt der Kaufvertrag mit uns zustande.

Absender:

Vorname

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



Foto von Jkü - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0,

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=31939691>

Christian Moser

Bayerische Elektrizitätswerke GmbH

Christian Moser / Bayerische Elektrizitätswerke GmbH

Bedeutende Effizienzsteigerung durch Auftrennung von Doppel-Francis-Laufrädern

Mit dem Bau eines drei Kilometer langen Kanals parallel zum Lech entstand zusammen mit dem Kraftwerk Gersthofen im Jahr 1901 der Ursprung des Lechkanals, der sich heute auf einer Länge von 18 Kilometern von Gersthofen bis Meitingen erstreckt. 1922 wurde mit dem Kraftwerk Meitingen ein Lechkanal-Kraftwerk gebaut, das die betriebsführende Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), eine hundertprozentige Tochter der Lechwerke AG (LEW) aus Augsburg, nun in großem Stil modernisieren ließ. Es handelt sich dabei um das zweitälteste der BEW-Kraftwerke am Lech, das in puncto Jahreserzeugung mit 72,6 GW den ersten Platz einnimmt. Die Ausbaufallhöhe beträgt 12,5 Meter, die Ausbauleistung beläuft sich auf 11,6 Megawatt.

Begonnen wurde mit den Renovierungsarbeiten im Juli 2015, die Fertigstellung erfolgte Ende 2016. Aus Altersgründen mussten die drei horizontalen Francis-Doppelturbinen mit direkt gekoppeltem Synchrongenerator überholt werden. Diese taten bereits seit fast 90 Jahren ihren Dienst. Zudem wurden die Kraftwerkssteuerung modernisiert, sowie die Leittechnik und die Erregereinrichtung erneuert. Gemeinsam mit der Optimierung der Laufradgeometrie in Kombination mit einer Optimierung der Fahrweise der Turbinen führte das zu einer wesentlichen Steigerung der Jahresarbeit des Kraftwerks Meitingen. Eine Untersuchung der Technischen Universität Graz bestätigte bereits die Erfolge bei der Wirkungsgradsteigerung.

Während der Ausschreibungsphase wurde der Projektumfang erweitert. Konkret wurden statt der zunächst geplanten zwei Turbinenlaufräder alle sechs erneuert. Durch die getrennt betätigten Leitapparate einer Turbine erhöhten sich die Volllasterzeugungstage des Kraftwerks, die kleineren Durchflussmengen wurden im 1-Laufradbetrieb mit besserem Turbinenwirkungsgrad abgearbeitet.

Insgesamt wurde der Turbinenwirkungsgrad im jeweiligen Bestpunkt deutlich um 4,75 % gesteigert. Die Jahresarbeit wurde durch einen höheren Turbinenwirkungsgrad, durch Verschiebung des Bestpunktes in Richtung Volllast und durch eine optimierte Fahrweise durch Auftrennung einer Turbine um 14,79 % gesteigert. Dies entspricht einer Mehrproduktion von 10,74 GWh. Die Mehraufwendungen für sechs neue Laufräder und für die Trennung der Leitapparate an einer Turbine sind wirtschaftlich darstellbar, da für den mehr erzeugten Strom für 20 Jahre Anspruch auf die höhere Vergütung nach EEG besteht.

Professionelle Unterstützung

Allen beteiligten Firmen gebührt Dank und Anerkennung. Die inhabergeführte und rund 900 Mitarbeiter zählende Unternehmensgruppe F.EE GmbH als Generalunternehmer gehört zu den deutschen Marktführern in der Fertigungs- und Automatisierungstechnik. Der Generalunternehmerauftrag für das Kraftwerk Meitingen ist – bezogen auf den Auftragswert – der größte in der fast 35-jährigen Geschichte der Firma mit Hauptsitz in Neunburg vorm Wald.

Für die Neulieferung der sechs wirkungsgradverbesserten Laufräder, die Trennung der Leitapparate an der Turbine 1 sowie die anfallenden Revisionsarbeiten an den drei Maschinengruppen beauftragte F.EE die Firma Kochendörfer Wasserkraftanlagen aus Pleystein, ein Unternehmen mit langjähriger Erfahrung in der Maschinentechnik, das auch für die Hydraulikaggregate sowie für die Kühl- und Schmier-systeme verantwortlich zeichnet. Die Sicherheit vor Störungen wird dadurch deutlich erhöht und das Revisionsintervall verlängert. ■

MdL Klaus Steiner

„Mindestwasserleitfaden auf Eis gelegt“

Gefahr für mittelständische Wasserkraftanlagen vorerst gebannt



Markus Engelsberger, Rechtsanwalt und Wasserkraftwerksbetreiber im LK Traunstein, Stefan Pastötter, Vorstandsmitglied „Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V.“ und Vorstandsmitglied „Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke e.V.“ und Klaus Steiner, Landtagsabgeordneter Landkreis Traunstein.
Bild: Matzelberger

Traunstein. Den Stopp des Verfahrens bezüglich des ange-dachten neuen Mindestwasserleitfadens begrüßt Stefan Pastötter, Vorstandsmitglied der „Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V.“. Dabei bezieht er sich auf eine Pressemitteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 17.04.2018. Hier wird die Wasserkraft ausdrücklich als „ein unverzichtbarer Baustein im bayerischen Energiemix“ bezeichnet.

Um die heimische Wasserkraft zu erhalten und speziell die kleine Wasserkraft vor Ort zu sichern, soll das Thema Restwasser ökologisch und ökonomisch neu angegangen werden. Gemeinsam mit den Betroffenen soll im Rahmen der rechtlichen Vorgaben ein umfassender Konsens gefunden werden. Der Grundstein dafür wird in einem Konsultationsverfahren gelegt:

Ein „Fakten-Check“ soll die Abschätzung möglicher wirtschaftlicher Folgen aufgrund veränderter Mindestwasserabgaben mit Analysen zum Einfluss der Wasserkraft auf die Gewässerökologie verbinden. In einem „Praxis-Check“ werden verschiedene Fallkonstellationen und Szenarien untersucht. Weiterer zentraler Baustein ist die Prüfung, wie Verfahren innerhalb der Flussgebiete harmonisiert werden können.

Freude bei Wasserkraftbetreibern

Die Ankündigung des neuen Umweltministers Marcel Huber, den angedachten Mindestwasserleitfaden auf Eis zu legen, stieß bei allen Wasserkraftbetreibern im Landkreis Traunstein, Berchtesgadener Land, und Altötting auf große Freude. Der vorliegende Entwurf hatte bei allen Wasserkraftbetreibern in der Region, aber auch in ganz Bayern große Aufregung verursacht und eine Welle der Zustimmung für die Wasserkraft aus der gesamten Bevölkerung in Gang gebracht. Erfreut zeigte sich Pastötter, dass das Gespräch mit dem Traunsteiner Stimmkreisabgeordneten Klaus Steiner offensichtlich Früchte getragen hat. Auf Initiative der Wasserkraftbetreiber im Landkreis Traunstein, hatte sich Steiner vor

kurzem in einer großen Runde mit den Wasserkraftbetreibern in Übersee getroffen und zugesagt, die Bedenken der Betroffenen an den zuständigen Minister heranzutragen. „Es bedarf einer gründlichen Abwägung bei den kommenden Änderungsplänen“, so Steiner.

Positives Signal

In der Ankündigung des Ministers sehen die Wasserkraftbetreiber ein positives Signal für eine sachliche sowie fachlich richtige Behandlung des Themas.

Allerdings wollen und werden die Wasserkraftwerker nicht lockerlassen und bemühen sich nach wie vor über bestehende Kontakte zur Politik, um eine für die Zukunft tragfähige Lösung zu finden.

Sowohl Klaus Steiner als auch die Wasserkraftbetreiber werden die weiteren Entwicklungen genau beobachten und im direkten Austausch bleiben. Hierzu war ein Lokaltermin beim Wasserkraftwerk Engelsberger in Siegsdorf wichtig um sich auch vor Ort über die Situation zu informieren. ■

WASSERKRAFT

Ja bitte!

Wasserkraft - Bayerns erneuerbare Stromquelle Nr. 1

Wir sind Partner:

Wasserkraft - Ja bitte! - eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. - VBEW www.wasserkraft-ja-bitte.com



v.l. Anne-Marie von Hassel, Dipl. Ing. Hermann Steinmaßl, Landrat a.D., Herfried Harreiter, Dr. Josef Rampl, Dr. Christoph Rapp

Podiumsdiskussion

Potenzialträger Wasserkraft

„Nutzungsinteressen rund um die Flüsse“ lautete das Thema einer von GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel moderierten Podiumsdiskussion, die das umfangreiche Veranstaltungsprogramm abrundete. Teilnehmer waren Traunsteins Altlandrat und MdL a.D., Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl, Herfried Harreiter, stellvertretender Vorsitzender der VERBUND Hydro Power GmbH, Dr. Christoph Rapp, Leiter des Bereichs Wasserkraft bei den Stadtwerken München und Dr. Josef Rampl, Geschäftsführer der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern.

Als ehemaliger Traunsteiner Landrat hat Hermann Steinmaßl in seiner zwölfjährigen Amtszeit nach eigenem Bekunden „im guten Miteinander mit den Umwelt- und Naturschützern und den örtlichen Fischern“ eine Reihe von Wasserkraftwerken genehmigt und zudem dafür gesorgt, „dass wir sechs Prozent mehr FFH-Gebiete, Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete bekommen haben“. Dem Landkreis sei es damals gelungen, die einzelnen Interessenlagen zusammenzuführen.

Mittlerweile gebe es allerdings „deutlich schwierigere Einflussfaktoren auf die Gewässer als die Wasserkraft“. Um die Gewässer in einem guten Zustand in die Zukunft zu bringen, muss aus Steinmaßls Sicht sowohl eine „Flussaufwärts- als auch eine Flussauswärtsstrategie“ verfolgt werden.

„Wir leben aktuell auf Kosten künftiger Generationen. Das darf nicht sein“, unterstrich der Altlandrat. Er plädierte dafür, eine „enkelfähige Politik“ zu machen. Hierzu müssten die Potenziale von Wasserkraftanlagen stärker wahrgenommen und ausgeschöpft werden. „Wir aber laufen hierzulande Gefahr, durch neue Auflagen und Rahmenbedingungen die Wasserkraft zu reduzieren und sie eben nicht wie nötig auszubauen“, bemerkte Steinmaßl. Allein die Tatsache, dass in Bayern nahezu 50 Wasserkraftanlagen in Naturschutzgebieten und 100 Anlagen in FFH-Gebieten vorzufinden sind, zeige, dass ein Miteinander möglich ist. Dieser Umstand müsse deutlich stärker kommuniziert werden.

Kompromisse schließen

Da Wasserkraftbetreiber am ehesten in der Lage sind, das Gesamtbild eines Flusses zu erkennen bzw. zu analysieren, habe der Landkreis Traunstein auch immer wieder Wasserkraftwerke genehmigt. Wenn der Klimaschutz ernsthaft in Angriff genommen werden soll, so muss nach Steinmaßls Ansicht dafür Sorge getragen werden, „dass jedes zu vermeidende Kilowatt CO₂ auch vermieden wird“. Es gelte, Kompromisse zu schließen, „denn in der Wasserkraft als klassische heimische Energie steckt ungeheures Potenzial“.

„Als Vertreter der Wasserkraft sind wir Teil der Lösung“, stellte Herfried Harreiter, stellvertretender Vorsitzender der VERBUND Hydro Power GmbH, fest. Der VERBUND als Wirtschaftsunternehmen orientiere sein gesamtes Handeln einerseits an wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wolle aber andererseits die Nutzung der Wasserkraft auf möglichst lange Sicht gewährleisten. Dazu müsse man sich seiner, mit der Gewässernutzung einhergehenden Verantwortung, bewusst sein. Um einen Beitrag zu einer für alle Seiten befriedigenden Lösung leisten zu können, sei die intensive Beschäftigung mit Themen wie Gewässerschutz, Umweltschutz und Ökologie dringend geboten.

Wichtig sei es aber auch, Themen an die richtigen Nutzer zu adressieren, erklärte Harreiter und machte darauf aufmerksam, dass nicht nur die Wasserkraftnutzung, sondern auch Faktoren wie Flussbau, Hochwasserschutz oder Landwirtschaft den Zustand der Gewässer beeinflussten. „Wir sind bereit, unseren Verpflichtungen nachzukommen, doch sollten auch die anderen Nutzer ihren Teil dazu beitragen, dass die Flüsse in einem guten Zustand sind“, hob der VERBUND-Vize hervor.

Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Konzern pro Jahr tausende Tonnen Rechengut, davon ungeheure Mengen an Zivilisationsmüll, entsorgt. →



Wie kompliziert die Regelung der stabilen Stromversorgung in Bayern ist, wurde bei der Besichtigung der Netzleitstelle des Bayernwerks deutlich.

Allein für den Gewässerschutz beliefen sich die Investitionskosten des VERBUND-Konzerns für die Jahre 2007 bis 2025 auf 280 Millionen Euro. Laut Harreiter ist dies „ein klares Zeichen dafür, dass wir unsere Aufgabe ernst nehmen“.

Betrachtet man sich die Wirtschaftlichkeit der Wasserkraft, so hat sich Harreiter zufolge die Lage leicht gebessert. Noch vor zwei Jahren sei gerade die große Wasserkraft mit dem Problem konfrontiert worden, mit den Großhandelspreisen, die teils durch sehr starke Marktverzerrungen gekennzeichnet sind, „zu leben und zu atmen“. Damals sei die Situation schon fast dramatisch gewesen, erinnerte sich der Vize-Vorstand. Die Großhandelspreise sanken damals auf 2 ct/kWh, was stellenweise u. a. zu Kostensenkungsprogrammen und Personalabbau geführt habe.

„Da die Rahmenbedingungen sehr volatil sind, leben wir mit extrem großen

Unsicherheiten“, betonte Harreiter und stellte klar: „In der großen Wasserkraft fehlt momentan die Planbarkeit der Zukunft.“ Das Problem: „Eine Wasserkraft-Anlage braucht in der Regel sehr lange, um sich zu refinanzieren. Wenn es nun darum geht, Neuinvestitionen zum Zwecke der Anlagenerweiterung durchzurechnen und wirtschaftlich zu rechtfertigen, muss ich einschätzen können, wie sich die Strompreise künftig entwickeln.“

Deutschland sei in punkto erneuerbare Energieerzeugung Vorreiter, die Volkswirtschaft habe enorm davon profitiert, erläuterte Dr. Christoph Rapp, Leiter des Bereichs Wasserkraft bei den Stadtwerken München. Mit Blick auf die Wasserkraft als heimische Quelle meinte er: „Heimische Wertschöpfung, heimische Arbeitsplätze vom Anlagenbau bis zum Bauwesen – hier läuft die Wertschöpfungskette.“ Damit spare man sich die Kosten für Rohstoffe aus totalitären Staaten.

Was die hoheitlichen Aufgaben der Gewässerunterhaltung anbelangt, verwies Rapp unter anderem auf die Finanzierung der Schifffahrtsstraßen, die ohne die Wasserkraft undenkbar wäre. Zudem komme sie für die Wassernutzungsgebühren auf.

Gleichzeitig nutzten andere Anlagenbetreiber (Stichwort Kohlekraftwerke) die Infrastruktur des Staates. Rapp zufolge muss die Kohle entweder über Schifffahrtsstraßen oder Schienenwege erst einmal zum Kraftwerk transportiert werden. „Das bezahlt jedoch nicht der Kraftwerksbetreiber, sondern der Staat.“

Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft

Es sei also unumstritten, dass die Wasserkraft insgesamt einen sehr großen Beitrag für die Gesellschaft leistet. „Ich persönlich sehe mich der Gesellschaft gegenüber verpflichtet. →

- Regional
- Unabhängig
- Ökologisch
- Unendlich
- Immer verfügbar
- Nachhaltig
- Preiswert
- Klimafreundlich
- Bestens bewährt



Wasserkraft in Bayern

Wo unser Strom daheim ist



Die Veranstalter Theresa von Hassel und Anne-Marie von Hassel mit den Teilnehmern der Podiumsdiskussion

Wir produzieren CO₂-freien, sauberen Strom, leisten viele hoheitliche Aufgaben für die Gesellschaft und sorgen auch dafür, dass die Netze stabil sind. Das macht mich in gewisser Weise stolz und ist auch Ansporn, täglich in die Arbeit zu gehen“, unterstrich Dr. Christoph Rapp.

Er appellierte an die Verantwortlichen, diesen Planeten so zu hinterlassen, dass auch künftige Generationen auf ihm leben können. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass die Ressourcen endlich sind: „Die Frage ist nicht, wie eine vollkommen CO₂-freie Energieerzeugung kommt, sondern wann sie kommt.“

Tatsache sei, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung (93 Prozent) laut Umfragen hinter der Wasserkraft steht, so Rapp. Bedauerlicherweise höre man auf Seiten der Politik aber „immer auf die wenigen, die am lautesten schreien“ – Beispiel Maxwerk in München. Nahe des ältesten, noch betriebenen Wasserkraftwerks der Landeshauptstadt, wollte die Augustinerbrauerei einen kleinen Biergarten schaffen. Eine Demonstration von knapp einem Dutzend angeblichen Naturschützern fand das Interesse der Presse, der Protest zeigte Wirkung und wenig später wurde das Projekt „beerdigt“.

Nach Rapps Auffassung ist die Wasserkraft auf der Suche nach einem Nachfolge-Feindbild für die Atomkraft „unter die Räder gekommen“. Umso mehr müsse darauf geachtet werden, „dass gerade die Politik und ihre Entscheidungsträger nicht auf die vergleichsweise wenigen Wasserkraftgegner hereinfallen“.

„Fakt ist: Es wird immer ein paar Unbelehrbare geben“, hob Rapp hervor. „Auch wenn man sich um ökologische Projekte bemüht, stößt man bei diesen Bürgern auf taube Ohren. Sobald es darum geht, ein Windrad zu bauen, sind es die armen Fledermäuse, die es zu schonen gilt, wenn es sich um Photovoltaik handelt, werden die darunter zu leidenden Flächen genannt und wenn es um den Bau eines Wasserkraftwerks geht, werden die Fische als Argument bemüht. Und am Ende des Tages bleibt nichts mehr übrig.“

Initiative

„Wasserkraft – Ja bitte!“

Die Wasserkraftunternehmen in Bayern haben sich zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für die bayerische Wasserkraft stark zu machen. Es gibt sehr viele gute Beispiele, die den Nutzen der Wasserkraft erlebbar machen. Dies wollen die Partner der Initiative „Wasserkraft – Ja bitte!“ zeigen, wie Dr. Josef Rampl, Geschäftsführer der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern, erläuterte.

Nach seinen Worten ist die Wasserkraft teils zu Unrecht in die Kritik geraten. Sie leiste einen unverzichtbaren Beitrag zu einer stabilen Stromversorgung und damit zur wirtschaftlichen Stabilität in Bayern. Zudem sei sie umweltfreundlich, ressourcenschonend und emissionsfrei, sicher verfügbar und preiswert. In Verbindung mit ökologischen Optimierungsmaßnahmen an den Wasserkraftwerkstandorten zur Steigerung der Fischdurchgängigkeit würden weitere erhebliche Verbesserungen für die Umwelt erreicht.

Laut Rampl gibt es in Deutschland 200.000 Querbauwerke, an denen sich jedoch nur 8.000 Wasserkraftwerke befinden. Naturverträgliches und ökologisch ausbaubares Potenzial wäre also vorhanden. Bleibt die Empfehlung an die Bayerische Staatsregierung, „Ansätze und Lösungsmöglichkeiten“ besser zu unterstützen.

Rampl wies darauf hin, dass die kleine Wasserkraft in Bayern (< 1 MW) so viel Strom produziert, dass beispielsweise alle Haushalte in der Oberpfalz versorgt werden könnten. Kleinere abgeschriebene Anlagen mit einer langen Laufzeit lohnten sich wirtschaftlich durchaus. Seien jedoch Investitionen nötig, fielen diese i.d.R. sehr umfangreich aus. Anreize für den Betreiber wären aus Rampls Sicht hier durchaus angebracht und sinnvoll.

„Grundsätzlich ist es immer schwieriger, gute Effekte zu kommunizieren als gegen etwas zu sein“, unterstrich der VWB-Geschäftsführer. Den Forumsteilnehmern gab er mit auf den Weg: „Wenn wir die zentrale Energieerzeugung (Atomkraft, Kohle) abschalten und auf erneuerbare Energien umschwenken, dann wird man diese Energieerzeugung sehen und spüren.“ Wasserkraft sei die erneuerbare Energie mit dem geringsten Flächenverbrauch und passe topographisch am besten zu Bayern.

„Wir stehen für eine naturverträgliche Wasserkraftnutzung. Wir benötigen aber eine stabile Stromversorgung und dies ermöglicht nur die Wasserkraft. Letzten Endes ist sie auch ökologisch verträglich gestaltbar“, führte Rampl abschließend aus. ■

IMPRESSIONEN



Terminhinweis

7. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

23. Mai 2019

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 12/2018

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Event: Jessica Kassner
Pixabay
Wikipedia (CC BY-SA 3.0)

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Constanze von Hassel
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



**BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM**



**BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM**



**BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM**



**BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM**